

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 20. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis pro Nummer 1 Pfennig, monatlich 30 Pfennig, vierteljährlich 1,10 Mark, halbjährlich 2,20 Mark, jährlich 4,40 Mark. Einzelne Nummer 5 Pfennig. Sonntagsnummer mit beiliegender Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfennig. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Zeile ober oder unten 40 Pfennig, für halbspaltige und gemeinschaftliche Inserate und Veranlagungs-Anzeigen 30 Pfennig. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfennig (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 2 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Wilhelm II. vor dem Reichstage.

Der erste Tag der Etatsdebatte wäre überaus dürrig ausgefallen, wenn nicht die Erinnerung an das Steinemünder Empörungstelegramm des Kaisers durch den Redner des Centrums an die unsägliche Mächtigkeits- und Verworfenheit der deutschen Verfassungsstände gemahnt hätte. Die Person des Kaisers, die außer den Parteikämpfern bleiben soll und an der Kritik zu üben den monarchischen Parteien als unzulässiger Frevel gilt, sah sich in den Mittelpunkt der Reichstagsdebatte gestellt. Und es ist anzunehmen, daß der Monarch auch in den nächsten Tagen in der Debatte verbleiben muß.

Die Sitzung begann mit der üblichen Einleitungsrede des Schatzsekretärs. Freiherr v. Tzielmann entledigte sich seiner Aufgabe in der Langweiligkeit, in der ihn kein Zahlenkalkulator übertrifft; die Angaben, die er machte, bestätigten schließlich den grausenigen Jammer der Reichsfinanzen, der nur durch die Zuschußanteile von 25 Millionen gestillt werden kann. Aus dem Rückblick auf den Etat für 1902 fiel nur die Bemerkung auf, daß an 7 1/2 Millionen mehr, als veranschlagt worden war, verausgabt sind, infolge der erhöhten Preise für die Lebensmittelversorgung der Armeen. Wie groß wird die Preissteigerung erst werden nach Einführung des neuen Wuchertarifs! Dahingestellt ließ es der Schatzsekretär, ob für Venezuela-Ausgaben noch ein Nachtrags-Etat auf 1902 nötig sein werde. Der neue Etat aber ist durch den Schatzsekretär so sorgsam aufgestellt, daß der Reichstag nichts darin thun könne. Weder durch Kürzungen noch durch Mehrbeiträge der Bundesstaaten sei die Finanznot zu beseitigen. Man müsse abwarten, was der neue Zolltarif der Reichsliste bringen werde, dann werde man sehen, wie viel noch nötig sei. Herr von Tzielmann sprach es diesmal nicht aus, aber man kennt seit langem seine und der Regierungen Meinung; dann müßten neue Steuern herauf! Zunächst auf Bier und Tabak!

Den ersten Redner aus dem Hause stellte das Centrum. Der Dompfarrer von Bamberg Dr. Schädl er hat wiederholt das erste Wort zum Etat im Auftrag seiner Partei gesprochen. Es ist Centrumspartei, bei der allgemeinen Etatsdebatte, in der man sich zu nichts verpflichtet, die derbere Tonart spielen zu lassen, und Dr. Schädl er hatte die Aufgabe, einige Dinge auf bairisch zu sagen, die den norddeutschen Regierungsfreunden des Centrums unmöglich sind. Nach den Freveln der Zollvergewaltigung und in Voraussicht der kommenden Reichstagswahlen ist es dem Centrum besonders erwünscht, wieder ein wenig auf dem oppositionellen Boden zu pfeifen; die Centrumsthaten gehen dann natürlich doch nach der anderen Melodie.

Die Ausführungen des Centrumsparrers bedeuteten rednerisch eine sehr mäßige Leistung. Der Redner reichte allerlei Materien äußerlich an einander und verstand es nicht, die mannigfaltigen Einzelheiten zu ordnen und unter einheitliche Gesichtspunkte zu bringen, ein Mangel, der freilich seine tiefere Rechtsfertigung findet in der Zusammenhanglosigkeit, durch die sich die Durcheinanderpolitik des Centrums hervorragend auszeichnet. Einen höheren rednerischen Anlauf gewann der Redner nur, als er die Antwort des Centrums auf das Steinemünder Telegramm erteilte. Dr. Schädl er sagte scharfe und wichtige Worte gegen die telegraphische Einmischung des Kaisers in die parlamentarischen Angelegenheiten eines Bundesstaates, in die ihm verfassungsmäßig eine Einrede nicht gegeben ist. Die Ausführungen des Redners zeigten von neuem, daß das kaiserliche Telegramm gegen das Centrum vom August 1902 nur das Schicksal anderer Kaisertelegramme und Kaiserreden teilte, gerade den häufig Angegriffenen ein Mittel zur Hebung ihrer politischen Macht zu werden. Das Centrum hatte sich in Bayern durch klägliche Anstößlichkeit schwer veründigt. Die Kritik gegen die kaiserliche Entlassungsnote gab ihm mehr als es sich selbst genommen hatte, das Centrum kam in die vorerfreuliche Lage, sich als Verfassungshüter und als unerschrockener Kritiker selbst des Reichsoberhauptes aufzuspielen. Dr. Schädl er vollzog diese Kritik in solcher Deutlichkeit, daß er von der äußersten Linken wiederholten Beifall erhielt, während seine eigene Partei sich bei diesen Ausführungen keineswegs behaglich fühlte. An der Kaiser- und Regierungstreue wird das Centrum dem auch trotz der Schädl er'schen Schärfe in keiner Weise rütteln. Das Centrum zeigt scharfe Zähne gegen den, der es unternimmt, seiner Politik entgegenzuwirken, und wäre dies der Kaiser. Aber nachdem es gezeigt, daß es heißen kann, beteuert es in kriecherlicher Demut doppelte Treue dem Monarchen, wenn er bereit ist, seine Macht mit dem Centrum zu teilen!

Die sonstigen Ausführungen Dr. Schädl er's bestätigten nur die Elendigkeit aller Centrumspolitik. In der Besprechung der Finanzen verweilte Dr. Schädl er in übertriebener Verhältnismäßigkeit geringeren Mängeln der Etatsvorlage. Er forderte „altpreussische Sparsamkeit“ und will den Reichstag der Budgetkommission trotz des Schatzsekretärs waltend lassen, er will den ausgabebefreienden Ressort-Bügel anlegen — aber das alles nur hinsichtlich Kleinigkeiten, während die große Kultursünde des militärischen Reichsetats unberührt bleibt. Das ist Centrumspolitik: Gespreizte Wortkraft gegenüber Unzulänglichkeiten, völliges Versagen vor den entscheidenden Problemen.

Außer der Finanzlage behandelte der Centrumredner alle möglichen Angelegenheiten in möglichster Oberflächlichkeit und in hurtigster Ordnungslosigkeit. Er forderte Ausbau der sozialen Gesetzgebung und Sicherung des Zollwuchers bei den Handelsverträgen, er forderte Sicherung des Wahlscheiterns und Diäten für Reichstags-Mitglieder, wobei er einen humoristischen Zwischen-

fall herbeiführte, indem er darlegte, daß ohne Diäten die Wähler keine tauglichen Abgeordneten finden können und indem er sofort den socialdemokratischen Zuruf erteilte: Gewiß! Das sieht man am Centrum! Nicht minder verstrickte sich der pfiffige Centrumsparrer Dr. Schädl er in eigener Falle, als er das Wort des Kaisers „vom schlichten Mann aus dem Volk“, den die Arbeiter in den Reichstagswahlen möglichen, zu feiern unternahm, nachdem er soeben eine Zurückweisung kaiserlicher Gefühlsäußerungen beendet hatte. Dr. Schädl er schloß mit dem Ausruf, der nicht fehlen darf, für die freie Bewegung der Kirche und für die Aufhebung des Jesuitengesetzes.

Graf Bülow war nun berufen, seinen Ehrenschild über dem angegriffenen kaiserlichen Herrn zu schwingen. Der Reichskanzler war natürlich, obgleich er Ueberraschung äußerte, wohl vorbereitet, daß der Kaiser in dieser Etatsdebatte seinen breiten Platz haben werde. Er sprach denn auch hurtig gleich einem aufgezogenen Uhrwerk, und nur der gestörte Klang des sonst so wohlklingenden Instrumentes bekundete, daß diese Angelegenheit auch einem Bülow nicht zu den Knechtlichkeiten des Daseins gehört. Graf Bülow wäre sehr froh, wenn er solcherlei Rednungen nicht aufzuführen müßte. Doch er muß. Er machte die Sache und er machte sie, wie man sie, wenn man sie machen will, überhaupt nur machen kann. Er unterschied, wie es schon längst nationalliberale und konservative Zeitungen gethan, zwei Epochen der kaiserlichen Verfassung, eine amtliche und eine persönliche. Weder der Depeschewechsel, noch die Veröffentlichung desselben waren Amtsakte, es war nichts als ein persönlicher Meinungsanstand. Und der Prinzregent von Bayern habe das Telegramm keineswegs als unbedeutenden Eingriff angesehen; warum wolle Dr. Schädl er bairischer sein als der Regent von Bayern? Und warum wolle man dem Kaiser das Recht der Meinungsäußerung verweigern, das jeder Staatsbürger sonst habe?

Der Reichskanzler ist nach der Verfassung der verantwortliche Leiter der Reichspolitik, er ist vor allem verantwortlich für alle politische Verhältnisse des Kaisers, der unverantwortlich ist und den Juden ein besonders Strafgesetz gegen jede Kritik stellt. Nun aber wandelt sich dieser Verfassungszustand allgemach unter der Kanzlerschaft des Grafen Bülow und es gestaltet sich ein reizvolles Neues. Des Kaisers politische Thun wird von dem Amtsocto gestrichen und auf das Konto des Persönlichengeschriebenen. Auf diesem „weiten Gebiete“, wie Graf Bülow meinte, „wo nicht mehr die formelle Verantwortlichkeit des Reichskanzlers Platz greift“, kann nun der Verfassungstribun des Monarchen frei schalten. Auf diesem Gebiete kann der Monarch dem Centrum kühne Empörung zuschleudern. Auf diesem Gebiete kann der Monarch die Socialdemokraten niederbrennen. Das ist das weite Gebiet der politischen Einwirkungen, die zu den heftigsten öffentlichen Erörterungen, zu den bedeutendsten politischen Folgen führen können, für die aber niemand verantwortlich ist, weder der unverantwortliche Monarch, noch der verantwortliche Kanzler. Für den Kanzler ergibt sich aus dieser Entwicklung der Verfassungsverhältnisse zudem die willkommene Erleichterung, indem er, je mehr das persönliche Regiment vortastet, um so müheloser die Würde des verantwortlichen Regiments tragen darf!

Graf Bülow hat von neuem bewiesen, daß es keine Anforderung an ihn giebt, der er nicht gewachsen wäre. Graf Bülow ist wahrlich ein — „starker Mann“.

Doch Graf Bülow wird sich gewiß zu noch erheblicheren Leistungen erheben müssen. In der Etatsdebatte hat am Dienstag zunächst der Socialdemokrat v. Solimar das Wort!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Januar.

Die Etatsberatung im Abgeordnetenhause.

Auch das Abgeordnetenhause begann am Montag die erste Sitzung des Etats. Das Haus war gut besetzt, am Ministerisch erschienen fast das gesamte Staatsministerium und in der Hofloge war kurze Zeit Prinz Heinrich zu erblicken, der sich aber bald, gelangweilt durch den trockenen und öden Ton der Verhandlungen, wieder entfernte. Gleich am ersten Tag kamen, mit Ausnahme der Polen, alle Parteien zu Worte. Das Ergebnis der Debatte läßt sich kurz dahin charakterisieren, daß zwischen der konservativ-reaktionären Mehrheit und der Regierung völliges Einvernehmen herrscht, und daß die sogenannte Linke keine Lust verspürt und auch nicht die Kraft hat, in ihrer ehemaligen Opposition gegen die auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens hervortretende Reaktion zu verharren.

Die meisten Redner beschränkten sich auf Einzelheiten aus den verschiedenen Etats. Allgemein interessierende politische Betrachtungen wurden nur ganz im Vorbeigehen angefaßt, und wichtige Fragen, die in den letzten Wochen und Monaten die öffentliche Aufmerksamkeit hervorgerufen hatten, kaum gestreift. Daß die Vertreter der Zollwucher-Mehrheit trotz ihres Raubzuges vom letzten Adventsonntage weiter über die Kollage der Landwirtschaft aß, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Diese Klagen gehören nun einmal zum Programm der Etatsberatung des Landtags, und die Thronrede hat ja ganz überflüssigerweise die Agrarier direkt provoziert, immer höhere Forderungen an die Allgemeinheit zu stellen.

Einen breiten Raum in der Debatte nahm die Polenpolitik der Regierung ein. Die Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und in bedingtem Maße auch die freisinnige Vereinigung sind bereit, mit dem Grafen Bülow durch Dick und Dünn zu gehen, während Centrum und freisinnige Volkspartei mit der Polenpolitik nicht einverstanden sind. Ganz unnötigerweise griff auch Graf Bülow in die Debatte über die Polenfrage ein, die er mit dem Bräutchen der Ueberzeugung für die wichtigste Frage der inneren Politik er-

klärte. Seine beiden Reden, neue Auflagen seiner vorjährigen Polenrede, waren durchaus inhaltlos Phrasen. Neu war nur die Mitteilung, daß in der in Aussicht gestellten Sekundärbahn-Vorlage 34 Millionen für Eisenbahnen in Westpreußen und Posen vorgesehen sind. Auch über den Zolltarif äußerte sich der Ministerpräsident. Er gab von neuem die Versicherung ab, daß der Tarif erhebliche Vorteile für die Landwirtschaft biete und daß die Regierung bei den bevorstehenden Handelsvertrags-Verhandlungen nicht bloß mit Worten, sondern auch mit der That bestrebt sein werde, die Interessen der Landwirtschaft wahrzunehmen.

Sein Wort hatte dagegen der so zum Reden aufgelegte Graf Bülow übrig für die Kanalvorlage; obwohl verschiedene Redner ihn interpellierten, wie es denn mit dieser Vorlage schie, hüllte er sich in eisiges Schweigen. Es scheint fast, als ob unter der Regierung des jetzigen Ministeriums der Kanal nicht nur „seiner Zeit“, sondern überhaupt nicht mehr wiederkommen wird.

Den Reigen der Redner eröffnete Abg. Friyen (L.), der die bekannten Beschwerden des Centrums vorbrachte und von neuem ein allgemeines Volksschul-Gesetz auf kaufmännischer Grundlage verlangte, sich aber angeichts der Ausichtslosigkeit einer solchen Vorlage auch mit einem Schuldotations-Gesetz zu begnügen erklärte. Der Wortführer der Konservativen, Graf Limburg-Sturum, mahnte zur Sparsamkeit, redete einer Erhöhung der Eisenbahntarife das Wort und richtete an alle „monarchisch Gesinnten“ den Appell, das Handwerk zu fördern, um energisch gegen alle diejenigen aufzutreten zu können, die an den „Fettern unserer Monarchie“ zu rütteln wagen. Aus der Rede des nationalliberalen Abg. Roelle ist das Vertrauensvotum bemerkenswert, das er im Namen der nationalliberalen Landtagsfraktion den Wasserbau, Sattler und Konferten für ihre Rechtsbeugung im Reichstage erteilte. Mußte Herr Roelle denn durchaus erst noch den Beweis erbringen, daß seine Freunde in Preußen genau so reaktionär sind wie die im Reich? Im übrigen berührte er kurz die Vorgänge in Trakehnen, verlangte eine reinliche Scheidung zwischen Reich und Einzelstaaten sowie eine schärfere Trennung der Eisenbahnfinanzen von den allgemeinen Staatsfinanzen und erkundigte sich zaghaft nach dem Stand der Wohnungs-Gesetzgebung, ohne indes von der Regierung einer Antwort gewürdigt zu werden.

Für die freisinnige Volkspartei sprach diesmal an Stelle des im Reichstage festgehaltenen Abg. Richter sein Schilddnappe Wiemer, der geborene Bezirksvereinsredner, der alle großen Gesichtspunkte beiseite ließ, von einer Einzelheit des Etats zur andern überprang, sich über alles mögliche verbreitete und sogar vor einer Denunziation nicht zurückschreckte. Er betonte nämlich die Notwendigkeit einer Reform — nicht etwa des Wahlgesetzes — sondern der Bestimmungen über den Vollzug der Wahlen, mit dem Hinweis, daß sich die Socialdemokraten an den nächsten Landtagswahlen beteiligen wollten und dabei bereits eine Art von Obstruktion in Aussicht gestellt hätten. Obstruktion nennt Herr Wiemer das Verlangen der Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften! Hört wahr, ein gelehriger Schüler Eugens!

Nach Wienerm bestieg der Scharfmacher Herr v. Jedlich (fr.) die Tribüne, der mit Rücksicht auf das Eindringen der Socialdemokraten in die Gemeinderatsverhandlungen und unter Hinweis auf die Wahl Singer's in die Schuldeputation vor einer Einschränkung des Bestätigungsrechts der Regierung warnte und alle bürgerlichen Parteien zum Kampf gegen die Socialdemokratie in die Schranken rief.

Nach einer belanglosen Rede des Abg. Ehlers (fr. Vg.) wurde die Debatte auf Dienstag vertagt.

Der zweite Tag der Etatsberatung wird voraussichtlich den Polen gewidmet sein. —

53 1/2 Stunden-Sitzung.

—St.— Wien, 19. Januar.

In allen Wunderlichkeiten des parlamentarischen Lebens steht das österreichische Abgeordnetenhause obenan, und so hat man es in Hansen's griechischem Hause am Franzensring richtig zu der Riesensitzung von 53 1/2 Stunden gebracht. Die 190. Sitzung der siebzehnten Session hat am Donnerstag, den 15. Januar, 11 Uhr vormittag begonnen und wurde am Sonnabend, den 17. Januar, nachmittag um 1/2 Uhr geschlossen: eine „Arbeitsleistung“, die wirklich nur ein arbeitsunfähiges Parlament zuwege bringen kann! Während der drei Tage gönnte man der Obstruktion nur eine Pause, aber seit Donnerstag 10 Uhr vormittag, wo für die Koerberische Ausgleichsrede der Saal gelistet werden mußte, währte die Sitzung ohne Unterbrechung bis Sonnabendabend! Und daß die Sitzung nicht über den Sonntag dauerte, wozu man entschlossen war und wofür schon alle Vorbereitungen getroffen waren, hat nur darin seinen Grund, daß die Obstruktion, ermüdet und zerredet, endlich die Waffen streckte. Es handelte sich, wie schon berichtet, um die 10 „Dringlichkeitsanträge“ der czechischen Radikalen, zwischen denen noch fünf andre verschiedener Fraktionen eingestreut waren. Daß die Zehnmann-Obstruktion der unachthäftigen Verfolgung nicht standhalten werde können, die gegen sie von einer entschlossenen Mehrheit eingeleitet worden war, konnte natürlich keinem Zweifel unterliegen; die Frage spitzte sich also nur dahin zu, ob man dieser Pufferei in einer einzigen, ununterbrochenen Sitzung werde Herr werden. Das war nicht zweifelhaft, soweit es die Abgeordneten anging, denn da zur Beschlußfähigkeit des österreichischen Abgeordnetenhauses hundert Mitglieder ausreichten, konnte der Schichtwechsel leicht funktionieren. Der kritische Punkt lag im Präsidium. Der Präsident erkrankte nämlich am Freitag und so fiel die Last des ununterbrochenen Präsidierens auf die zwei Vizepräsidenten, von denen man dem zweiten, als einem Jungegesen, überdies nicht recht trauen konnte. In der Nacht vom Freitag auf Sonnabend schien die Fortführung der Sitzung

auch ernstlich gefährdet, der präsidierende Vorsitzende, Prof. Kaiser, war am Ende seiner Kräfte angelangt. Da kam, etwa um 4 Uhr morgens, Reichsrat von Präsidenten, er werde um 6 Uhr einrücken. Bänkslich wie das Morgenrot erdient Graf Wetter, und die Schlichtung war entschieden. Es folgten noch einige Zudungen, aber um Mittag herum war der Rückzug vollendet. Es war übrigens ein ganz geordneter Rückzug, das kleine Häuflein zog sich aus der dämmigen Affaire nicht mit Unrecht. Die Leute hätten nämlich, nach dem Vorbilde der Junggehehen, ihre Obstruktion auch unterbrechen können, die Dringlichkeitsanträge nicht aufarbeiten müssen, sondern nach dem Brauch anderer Parteien auch zurückstellen können. Sie waren fair genug, das nicht zu thun, sondern begnügten sich mit der Zurückstellung eines halbwegs ernst gemeinten Antrages, wogegen die andern noch vorliegenden dann mit Sitzungsbeschleunigung „erledigt“ wurden. Während man früher vier Stunden die Frage der Dringlichkeit „begründete“, genügt nun zwei Minuten. Dafür erlaubte man ihnen, das ein „Kompromiß“ zu nennen, was doch nichts andres als ein Rückzug war. Die Dringlichkeitsanträge waren weggeräumt und das Haus ging in die Tagesordnung ein. Die Zudergesetze wurden in den Ausschuss geschickt und Mittwoch geht es an die Wehrvorlagen.

Diese letzte obstruktion ist deshalb so originell, weil sie, losgerissen von allem Zwange der Geschäftsordnung, aber auch auf alle Hilfsmittel der Geschäftsordnungsbestimmungen verzichtet, ein bloßes physisches Ringen darstellt. Die Frage war einfach, wie lange es einem Menschen — denn einer kam verschiedener Umstände wegen nicht in Betracht — anhalten, zu stehen und den Mund zu bewegen. Was sie sprachen, war ganz gleichgültig; da sie ezechielisch redeten, bestand die Verpflichtung, zur Sache zu sprechen, für sie überhaupt nicht. Eigentlich nicht einmal die, zu reden; sie brauchten nur die Lippen zu bewegen. Die Redner sprachen sehr selten, gewöhnlich klappten sie nur so unhörbar, daß sie selbst der Nebenstehende nicht vernahm, geschweige denn, daß jemand ein Wort verstanden hätte. Obwohl zeitweilig der Saal ganz leer war, so hörte der Vorsitzende von der Rede keinen Satz; um sich zu vergewissern, ob der „Redner“ rede, gebraucht er ein Opernglas: um die Lippenbewegungen ausnehmen zu können! Man brauchte zu dieser Obstruktion also weder List noch Witz; da half kein Einfall, da mühten die Zurecht der Geschäftsordnung nichts; die Frage war allein, wie lange man es ohne Schlaf, ohne Ruhe anhält, wie lange man Reden markieren kann. Die physische Leistung der neun böhmischen Tischstühle — das ganz ohne häßlichen Weiklang gesagt — war ganz respektabel, und wenn solche parlamentarischen Leistungen auch nur eine Art Sport sind: als ein Widerstand gegen die stumpfe Macht des bloßen Zeitablaufes erweckten sie sogar ein gewisses Interesse. Zeitlich, schon war der Anblick dieses ungereinigten Hauses, der verschlafenen Abgeordneten, die ihre ganze Leiblichkeit zur Schau brachten, der ungewaschenen Menschen nicht. Das ärgste waren allerdings die „Witze“ der Alldeutschen, und die Scene aus „Gib“, die sie gegen Morgen aufführten, wäre am hellen Tage wohl nicht auszuhalten gewesen. Das berühmte Citat wurde da von etwa zehn Leuten auf einmal im schriftlichen Diskurs gebracht: man läßt Abgeordnete nicht ungestraft zwei Nächte lang aufbleiben! Aber im allgemeinen war diese launliche Obstruktion einer der parlamentarischen Stimmes verwiderten Parlaments.

Und die politische Bilanz dieser dreitägigen Sitzung? Wie schon gesagt, der Kampf gegen den Uebermut der kleinsten Fraktionen ist nur eine Episode. Dennoch ist er nicht ohne Wert. Er bekräftigt vor allem die alte Wahrheit, daß Uebermut niemals gut thut, doch man nur obstruieren darf, wenn man obstruieren muß. Die blamable Pflicht der Junggehehen entspringt derselben Ursache wie das Risiko dieses nutzwilligen Aufstandes: daß eine nicht genügend fundierte Obstruktion ausfichtslos ist. So hat der zweitägige Kampf die Obstruktionshydra wohl nicht besiegt — im Gegenteil, eigentlich bewiesen, daß die wirkliche Obstruktion nach den Hilfsmitteln dieser Geschäftsordnung unbefugbar ist — aber er hat sie doch für eine geraume Zeit verschoben. Vorläufig ist die Tagesordnung vor Ueberfällen gesichert und auf etwa zwei Wochen kann man den Bestand des österreichischen konstitutionalismus garantieren. Für länger war er wohl noch nie geborgen.

Deutsches Reich.

Herr v. Heyl als leidender Tabakbauern.

Nachdem der parlamentarische Bericht von der letzten Dienstadt-Sitzung des Reichstages der „Süddeutschen Tabakzeitung“ vorliegt, bemerkt dieses Fachblatt zu den Ausführungen des Herrn v. Heyl: „Wenn man in so entrüsteter Weise und in so feierlicher Form etwas vor dem Reichstage behauptet, so muß die Sache sein „Rein“ und „Aber“ zulassen. Herr v. Heyl hat auch in dieser für ihn augenscheinlich wesentlichen Diskussion, in durchdacht vorbereiteter Weise gesprochen, er hätte demnach lautmäßig-richtig und nicht agitatorisch-zweispaltig seine Zahlen gruppieren sollen. Seit wann berechnet man den Ertrag der Tabak- oder Weinrenten nach dreizehn drei weiter hinter sich liegenden mageren Jahren, die noch obendrein durch Witterungsunbilden den Tabak so kräftig gestärkt, daß kein Fabrikant diese Erzeugnisse kaufen wollte? Der Witterung kann die Befehlgabe nicht abhelfen.“

Herr v. Heyl hat die drei trübsten Tabakbaujahre 97, 98, 99 hervorgehoben, um seine Verluste vorzutragen. Im Jahre 96 war sein Tabakbau noch sehr unrentabel, kommt daher nicht in Betracht. Als wir ihn im Jahre 1900 darauf aufmerksam machten, daß er seinen Tabakbau verunstaltet habe, teilte er damals mit, die Zahlen von 1900 lägen ihm noch nicht vor. Als wir ihn im Januar 1901 wiederholte erinnerten, wußte sich seine Stützenselber-Gutsverwaltung mit der Behauptung ein, sie habe allerdings im vorigen Jahre am Tabakbau verdient, aber nur 25 Proz. Als wir darauf hinwiesen, daß der Pächter des Heyl benachbortener früher Rothschildeher, jetzt der Fürstin Löwenstein gehörenden Gutes, Herr Müller, erheblich besser abschnitt habe und nicht teurer seinen Tabak verkauft hatte, blieb jede weitere Auskunft aus. Herr v. Heyl schon gestatten, daß wir in mehrer Hinsicht nehmen, wenn seine Auskünfte einseitig ausfallen. Herr v. Heyl hat, wie sämtliche dortigen Tabakpflanzer, den kräftigen Tabak der von ihm im Reichstage erwähnten Jahre für 18, 19 und 20 M. verkaufen müssen.

Herr v. Heyl hat jedoch seinen Tabak verkauft: 1900 nach Hohenheim an V. u. Z. für 30 M. 1901 nach Lampertheim an S. u. Co. „ 30 „ 1902 „ 30 „

„Alles pro Centner“ in dachreifem Zustande; er hat also in diesen drei Jahren nicht mit Verlust, sondern mit großem Gewinn seinen Tabakbau gepflegt.“

Herr v. Wunm, der deutsche Gesandte in Peking, hielt in einer ihm in Hamburg dargebrachten Ovation des „Ostasiatischen Vereins“ eine Rede, in der er, der nach dem Antritt seines diplomatischen Postens, also vor noch gar nicht langer Zeit, erst offenkundig ausgeplaudert hatte, wie wenig er von den ostasiatischen Verhältnissen verstehe, ein Urteil über die ostasiatische Situation abgab. Er erklärte u. a., er glaube unbedenklich der persönlichen Auffassung Ausdruck geben zu dürfen, daß die den maßgebenden chinesischen Faktoren zur Zeit der dringende Wunsch besteht, den gegenwärtigen friedlichen Zustand mit aller Kraft aufrecht zu erhalten. Lokale Unruhen würden zwar immer

wieder vorkommen, aber man brauche sich deshalb doch nicht jedesmal gleich einem Pessimismus bezüglich der Gesamtlage hinzugeben. Er werde im Frühjahr wieder auf seinen Posten in Peking zurückkehren und bitte, ihm auch fernerehin Vertrauen schenken zu wollen.

Offentlich wirkt Herr v. Wunm während seiner mehrmonatlichen Anwesenheit in Deutschland nun auch dahin, daß unsere ostasiatische Besatzungsbrigade auf ein Minimum reduziert wird. Denn, wenn die Lage in China so wenig gefährdend ist, wie er sie darstellt, so ist doch unter ostasiatisches Truppenangebot völlig überflüssig.

Kriegs-Tropenkoller. Im antijemittischen Verein deutscher Studenten, welcher sein Stiftungsfest am Freitagabend feierte, hielt der Generalkonstante und Divisionskommandeur Liebert, der frühere Gouverneur von Deutsch-Ostafrika im Stile französischer Generale eine nach Krieg lechzende Rede. Wie die „Staatsbürger-Ztg.“ berichtet, erklärte er, der jetzige lange Friede sei ihm nicht gerade sympathisch, denn es sei nur ein fauler Friede. Ih wäre nicht Soldat geblieben, wenn man mir damals gesagt hätte, daß wir einen Frieden von 30 Jahren haben würden.

Die Herr Liebert denken zweifellos sehr viele andre Offiziere, war doch sogar Mollate theoretisch ihrer Ansicht. Man sieht daraus, welche Gefahr für den Frieden der Militarismus darstellt. Auch die Begeisterung für unsere herrlichen Kolonien erfährt durch dies afrkanisch unerblickte Belanntnis eine treffliche Beleuchtung.

Soldatenmishandlungen.

Die Magdeburger „Volkstimme“ berichtet: Ein Ausschuss erregendes Urteil hat am Freitag das Kriegsgericht der 7. Division in Magdeburg gefällt. Angeklagt war der Lieutenant Theodor Jaffe von der siebenten Compagnie des 28. Infanterie-Regiments wegen Mishandlung. Jaffe soll nach der Anklage im Dezember mehrere Soldaten während des Dienstes vorchriftswidrig behandelt und mit der Waffe geschlagen haben. Rechtswidrigerweise wurde während der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen, angeblich wegen „Gefährdung der Disziplin“. In der Urteilsbegründung heißt es: „... Der Angeklagte ist durch die Zeugenansagen überführt, den Soldaten Domisch drei-mal mit dem Säbel auf den Oberarm, später mit einem kleinen spanischen Rohrstock auf die Schulter geschlagen zu haben. Strafmildernd sei in Betracht gezogen worden, daß der Zeuge Domisch den Angeklagten durch seine Nachlässigkeit und Widerständigkeit aufs äußerste gereizt und daß Domisch keinerlei körperliche Nachteile gehabt habe. Für diese Mishandlung erhielt der Herr Lieutenant folgende Strafen: Für das Schlagen mit dem Säbel neun Tage und für das Schlagen mit dem Stod acht Tage, zusammengezogen zwölf Tage Stubenarrest als Gesamtstrafe!“

Vor dem Kriegsgericht der 11. Division in Dresden hatte sich der Unteroffizier Ferdinand Dittich vom Infanterie-Regiment Nr. 51 wegen Mishandlung eines Untergebenen zu verantworten. Der Angeklagte bemerkte am 6. Dezember d. J., daß der Musketier Kurfawe die Griffwunden schlecht aussehete. Er rißte dies und gab ihm hierbei einen Stoß mit der Faust gegen die Brust, daß der Soldat hintenüber gegen ein Spind fiel. Es wurde hierauf dargiert, wobei sich der Musketier wieder ungeschickt anstellte. Das ärgerte den Unteroffizier und er verriete seinem Untergebenen mit dem Fuße einen Stoß gegen den Unterleib, was sehr schmerzhaft war. Als später auf dem Kasernenhofe Schritte gelübt wurden, brach der Mishandelte ohnmächtig zusammen und mußte ins Lazarett gebracht werden, wo er neunzehn Tage verblieb. Im Verhandlungstermin konnte sich der Unteroffizier auf diese Vorkommnisse absolut nicht mehr erinnern. Der Leiter der Verhandlung bemerkte hierauf, es scheine, daß er sich dieser Ausschreitungen so oft zu schämen kommen lasse, daß er sich der einzelnen Fälle nicht entsinnen könne. Der Vertreter der Anklage tabelte das rohe Gebahren des Unteroffiziers, beantragte jedoch nur die verhältnismäßig milde Strafe von 21 Tagen Mittelarrest. Das Kriegsgericht schloß sich dem Tadel an und erkannte auf diese Strafe.

Heinze-Sittlichkeit. Unser Überselder Bruderorgan giebt folgendes Musterbeispiel ultramontaner Heinze-Sittlichkeit: Ein Kunsthandler in dem schwarzen Münster hatte im Fenster seines Ladens ein Bild angegestellt, das eine Rubierin vorstellen soll. Die Rubierin ist von den Hüften aus bis zu den Haaren allerdings in stehender, absolut nicht herabfordernder Stellung nackt gemalt, wenn man nicht die großen Ohrringe als Alesidungsstütze betrachtet. Will man das Bild sehen, so muß man in der engen Salzstraße schon den Kopf arg in die Höhe recken. Dies hat nun anscheinend jemand gethan; denn dieser Jemand läßt sich in „Münsterschen Anzeiger“ Nr. 13 folgendermaßen aus:

In den hiesigen Kunsthandlungen war es bisher löblicher Brauch, Bilder, an denen man Anstoß nehmen konnte, nicht in die Schauauslagen zu stellen. In unserem lebhaftesten Bedauern, namentlich im Hinblick auf die Jugend, macht die Firma Karl Heilboorn hierseits eine unerfreuliche Ausnahme in dieser Beziehung. Wir hoffen, daß der Druck der Öffentlichkeit die Entseinerung des betreffenden Bildes zuwege bringen wird, nachdem eine unter der Hand erfolgte Anregung fruchtlos geblieben ist.

Was ist nun die Folge dieser Lokalnotiz? Nicht etwa, daß das Bild entfernt worden ist — nein, daß ganz Münster, groß und klein — männlich, weiblich, sächlich in Scharen an dem Hause vorüberzog, sich den Hals verreckte, vorübergehend und nach hundert Schritten umdrehete, um noch einmal dem Bilde seine Reverenz zu bezeugen.

Hinter der Brüderie verbirgt sich gewöhnlich ordinärste Lasterheit.

In der nationalliberalen Partei des Wahlkreises Hof herrscht wegen der Wasserlämmerlei und anderer Dinge Zwiespalt, der vorläufig noch unter der Ägide glimmt, aber jeden Augenblick in hellen Flammen auflodern kann. Aus einer Besprechung der Parteigrößen in Wainberg ging es sehr lebhaft zu und dem Generalsekretär Wolf von der Landespartei, der sich bemühte, die schmäbliche Haltung der Nationalliberalen im Reichstage zu rechtfertigen, wurde ziemlich derb die Meinung gesagt. Die Personalliste, die die Kandidatenfrage regeln sollte, ging resultatlos auseinander. Einen Stein des Anstoßes bildet auch der bisherige Abgeordnete Münch-Ferber, der sich durch sein Verhalten in der Voammollzollfrage die Spinnerereibesitzer zu Feinden gemacht hat. Man wird ihn wahrscheinlich fallen lassen, um die Spaltung zu vermeiden, die nach Ansicht der Parteimatadoren den Wahlkreis den Socialdemokraten ausliefern würde.

Der sächsische Hofkonflikt.

Die Kronprinzessin von Sachsen hat mit Herrn Giron am Sonnabend Genf verlassen und ist nach Mentone gereist. Die Schweizerische Depeschagentur meldet darüber vom 17. Januar aus Genf: Die Kronprinzessin von Sachsen und Giron sind mit dem Zuge nach 7 Uhr 40 Min. abends vom hiesigen Bahnhof abgereist, wohin sie sich zu Fuß auf einem Umwege begeben hatten. Sie sind von einer aus Vorn gebürtigen bisherigen Bediensteten des von ihnen bewohnten Hotels begleitet.

Better liegen folgende telegraphische Nachrichten vor: Genf, 18. Januar. Ueber die plötzliche Abreise der Kronprinzessin und Giron ist noch hinzuzufügen: Die sich in Genf aufhaltenden Berichterstatter wurden durch die zu ihrer Irreführung getroffenen Maßnahmen völlig getäuscht. Die Fahrkarten für beide wurden von dem Expeditionsbureau beordert, welches das Gepäck aus dem Hotel d'Angleterre abholen ließ. Die Kronprinzessin und Giron verließen das Hotel heimlich durch eine Nebenthür und begaben sich auf Um-

wegen zum Bahnhof. Vor ihrer Abreise besuchten sie den Eigentümer des Hotels und die Angestellten. Ersterem überreichte die Kronprinzessin eine prächtige Skalwaitemadel, mit Perlen und Diamanten besetzt. Zwischen der Kronprinzessin, Giron und ihrem Anwalt Zahenal scheinen einige Meinungsverschiedenheiten entstanden zu sein. Man berichtet, die Kronprinzessin und Giron hätten erklärt, sie würden sich nach Montreux begeben, um dort das Urteil des Dresdener Obergerichtshofes abzuwarten. Erst im letzten Augenblick hätten sie sich entschlossen, sich nach Mentone zu begeben.

Mentone, 18. Januar. Die Kronprinzessin und Giron sind kurz nach 4 1/2 Uhr früh hier eingetroffen und nach etwa viertelstündigem Aufenthalt weitergereist. Sowohl die Ankunft wie die Abfahrt blieben von dem Publikum unbemerkt.

Mentone, 18. Januar. Die Kronprinzessin und Giron trafen vormittags 11 Uhr hier ein, liegen im Hotel des Anglais ab und ziehen sich unter dem Namen Herr und Frau Andre Gérard eintragen; sie suchen es ab, irgend einen Besuch zu empfangen. Der Aufenthalt in Mentone ist voraussichtlich auf einen Monat berechnet.

Ein neuer Völkervertrag?

Aus Venezuela wird via Caracas vom „Reiterischen Bureau“ gemeldet: Am Sonnabendmittag versuchte das deutsche Kriegsschiff „Panther“ die Einfahrt in die Lagune von Maracaibo zu erzwingen und eröffnete das Feuer auf das den Einfahrtslanal bedeckende Fort San Carlos. Das Fort erwiderte das Feuer und nötigte den „Panther“ nach einständigem Gefecht, seine Absicht aufzugeben. Der Kommandant des Forts berichtet, daß das Fort keine Beschädigungen erlitten habe. Bei dem Eingang der Meldung fand hier eine Kundgebung der Bevölkerung statt.

Das offizielle „W. B.“ bemerkt zu dieser Meldung: Amtliche Nachrichten liegen hier nicht vor. Vermutlich hat S. M. S. „Panther“ auf der vor der Lagune liegenden Barre nicht genug Wasser vorgefunden und hat deshalb die wahrscheinlich vorhandene Absicht, den Transport kolumbischen Kaffees über die Lagune zu hindern, aufgeben müssen.

Die Blockade erstreckt sich, wie wir wiederholt nachgewiesen haben, nur auf die Unterbindung des Handels mit dem Ausland. Nach der offiziellen Interpretation der sonderbaren Vorkommnisse hat aber der „Panther“ versucht, in den Binnenland-Verkehr einzugreifen. Die deutsche Regierung wird nicht umhin können, wegen dieses neuesten Uebergriffs Rede und Antwort zu geben.

Die Peking-Deutwald-Entscheidung.

Ist am Sonntag programmäßig von Station gegangen. Das „W. B.“ meldet darüber:

An der Feier nahmen viele chinesische Würdenträger, die Mitglieder des diplomatischen Corps, sämtliche Offiziere der Gesandtschaftswachen, sämtliche in Peking wohnhaften Ausländer sowie die deutschen Offiziere und Beamten aus Peking und andern Städten Teil. Auch der frühere Dragoman der deutschen Gesandtschaft, Cordes, welcher bei der Ermordung des Freiherrn v. Sottelei schwer verletzt wurde, war zugegen. Die Strafe war auf der Südseite des Deutwalds, welches die Form eines Sockels hat, von deutschen Truppen, auf der Nordseite von chinesischen Truppen besetzt. Auf den Strahlen und den Dächern der umliegenden Häuser hatte sich eine überaus große Menge Chinesen angesammelt. Der erste Legationssekretär der deutschen Gesandtschaft, Freiherr v. d. Goltz fungierte bei der Feier als Vertreter des Deutschen Reiches. Prinz Tschun vertrat China. Vor dem Deutwald war ein Altar errichtet worden, auf dem sich die Opfergefäße des kaiserlichen Hofes befanden. Prinz Tschun wurde bei seinem Erscheinen von dem Herrn v. d. Goltz und dem Generalmajor v. Rohrleit mit diesem Altar geleitet. Er begrüßte die Mitglieder des diplomatischen Corps und brachte dann nach chinesischer Sitte zu Ehren des Verstorbenen ein Tranlopf dar. Der Prinz führte in der Rede, in welcher er das Deutwald übergab, aus, daß das Deutwald dem Volke eine Warnung sein solle, ein Zeichen der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern und ein Symbol des Friedens. Herr v. d. Goltz sagte in seiner Antwort, das Deutwald sei der Majestät dem deutschen Kaiser und dem Deutschen Reich von dem Kaiser von China als dauernder Beweis des Forns gewidmet, den der Kaiser von China über die Ermordung des Herrn v. Sottelei empfand. Mit der Errichtung dieses Deutwalds komme China einer Verpflichtung nach, die es sich selber nach den Ereignissen des Jahres 1900 auferlegt habe. Das Deutwald solle der Nachwelt eine Predigt und ein dauerndes Symbol der Wünsche der chinesischen Regierung sein, die freundschaftlichen Beziehungen mit den fremdländischen Regierungen zu fördern und zu erhalten.

Wie man sieht, fügte sich der Sühnepinz Tschun mit seinem Takte in die China von Deutschland aufgenötigte Komödie. Er bezeichnete das Deutwald vielmehr als „Warnung“. Der deutsche Vertreter unterstellte dagegen dem Kaiser von China Gefühle, deren Kontrolle unmöglich ist. Seine übrigen Ausführungen, daß China „sich selber“ die „Verpflichtung“ dieses verpöhteten Sotaus auferlegt habe, sprangen ziemlich willkürlich mit den historischen Thatfachen um. Wie wir über diesen in jeder Beziehung unangemessenen Triumphbogen denken, haben wir erst kürzlich dargelegt.

Ausland.

Zeichen der Zeit.

Brüssel, den 15. Januar. (Fig. Ver.) Das akademische Viertel der Stadt der Intelligenz Brüssel war kürzlich der Schauplatz zweier Ereignisse, die, obwohl sie für den Socialismus kaum eine über das Tagesinteresse hinausgehende Bedeutung haben, hier doch der Erwähnung wert sind, weil sie für den Geist der liberalen Bourgeoisie eine treffende Illustration bilden.

Das erste Ereignis ist die Nichtbestätigung des socialistischen Professors und Abg. S. Denis als Präsident der Academie royale. Der Tradition gemäß ernannten die Mitglieder der Akademie unsere Genossen für diese Funktion. Die liberale Regierung weigerte sich, diese Ernennung dem König zur Ratifikation vorzulegen und wählte ein andres, ihr genehmes Mitglied. Was jetzt war man von der Regierung solche Einprübe nicht gewohnt: die Ratifikation hielt man für eine leere Formel. Das Vorgehen der Regierung wäre dazu angehen gewesen, die greisen Berichten der Akademie und die liberale Bourgeoisie, die sich auf die Freiheit und Unabhängigkeit der Lehranstalt gar viel zu gute thut, zur Agitation gegen den die Schwelle der Akademie überbreitenden Alerikalismus energisch aufzurütteln. Doch nichts dergleichen geschah!

Die linksstehende bürgerliche Presse registrierte, soweit sie den Vorfall für erwähnenswert hielt, denselben neben den Lokalereignissen wie etwa einen Pferdesturz, und die wählenden Akademienmitglieder, deren Autorität einen gewaltigen Auftrieb erhalten, acceptierten einfach an Stelle Denis' den andern Präsidenten. Von dem Geiste der Göttinger Sieben war bei ihnen nichts zu bemerken. Wer weiß, ob mancher von ihnen nicht im stillen Herzenskammerlein der Regierung leisen Daut abgestattet hat, weil sie den Präsidentensstuhl der Akademie von der roten Gefahr freigehalten hat.

Den Socialismus kann dieser Ausdang der Sache kalt lassen, denn er hat nichts verloren, wenn einer seiner intelligentesten Anhänger der Funktion entboden ist, ein oder zweimal im Jahre als Akademie-Präsident offizielle Widlungen zu machen. Nur insoweit ist für ihn der Vorfall interessant, als er zeigt, daß man sich der liberalen Regierung gegenüber eben auf alles gefasst machen muß und daß die liberale Bourgeoisie selbst weder den Mut noch den Willen hat, ihre eigene Domäne gegen unberechtigte Eingriffe zu verteidigen.

Nebrigens hat Genosse Denis seine Demission als Akademienmitglied eingereicht.

Der Schauplatz des zweiten Ereignisses war der Hörsaal der freien Universität (Université libre, nicht zu verwechseln mit der socialistischen Université nouvelle). Als der Professor Dewilde die Unvereinbarkeit der Religion mit der Wissenschaft darlegte, verließ ein Teil der studierenden Bourgeoisie-jugend demonstrativ den Saal und brachte dem Vortragenden unter den Fenstern eine Regenmütze. Die Bedeutung des Vorfalles kann man erst dann richtig einschätzen, wenn man weiß, daß die freie Universität fast ausschließlich von den Söhnen der liberal-freidenkerischen Bourgeoisie besucht wird. In Belgien ist dem Unterrichtsweesen, besonders dem höheren, durchgehends der Parteitempel aufgedrückt. Von der Freiheit, Lehranstalten zu gründen, haben alle Parteien Gebrauch gemacht. Die liberale Partei ist auf diesem Gebiete aus naheliegenden Gründen allen andern weit voraus. Sie hat ihre Universität, ihre Technikum, Gymnasien, landwirtschaftliche Schulen und eine Unmenge Elementarschulen gegründet, denen die Aufgabe zufällt, den liberalen Geist schon von Kindesbeinen an einzutrainieren. Die liberale und halb liberale Bourgeoisie schickt ihre Söhne nach Löwen; die liberale oder besser: die offiziell liberale in die freie Universität zu Brüssel. Die liberalen Institutionen werden, soweit sie nicht von Staat, Kommune oder Provinz unterstützt werden, von der römischen Kriegskasse subventioniert. Die liberalen Institute erhalten ebenfalls Subventionen aus den Gemeindefinanzen, über welche die Liberalen die Herrschaft besitzen. So bewilligt der Gemeinderat der Stadt Brüssel, in welchem die Liberalen die Mehrheit haben, für die freie Universität alljährlich 130 000 Fr. und stellt die Lokalitäten unentgeltlich. Bei liberalen offiziellen Gelegenheiten wird diese Institution mit dem Nützlichem der Beredsamkeit aufgeputzt und die freireligiöse Bestimmung ihrer Lehrer und Schüler bombastisch gepriesen.

Soweit ganz gut. Nur macht sich bei der liberalen Universität die Schwindlust immer deutlicher bemerkbar, während die liberale Universität immer volldicker wird.

Im Schuljahr 1889-1890 weist die freie Universität eine Frequenz von 1970 (darunter 200 Ausländer) auf und 1890 bis 1900 1918 (169 Ausländer); dies wäre eine Abnahme von fast 50 Proz. Die liberale Universität in Löwen dagegen hatte 1889 bis 1890 1891 Studenten (146 Ausländer) und 1899-1900 1945 (171 Ausländer). Diese Zahlen bilden neben vielen andern einen berechneten Beweis der fortschreitenden Verklerikalisierung unserer liberalen Bourgeoisie.

Es versteht sich von selbst, daß die liberale Presse aus den pfeifenden Studenten Heroen macht. Der „Vier Public“ lobt sie, weil sie „wissen, ihre religiöse Ueberzeugung selbst in diesem so abschaulichen Milieu zu verteidigen“ und tadelt die Väter, welche das religiöse Empfinden ihrer Kinder demaskieren.

Die Folge des Vorganges wird sein, daß ein Teil der Studenten, deren Väter noch im antikerischen Gewand einhergehen, von nun an zu den Jesuiten nach Löwen gehen werden. Während die alten Bourgeois, dem Zwange der Vergangenheit sich fügend, mit dem Merkantilismus nur verstaubt patierten, werden es ihre Söhne offen, durch seine Tradition gehemmt, thun.

Aus dem britischen Gewerkschaftswesen.

London, 17. Januar. (Eig. Ber.)

Wie in einer früheren Korrespondenz mitgeteilt wurde, sollten die verschiedenen Gewerkschaftskomitees ihre Beratungen am 15. d. M. aufnehmen, um eine neue gesetzliche Grundlage für die Tätigkeit der Arbeiterorganisationen zu schaffen, sowie um über die Einberufung eines außerordentlichen Trades-Unions-Kongresses endgültig zu beschließen. Diese Sitzung fand am festgesetzten Termin statt und erledigte beide Punkte.

Der Entwurf der Gewerkschaftsnovelle hat folgenden Wortlaut:

§ 1. **Bildung:** Es soll als gesetzlich betrachtet werden, wenn eine eingeschriebene oder nicht eingeschriebene Gewerkschaft zum Zwecke der Verbesserung oder Durchführung eines wirtschaftlichen Konflikts eine oder mehrere Personen beauftragt, neben einem Hause, Gebäude oder Plage Aufstellung zu nehmen, um Informationen zu erteilen oder zu empfangen; ferner um Personen in friedlicher Weise zu überreden, ihre Arbeit niederzuliegen; schließlich um alle diese Handlungen zusammen auszuführen. Ein solches Vorkommen, Informieren, Ueberreden soll, wenn dabei keine Gewalt gebraucht wird, nicht als ein Ausüben und Befolgen im Sinne der Section 7 des Verstoßungs- und Eigentumschutz-Gesetzes vom Jahre 1875 betrachtet werden.

§ 2. **Verstoßung:** Ein Uebereinkommen oder Zusammenwirken zwischen zwei oder mehreren Personen zum Zwecke der Ausübung oder des Veranlassens zur Ausübung von Handlungen, die zur Vorbereitung oder Förderung eines wirtschaftlichen Konflikts nötig sind, soll nicht strafbar sein, wenn dieselbe Handlung von einer einzigen Person ausgeht, nicht strafbar ist. Ebenso dürfen Zeitungen oder Zeitschriften nicht zur Veranwortung gezogen werden, wenn sie sich mit den Umständen eines wirtschaftlichen Konflikts beschäftigen; dieser Paragraph kann jedoch die Zeitungen oder Zeitschriften nicht von Verantwortlichkeiten entbinden, die aus anderen Gründen gegen sie geltend gemacht werden könnten.

§ 3. **Schadensersatz:** Eine Trades-Union kann nicht haftbar gemacht werden für Handlungen eines oder mehrerer ihrer Mitglieder, die im Namen der Trades-Union ausgeht werden, außer wenn es bewiesen wird, daß solche Handlungen in ausdrücklicher Uebereinstimmung und auf Grund der Autorität der Satzungen der Trades-Union ausgeführt wurden.

Titel: Diese Novelle soll bekannt sein als die Wirtschaftliche Konflikts-Akte vom Jahre 1903 (Trades Disputes Act, 1903).

Der Paragraph betreffend Schadensersatz wird ohne Zweifel auf großen Widerstand im Parlamente stoßen. Die Gewerkschaften scheinen der Ansicht zu sein, daß nur die Statuten einer Gewerkschaft als eine kollektive Handlung zu betrachten seien, während die Handlungen der einzelnen Mitglieder, Beamten und Agenten nur individuelle Handlungen darstellen, für welche die Handelnden persönlich zur Verantwortung gezogen werden müßten.

Der außerordentliche Trades-Unions-Kongress wird nach London einberufen werden, und zwar einen Monat nach der Verkündigung des Entwurfs über den Taff-Bale-Prozess, d. h. nach Festsetzung der Höhe des Schadensersatzes durch den Obersten Richter. Hoffentlich wird dieser Kongress von allen Gewerkschaften besucht werden, auch von den Maschinenbauern (Engineers) und den Bergleuten von Northumberland und Durham, die bekanntlich auf den letzten Kongressen nicht vertreten waren.

Marokko.

Die Lage des Sultans soll sich neuerdings wieder gebessert haben. Ein Telegramm des spanischen Gesandten in Tanger de Coloman meldet, daß 25 000 aus den dem Sultan treuen Kabylen ausgehobene Mannschaften auf dem Marokko gegen Tazza begriffen sind, wo der Präsident immer noch Erregung hervorruft. Andre Kabylen beobachtet aus Tuzat vor möglicher Bestrafung eine abwartende Haltung. Die schlechte Verkehrslage der Wege mache die Operationen schwierig.

Ferner wird gemeldet:

Tanger, 19. Januar. Die hiesige Garnison ist wieder herber zurückgekehrt. Alle Stämme in der Umgegend von Tanger haben sich unterworfen, mit Ausnahme der Windalia, von denen man hofft, daß sie sich in der nächsten Woche ebenfalls unterwerfen werden. Nach den letzten Meldungen aus Fez ist dort alles ruhig. Die Stämme der Zemur und der Zuerar haben Hilfsmittel abgeholt, um die Operationen gegen Tazza zu unterstützen.

Oran, 19. Januar. Zwischen zwei Parteien des Stammes Beni-Snassen hat gestern ein heftiges Gefecht stattgefunden. Da man glaubt, daß die Besiegten auf algerisches

Gebiet übergehen werden, sind zwei Schwadronen der Spahis und Eingeborenen-Truppen mobil gemacht worden. Die Grenze wird überwacht.

Gibraltar, 19. Januar. Ein Bataillon spanischer Infanterie und eine Batterie reitende Artillerie haben sich heute in Algeiras eingeschifft, um nach Ceuta zu gehen.

Oestreich-Ungarn.

Flottenlandung in den kleinasiatischen Gewässern. Aus Wien wird gemeldet:

Von Pola wird hierher berichtet, daß an das dortige Marine-Arsenal die Weisung ergangen sei, mit möglichster Beschleunigung alle Vorbereitungen zur Ausrüstung eines aus drei Schlachtschiffen, zwei Kreuzern und neun Torpedos bestehenden Geschwaders zu treffen. Das Kommando erhält Konter-Admiral Kneißler. An diese Meldung knüpfen sich Gerüchte, das Geschwader sei berufen, in den kleinasiatischen Gewässern den österreichisch-russischen Reform-Vorschlägen für Mazedonien entsprechende Maßnahmen zu geben. Nach diesen Informationen handelt es sich um ein Uebungsgechwader, das nebenbei den Zweck verfolgen soll, die österreichischen Handelsinteressen in der Levante zu fördern. Inzwischen bleibt die Größe dieses Geschwaders etwas unklar.

Man bringt diese überraschende Nachricht mit der Reise des Grafen Lambsdorff in Verbindung.

Frankreich.

Wenn die Schupleute reden.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, sind zwischen Herrn Lepine, dem Chef der Pariser Polizei, und seinen Schupleuten Konflikte ausgebrochen. Dieselben Leute, die sonst dazu verwendet werden, die nach Verbesserung ihrer Lage strebenden Arbeiter in ihrer Bewegung möglichst zu hemmen, haben den Spieß jetzt gegen Herrn Lepine gedreht und verschiedene Forderungen aufgestellt. Bei diesem Konflikt wird nun naturgemäß auch verschiedenes aus den Geheimnissen der Polizei ausgelassen. In der „Petite République“ wird das Schreiben eines Schupmanns veröffentlicht, in welchem derselbe mitteilt, wie die Schupleute für den Kampf gegen die verdammten „Streikbrüder“ und Sozialisten präpariert werden. Es wird darin erzählt, wie die Schupleute oft stundenlang auf den Wachen zurückgehalten werden, ehe sie nach ihren Posten abgehen. Es kommt so zu einer Anzahl Ueberstunden, die bei einer besseren Entlohnung vermeintbar wäre. Dann und wann stößt einer der Chefs einen Fluch aus, wie: „Wieder diese Kanakillen von Sozialisten, die an allem schuld sind!“ Viele der Schupleute, die meist aus den zurückgebliebenen Gegenden und Bevölkerungsschichten rekrutiert sind, verstehen gar nicht das Wort Sozialist recht zu deuten, aber sie begreifen, daß diese Leute schuld sind an ihren Ueberstunden, und so gehen sie schon mit einem gewissen Groll auf ihre Posten.

Das ist aber noch nicht alles; vor ihren Abgängen wird ihnen ein Cirkular in die Hand gegeben, und ein Chef liest es mit erhöhter Stimme vor. Dieses Cirkular hat folgenden Wortlaut:

Der Polizeipräsident erinnert alle Beamten, die unter seinen Befehlen stehen, daß er auf ihre Energie zählt, um alle Aufstörungen, welche sich ergeben könnten, sofort zu unterdrücken. Für jede Verhastung wird eine Belohnung von 10 Fr. bezahlt, 5 Fr. für einen Stod und 1 Fr. für einen Hut. Schupleute, welche des Mangels an Energie überführt werden, haben strenge Strafe zu erwarten.

Diese Ordon wird an jedem Tage, an dem eine Manifestation stattfindet, verteilt und bei der Parole verlesen.

Hier wird einmal ausgespart, in welcher Weise die Schupleute auf den Namen dreifach werden, um die „Ordnung“ aufrecht zu erhalten. Es ist klar, daß die in Aussicht gestellten Belohnungen für die schlecht bezahlten Sicherheitsbeamten geradezu einen Anreiz bilden müssen, die Konflikte mit den Manifestanten zu provozieren.

Die parlamentarische Kommission der Kongregationen hatte über 53 Gesuche von männlichen Ordensgesellschaften zu entscheiden. Die Kommission hat beschlossen, sämtliche Autorisationsgesuche abzulehnen. In der Kammer will die Kommission beantragen, über sämtliche Gesuche en bloc zu diskutieren und abzustimmen. Ueber die Gesuche um Wiederverordnung von Ordensschulen, die auf Grund des Gesetzes geschlossen worden sind, entscheidet das Ministerium. Der Ministerpräsident Combes hat 8 solcher Gesuche aus dem Departement Loire-Inférieure abgelehnt. Das gleiche Schicksal erlitten 67 Kongregationschulen des Maine- und Loire-Departements und 47 Schulen aus dem Loiregebiete.

Spanien.

Der Finanzminister erklärte dem Präsidenten der „Union commerciale“, den er in Audienz empfangen hatte, daß er mit ihm übereinstimmend sei von der Notwendigkeit, Handelsverträge mit den europäischen Staaten abzuschließen. Habe man auch bisher die Entwicklung der nationalen Industrie durch Schutzzölle zu fördern gesucht, so werde man sich in Zukunft mehr von den Bedürfnissen des Marktes leiten lassen.

England.

Die kommende Arbeiterpartei.

London, 15. Januar. (Eig. Ber.) Mr. W. I. Sicad, der Redakteur der „Review of Reviews“, hat in dem heute veröffentlichten Januarheft seiner Revue eine längere Abhandlung über die Partei der Zukunft, die nach seiner Meinung die Soziale Partei sein wird, — eine Art Verjüngung des Liberalismus durch die Annahme der unmittelbaren Forderungen der Sozialdemokratie. Mit seinem tiefen Sinn für das Aktuelle, den schließlich jeder Zeitungsredakteur in härteren oder geringeren Maße besitzen muß, sieht er, daß England schließlich und unruhigen Zeiten entgegensteht. Kriminalität, Trunkenheit und Betteln nehmen rasant zu, während die Anlagen bei den Post-Sparkassen im Abnehmen begriffen sind. Für diese Symptome, die auf eine tiefere innere Krise hindeuten, besäßen die Programme der herrschenden Parteien kein Heilmittel. Ebenso wie die Partei der Whigs sich zu der des Liberalismus entwickelt hatte, muß jetzt der Liberalismus auf die Arbeiterschaft ausgedehnt werden und ihren Bedürfnissen Rechnung tragen. Diese Anpassung der liberalen Partei an die herrschenden Zustände muß zur Bildung einer sozialen oder progressiven Partei führen. Ihr Programm soll sein: „ein kooperatives Gemeinwesen, das jedem Mitgliede ein kulturwürdiges Minimum an materiellen und geistigen Existenzbedingungen sichert.“ Für dieses Programm sucht er von den Arbeiterabgeordneten John Burns und Sir Hardie, von den radikalen Abgeordneten Lloyd-George und Dr. Monnamara zu gewinnen.

Jaurès und die „Times“.

London, 15. Januar. (Eig. Ber.) Anlässlich der Wahl des Genossen Jaurès zum Vizepräsidenten der französischen Kammer ließen die „Londoner Times“: ... Jaurès hat den Ehrentitel, seinen Mitbürgern zu zeigen, daß der Sozialismus nicht nur keine doktrinaire Utopie ist, sondern auch schon für heute eine gewisse Anzahl von Maßregeln hat, die gegen die gesellschaftlichen Uebel angewendet werden könnten. ... Er ist der neueste und beste Geschichtsschreiber der französischen Revolution — dies ist das Urteil der größten Autorität, des Professors Anard von der Sorbonne — und der Verfasser einer bemerkenswerten Abhandlung über den philosophischen Idealismus; er ist einer der kultiviertesten und gelehrtesten Geister Europas. Diese Universitätsbildung vereinigt er mit einem Temperamente der seltensten Art, nämlich der Männer wie Michelet und Lamartine vom Jahre 1845. Hinzu kommt,

daß Jaurès Menschenkenntnis hat, wie nur diejenigen sie haben können, die die Studierstube verlassen haben, um in enge Berührung mit dem Volke zu treten.“ Dann wird Jaurès' äußere Politik, die auf Völkerverständnis und Abrüstung hinabwirft, gelobt. „Er ist kein Antisemite, kein politischer Demagog, kein marxistischer Doktriner“, und er fürchtet auch nicht „eine Spaltung seiner eignen Partei“ herbeizuführen.

Das ist wohl schon zu viel des Lobes. —

Partei-Nachrichten.

Südbayrischer Gaugau.

Die südbayrischen Partei-Organisationen hielten am Sonntag in München ihren Gaugau ab, der von 31 Delegierten besucht war. Dem Berichte des Gauvorstandes ist zu entnehmen, daß in der zweijährigen Periode 218 öffentliche Volksversammlungen abgehalten und 355 000 Flugblätter verbreitet wurden. Von dem Parteitalender für 1902 wurden 4500, von dem für 1903 7500 Stück abgesetzt. Dem bisherigen Gauvorstand wurde einstimmig Decharge erteilt. Ueber die bevorstehenden Reichstagswahlen referierte Genosse Landtags-Abgeordneter A. d. H. H. Müller-München. Er bemerkt, daß es gelte, die Scharte auszuweihen, die im Jahre 1898 entstanden ist. Die 20 südbayrischen Reichstags-Wahlkreise weisen mit Ausnahme von München II und Neuland gegenüber der Wahl von 1893 einen erheblichen Rückgang an sozialdemokratischen Stimmen auf. Sie sind von 52 088 auf 45 996 gefallen. Ein wesentlicher Grund dafür ist das Auftreten des Bauernbundes, der eine Anzahl von bisherigen Mitläufern der Sozialdemokratie absorbierte. Allerdings muß gesagt werden, daß der Bauernbund auch dem Centrum im Gau sehr geschadet hat, dessen Stimmzahl von 176 638 (1893) auf 155 724 (1898) fiel. Es muß gesagt werden, daß wir (Redner selbst) nicht sich nicht von diesem Fehler frei den Charakter des Bauernbundes als eines rein agrarischen, durchaus reaktionären Parteigebildes belannt haben. Ein Fehler war es auch, daß man vielfach Jährländebanden von sehr bekanntem Namen aufstellte, die von der Bevölkerung einfach nicht ernst genommen werden, weil diese Mandatanten schon in auskömmlicheren Kreisen aufgestellt sind. Man muß deshalb dazu kommen, die Jährländebanden aus den Genossen des eignen Wahlkreises auszusuchen. Das Schwergewicht unserer Agitation müssen wir auf die industriellen Kreise legen, denen die Quellen unserer Kraft entspringen. Nicht zu vergessen ist freilich, daß die Industrialisierung früher rein ländlicher Bezirke, veranlaßt durch die vorhandenen reichen Wasserkräfte große Fortschritte machte. Dort hat schon die gewerkschaftliche Organisation ziemlich Fortschritte gemacht und auch die politische Agitation muß nun dort energisch einsetzen. Der Redner bespricht sodann unsere Aussichten in den einzelnen Wahlkreisen und weist darauf hin, daß wir noch nie eine so günstige Zeit zur Agitation hatten.

Eine Debatte schloß sich an das mit einhelliger Zustimmung aufgenommene Referat nicht an. Sodann berichtete Genosse Cohn-München über den Stand der Parteipresse. Die Entwicklung des Abonnentenstandes im Lande sei im Gegensatz zu München und Augsburg nicht günstig und halte nicht gleichen Schritt mit der Ausbreitung der Organisation; wesentliche Fortschritte wurden nur in den Bergarbeiterorten Penzberg und Hansheim gemacht.

Als Gauvorsitzender wurde schließlich Genosse Seb. Wittl einstimmig wiedergewählt.

Reichstags-Kandidaturen. Für den Wahlkreis Breg in Schlesien kandidiert Genosse Schüb-Preßlau, für den Wahlkreis Koburg Genosse Krüger, Rektor in Halle a. S.

1000 neue Abonnenten gewann unser Dortmunder Parteiblatt, die „Arbeiter-Zeitung“, im letzten Quartal. Das ist für einen Ort wie Dortmund ein ganz bedeutender Erfolg.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Ein Verleumdungsprozeß** wurde am Sonntagabend vor dem Landgericht Nürnberg verhandelt. Der Redakteur der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“, Genosse Albert Rudolph, war angeklagt, den Magistrat und den ersten Bürgermeister Nürnbergs, v. Schub, beleidigt zu haben. Am 23. September v. J. tagte in Nürnberg eine große Volksversammlung, in der Genosse Weibel als Referent auftrat. Rudolph war Vorsitzender der Versammlung und richtete nach der Rede Weibels eine Ansprache an die Versammelten, worin er auch auf die Gemeindevorstände, die damals vor der Thüre standen, hinwies und die Tätigkeit der freisinnigen Rathenbergschicht scharf kritisierte. Dabei soll er in Bezug auf den Bürgermeister geäußert haben, es seien gegen die Arbeiter Maßnahmen getroffen, die an Gemeinheit und Niederracht nichts nachstehen, der Freisinn habe lange die Welt nicht gesehen, geschämt haben. Rudolph bestritt, mit den obigen Ausdrücken, wenn er sie wirklich gebraucht habe, den Bürgermeister gemeint zu haben, sie hätten lediglich der freisinnigen Partei gegolten, die in Nürnberg die Arbeiter mit allen Mitteln vom Rathenbergs fernzuhalten sucht. Seine Ausführungen seien in der Anlage entziffert und zusammenhanglos wiedergegeben. Die Anlage stütze sich auf den stenographischen Bericht des Polizeikommissars Gerner, der die Versammlung überwacht hat. Das „Stenogramm“, das dem Gericht vorlag, enthält über Rudolphs Rede, die nach Anlage der Polizei eine Viertelstunde gedauert hat, nur einige kurze Sätze, ohne logischen Zusammenhang. Mit Recht betonte Redner, daß er so sinnlos gar nicht sprechen könne. Der Kommissar hat jedenfalls nur die Sätze, die ihm besonders kräftig erschienen, notiert, so daß sich zuletzt ein ganz anderer Sinn ergab. Zwischen den zwei hauptsächlich in Betracht kommenden Sätzen des Stenogramms ist eine große Lücke, erst wird vom Bürgermeister gesprochen, dann plötzlich vom Freisinn. Der Polizeizeuge erklärte dies damit, daß R. wohl selbst sich seiner Entgleisung bewußt geworden und deshalb plötzlich auf den Freisinn übergesprungen sei. Rudolph erhielt vier Monate Gefängnis, obwohl die Entlastungszeugen behaupteten, daß er nach ihrer Erinnerung keine Angriffe nur gegen die freisinnige Partei gerichtet habe. Das Interesse dieser Zeugen sei, so heißt es im Urteil, durch die vorausgegangene Rede Weibels erköpft gewesen, so daß die späteren Vorgänge nicht mehr klar in ihrer Erinnerung haften.

Der Zeuge Gerner erzählte in seinem eideschworen auch eine merkwürdige Geschichte. Seit einem Jahre ungefähr habe die „Tagespost“ die persönlichen Angriffe gegen Herrn v. Schub eingestellt. So viel er wisse, sei das auf Weisung von Berlin her geschehen. Kurz vor der Versammlung habe die „Tagespost“ Herrn v. Schub aber wieder persönlich angegriffen. Dadurch sollte wohl dargethan werden, daß Rudolph den persönlichen Ton wieder in die Polemik eingeführt habe. Die Sache beruhte aber auf einer vor drei Jahren getroffenen Vereinbarung zwischen Herrn v. Schub und dem damaligen Verantwortlichen der „Tagespost“, als jener gegen den letzteren Klage wegen Verleumdung gestellt hatte. Die „Tagespost“ sollte Herrn v. Schub nicht mehr persönlich angreifen und dieser nicht mehr in der wegwerfenden und verletzenden Weise wie bisher von einer „gewissen Seite“ und einer „gewissen Presse“ sprechen. Als dann im September v. J. der Bürgermeister im Magistrat erklärte, die Gemeindeverwaltung werde „alle Waffen des Gesetzes anwenden, um ihr Recht zu verteidigen“, das heißt das Recht, hohe Wahlrechtsgebühren zu erheben und dadurch die Besitzlosen auszuschließen, wurde die „Tagespost“ wieder persönlich.

Der Begriff der geschlossenen Gesellschaft.

In Preuß wählten die dortigen Gewerkschaften gemeinschaftlich ein Vergütungsmitglied, verbunden mit Wahl, abhalten, zu dem nur die Gewerkschaftsmitglieder und ihre Angehörigen Zutritt haben sollten. Die Polizeiverwaltung ließ dies nicht als Vergütigen einer geschlossenen Gesellschaft gelten, sondern sah es als eine öffentliche Lustbarkeit an und genehmigte es schließlich als solche unter Auflegung von Beschränkungen, wie sie bei öffentlichen Lustbarkeiten zulässig sind. Der Vorkammerpräsident, der mit der Annullierung des Gewerkschaftsfestes betraut worden war, beschwerte sich beim Landrat darüber, daß die Polizei das Fest nicht als solches einer

geschlossenen Gesellschaft hatte gelten lassen, wie in früheren Jahren. Der Landrat wies die Beschwerde ab und eine weitere Beschwerde beim Regierungspräsidenten hatte gleichfalls keinen Erfolg. In demselben Tage nun beim Ober-Verwaltungsgericht. Sein Vertreter, Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, suchte in längeren Ausführungen nachzuweisen, daß hier eine geschlossene Gesellschaft beabsichtigt gewesen sei. Das Ober-Verwaltungsgericht wies aber die Klage mit folgender Begründung ab: Die verschiedenen Breecher Gewerkschaften zusammen stellen nicht einen individuell bestimmten Kreis von Personen dar. Auch liege nicht ein gemeinschaftlicher Zweck vor. Ein Abbruch der Gewerkschaften nach außen sei ebenfalls nicht erkennbar. Außerdem sei aus der Fassung der Anmeldung nicht hervorgegangen, daß das Vergütigen auf die Breecher Gewerkschaften beschränkt bleiben sollte. Es habe nach alledem die Polizei mit Recht das Fest, sowie es beabsichtigt war, als ein öffentliches ansehen können.

Aus Industrie und Handel.

Preussische Hypotheken-Aktien-Bank. Die Erinnerung an den Sander-Prozess und die in ihm enthaltenen sonderbaren Transaktionen weckt eine von der jetzigen Verwaltung der Preussischen Hypotheken-Bank versandte Mitteilung, in der unter Hinweis auf die Verluste bei den Hypotheken der Bergischen Maschinenfabrik angeklagt wird, daß die Bank nicht im Stande ist, für das Geschäftsjahr 1902 eine Dividende zu verteilen. In der Mitteilung heißt es: „In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrats wurden die Ergebnisse der von dem Vorstande vorgenommenen Berechnungen sowie der Jahresabschluss vorgelegt. Letzterer wies Rückgänge aus Hypotheken und Effekten z. B. in Höhe von etwa 18 1/2 Millionen auf, denen an Ausgaben für Pfandbriefzinsen etwa 10 140 000 M., an Verwaltungskosten etwa 520 000 M. gegenüberstehen, so daß sich ein Kreditsaldo von rund 2 840 000 M. ergibt. Durch Ausfälle an Hypotheken (hauptsächlich die Engagements mit Bergold u. Co.) von etwa 2 250 000 M. reduziert sich derselbe auf 590 000 M. Da die jetzt abgeschlossenen Berechnungen eine Erhöhung des Hypothekendelkreises - Contos um 1 420 000 M. auf 19 400 000 M. erforderlich machen, ergibt sich aus obigem ein Nettobetrag von 830 000 M., welcher durch die mit Rücksicht auf teils erfolgte, teils gesicherte Eingänge gerechtfertigte höhere Schätzung der Chromographenmasse ausgeglichen wird. Eine Dividende kann sonach für das verlossene Jahr nicht zur Verteilung gelangen. Für das laufende Jahr glaubt die Verwaltung nach dem vorgelegten Vorschlag, falls nicht unvorhergesehene Umstände eintreten, jedenfalls 4 1/2 Proz. Dividende in Aussicht nehmen zu können.“

Die zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd bestehende Rivalität giebt sich nicht nur in dem Wettstreben kund, einander durch allerlei Neuerungen auf dem Gebiete der Seifahrt zu überbieten, sondern auch in gelegentlichen kleinen Preß-Polemiken. Wie es scheint, fällt sich jetzt wieder die Hamburg-Amerika-Linie verkehrt, weil einige Blätter sich unter Bezugnahme auf den relativ guten Geschäftsgang des Lloyd etwas abfällig über die für 1902 nur 4 1/2 Proz. betragende Dividende der Hamburg-Amerika-Linie geäußert haben. Die Direktion weist in einer an die Presse versandten Mitteilung darauf hin, daß die familiären Hamburgischen Reedereien in Bezug auf Abschreibungen in ihren Bilanzen keineswegs hinter dem „Norddeutschen Lloyd“ zurückbleiben, im allgemeinen sogar viel weiter greifen in ihren Abschreibungen und Reservestellungen als dieser. Die Mitteilung sagt: Zu einem Vergleich eignen sich am besten die Jahresrechnungen der Hamburg-Amerika-Linie, da die Kapitalverhältnisse bei diesen beiden größten deutschen Reederei-Gesellschaften ziemlich gleich sind. Für die letzten zehn abgeschlossenen Betriebsjahre betragen, auf das werbende Kapital (Aktien und Prioritäten) berechnet, die Abschreibungen und Reservestellungen im Jahresdurchschnitt bei dem Lloyd 10 1/2 Proz., bei der Hamburg-Amerika-Linie 13 Proz. Wenn der Lloyd gleich hohe Abschreibungen hätte vornehmen wollen wie die Hamburg-Amerika-Linie, so hätte er für diese Zwecke fast 19 Millionen Mark mehr aufwenden müssen, denn wäre aber seine Dividende, die im Durchschnitt für die zehn Jahre 5 Proz. pro Jahr betragen hat, auf durchschnittlich 1 1/2 Proz. pro Jahr zurückgegangen. Die Dividende der Hamburg-Amerika-Linie beträgt unter Berücksichtigung des verlossenen Jahres für die letzten zehn Jahre im Durchschnitt über 6 Proz. Jedenfalls ist es erfreulich, daß die deutschen Reedereien im Gegensatz zu vielen ausländischen Gesellschaften die Notwendigkeit einer gesunden Finanzwirtschaft nicht aus dem Auge verlieren.

Ganz unecht hat mit dieser Darlegung die Hamburg-Amerika-Linie nicht, ihre Abschreibungen auf dem Schiffsbau waren in den letzten Jahren im Verhältnis zum Schiffbestand beträchtlich höher wie beim Lloyd, und das Durchschnittsalter der Schiffe ihrer Dampferflotte dürfte hinter dem Oceanampfer des Norddeutschen Lloyd immerhin noch um etwa 2-3 Jahre zurückbleiben.

Zur Lage des amerikanischen Stahl- und Eisenmarktes. Die widerstreitenden Nachrichten über den amerikanischen Eisenmarkt und das bedeutende Interesse, das die deutsche Eisenindustrie an dessen Gestaltung hat, haben den Handels-Sachverständigen beim deutschen Generalkonsulat in New York zur Ausarbeitung eines längeren Berichts bezogen, der, am 28. November d. J. abgeschlossen, in der letzten Nummer der vom Reichsamt des Innern herausgegebenen „Nachrichten für Handel und Industrie“ veröffentlicht wird. Nach einer Schilderung der Entwicklung des amerikanischen Marktes im Jahre 1902, wird darin über den amerikanischen Eisenbedarf ausführlich berichtet.

Für die Einfuhr kommt zunächst Kobalt in Betracht, und zwar neben Kobalt für Stahlherzeugung. Das Deutschland in großen Mengen in den in Amerika benötigten Qualitäten liefern können wird, das für Eisenherzeugung benötigte phosphorarme (low phosphorous) Kobalt. Eisenerz-Kobalt wird zur Zeit in Pittsburg für 23,50 Dollar die Tonne gehandelt, und größere Abfälle für die Einfuhr sind bereits für phosphorarmes Kobalt gemacht.

Bei weitem am beträchtlichsten ist jedoch der Bedarf an Stahlhalbfabrikaten, und zwar besonders wie Marinsahl und Flußeisen. Der Mangel an Gasföhlen, der die Herdofenherstellung so sehr beinträchtigt hat, wird besonders für Siemens-Martinsahl die Nachfrage erhöhen. Es handelt sich um die Halbfabrikate, die in Amerika als Billets, Blooms, Slabs bezeichnet werden, d. h. vorgewalzte Blöcke, Brannen und Platten für die Weiterverarbeitung im Walzwerk. Die Preise für Halbfabrikate sind wieder im Steigen, und Pittsburg notierte Ende November 1902 30 Dollar für die Tonne. Neben den Halbfabrikaten ist auch Abfall und Altmaterial ein lohnender, Absatz versprechender Artikel.

Dagegen ist die Einfuhrmöglichkeit für alle fertigen Walzwerkserzeugnisse eine sehr beschränkte. Sehr gering ist sie besonders für alle profilierten Erzeugnisse, für geschweißte Röhren und die gewöhnlichen Feinbleche. Im Jahre 1901 hatte der Streik der Arbeiter in den Feinblechwalzwerken der Steel Corporation eine größere Einfuhr gestattet, die sich auf die Dynamobleche erstreckte. Gerade in diesen Blechen sind aber die amerikanischen Abnehmer oft enttäuscht worden. Die Vereinigten Staaten von Amerika werden ja, wenn der Bedarf an Fertigfabrikaten so hoch ist, daß er von der amerikanischen Industrie nicht gedeckt werden kann, genötigt sein, Fertigfabrikate einzuführen. Dem steht aber, abgesehen von dem höheren Zoll auf Fertigfabrikate, der Umstand entgegen, daß zur Zeit die amerikanischen Werke den Bedarf an Fertigfabrikaten wohl zu decken im Stande sind, wenn ihnen Halbfabrikate genügend zur Verfügung stehen. Der Unterschied zwischen der Produktionsfähigkeit der Werke, welche Halbfabrikate erzeugen, und der Werke, welche Fertigfabrikate erzeugen, ist erst anfangs 1902 offen zu Tage getreten, obgleich den Gesellschaften, welche beide Fabrikate erzeugen, die Tatsache bekannt war und durch den Bau zahlreicher Hochofen und Stahlwerke Abhilfe angestrebt wurde. Der amerikanische Markt ist also in Hütten- und Walzwerkserzeugnissen mehr das Absatzgebiet für Halbfabrikate, als für Fertigfabrikate.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Tischler, Lederarbeiter! In der Lederwaren-Fabrik von Max Soas u. Co. haben die Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung. Die Differenzen bei der Firma Gans u. Goldschmidt sind zu Gunsten der Kollegen erledigt. Aus diesem Grunde werden wir auch davon ab, näher auf die Verhältnisse der genannten Firma in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ einzugehen.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft, Verwaltung Berlin.

Zur Lohnbewegung der Jungbier-Kauscher. Der Verein der Weiß- und Malzbier-Brauereien ersucht um Aufnahme des folgenden: Die in den Nummern 8 und 14 des „Vorwärts“ unter obiger Epithete gedruckten Mitteilungen bedürfen einiger tatsächlicher Richtigstellungen. Es ist unzutreffend, daß die Kauscher von jetzt ab sämtliche Stunden der Brauerei namhaft zu machen haben. Es ist unrichtig, daß bei der ersten Verhandlung vereinbart worden ist, die Kündigungen rückgängig zu machen. Die Brauereien können daher ein solches Versprechen gar nicht gebrochen haben. Die zum Montag, den 12. in Aussicht genommene (noch nicht angelegte) Verhandlung hat deshalb nicht stattgefunden, weil der von der Lokalkommission der Kauscher inzwischen aufgestellte und dem Vorstande der Brauereibesitzer brieflich mitgeteilte Lohnantrag noch wesentlichen höhere Lohnsätze enthielt, als bis jetzt überhaupt gezahlt worden waren. Solche Forderungen, nachdem die Brauereien den Kauschern eingehend erklärt hatten, die bisherigen rindösen hohen Löhne nicht länger zahlen zu können, mußten weitere Verhandlungen als zwecklos erscheinen lassen und zum Abbruch der Verhandlungen führen. Noch am 12. wurde die Gewerkschaft davon verständigt, daß die Brauereien weitere Verhandlungen ablehnten. Erst dann wurde der Beschluß gefaßt, den neuen Lohnantrag am 19. d. M. in Kraft treten zu lassen. Daß bereits am Mittwoch ein Teil der Kauscher den neuen Tarif angenommen hatte, ist eine erweislich wahre Tatsache. Ob die Jungbier-Kauscher, wie behauptet, den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches unterliegen, ist eine noch nicht entschiedene Rechtsfrage. Die Brauereien sind der Ansicht, daß dies nicht der Fall ist und fügen sich dabei auf Gutachten hervorragender Juristen. — Zur Sache selbst teilen wir mit, daß die Brauereibesitzer die Vermittlung des von der Gewerkschaft nunmehr angerufenen Einigungsamtes angenommen haben. Die Kauscher haben daher heute die Arbeit zu den Bedingungen des neuen Tarifes aufgenommen unter der Zusicherung, daß ihnen, falls vor dem Einigungsamt ein für sie günstigerer Tarif beiderseitig angenommen, die Differenz nachbezahlt werden wird.

Wir sind natürlich nicht in der Lage, die Angaben in der vorstehenden Verächtigung auf ihre Richtigkeit zu prüfen und müssen es der in Frage kommenden Arbeiterorganisation überlassen, sich dazu zu äußern. Das dürfte, wenn nicht eher, dann vor dem Einigungsamt geschehen, welches sich am Donnerstag mit der Angelegenheit der Jungbier-Kauscher beschäftigen wird. Da wird voraussichtlich über die Differenzen und die begleitenden Umstände volle Klarheit geschaffen werden. Für heute wollen wir nur noch erwähnen, daß uns der Verein der Weiß- und Malzbier-Brauereien in einem Begleitschreiben zu der vorstehenden Verächtigung mitteilt, daß sich die Bierkäufer mit ihrem Wochenverdienst von 50 bis 100 M. besser ständen wie die Besitzer der hier in Frage kommenden meist recht kleinen Brauereien. Hierzu wird uns von Seiten der Arbeiter mitgeteilt, daß der Verdienst der Bierkäufer nur scheinbar ein hoher ist, da die Kauscher hieron ihre Mitfahrer ganz und die Reisenden des Geschäfts zu einem erheblichen Teil bezahlen müssen. Ob unter Berücksichtigung dieses erheblichen Umstandes die Brauereibesitzer — selbst die kleinsten — ungünstiger gestellt sind wie ihre Bierfahrer, dürfte dem doch stark bezweifelt werden.

Die Arbeiter des Köhrensiegels der sächsischen Gärwerke beschäftigten sich Sonntag in ihrer Generalversammlung mit den auf ihre Eingabe an die sächsischen Behörden jetzt ergangenen Bewilligungen. Der Vertrauensmann führte aus: „Auf die Eingabe des Arbeiterausschusses sei folgendes zugestanden worden: 1. Der Anfangslohn für Hilfsarbeiter ist auf 88 Pf. (bisher 85 Pf.) die Stunde erhöht worden und beträgt nach 3 Jahren — mutmaßlich — 40 Pf. die Stunde; der letztere Satz sei nicht ausdrücklich betont worden, erscheine aber selbstverständlich. 2. Den Kohrlegern sei ein Anfangslohn von 43 Pf. (bisher 40 Pf.) bewilligt worden; außerdem seien verschiedenen Kohrlegern besondere Zulagen zugesprochen worden, jedoch eine feste Tala schein nicht aufgestellt zu sein. 3. Für Nacharbeit — 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens — sei ein Zuschlag von 50 Proz. festgesetzt worden. Abgelehnt sei dagegen die Forderung: „Einführung von Wochenlohn hat der bisherigen 14tägigen Entlohnung, und ganz unberücksichtigt geblieben die Forderung: „Vergütung für die häufigen Unterbrechungen der Arbeiten, zum Beispiel bei unangenehmer Witterung usw. Nach eingehender Diskussion wurde der Ausschuss beauftragt, an zuständiger Stelle folgende Forderungen zu stellen: 1. Die Einführung von Wochenlohn wiederholt zu stellen. 2. Die Weisler und andre Kohlenhauer sollen strikte Anweisung erhalten, die Dafen der Verbuden während der kalten Jahreszeit fortwährend, auch nachts unter Feuerung zu halten, da solches zum Trocknen der Sticker durchaus nötig ist. 3. Vergütung der Kaufstunden. 4. Bewilligung einer Vesperpause während der Winterarbeitszeit.“

Deutsches Reich.

Der Bergarbeiter-Ausstand auf der Florentinegrube bei Kattowitz dient der gegnerischen Presse in Oberschlesien als Gelegenheit zu einer Hege gegen das Arbeiterssekretariat in Neuthen sowie zu allerlei unwahren Behauptungen, die die organisierten Arbeiter schädigen sollen. Jene Hegeblätter behaupten — anscheinend wider besseres Wissen — das Neuthener Arbeiterssekretariat habe die Bergleute zum Streiken veranlaßt. Weiter wurde behauptet, der deutsche Bergarbeiter-Verband habe Streikunterstützung zugesagt. Unser Breslauer Bruderorgan, die „Vollstunde“, stellt demgegenüber fest, daß es sich bei dem Ausstand auf der Florentinegrube um einen sogenannten wilden Streik handelte, der von unorganisierten Arbeitern plan- und ziellos ins Werk gesetzt worden ist und mit dem deshalb der Bergarbeiter-Verband gar nichts zu thun hat. Erst nachdem diese unorganisierte Masse fünf Tage im Streik verharret hatte, ohne daß bis dahin der Direktion die Forderungen der Arbeiter bekannt gegeben waren, wandten sich die Ausständigen ratlos nach an das Neuthener Arbeiterssekretariat, auf dessen Veranlassung dann das Berg-Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen worden ist. Das Arbeiterssekretariat hat also die planlos handelnde Masse auf den rechten Weg, nämlich den der Verständigung, geführt. Der Ausstand hat inzwischen sein Ende erreicht, ohne daß es erst zu Verhandlungen gekommen ist. Wie es scheint, sind die Leute, welche unbesonnen in den Streik traten, bedingungslos wieder zur Arbeit zurückgeführt.

Textilarbeiter. Bei der Firma Waddeler Knopfhersteller in Siedeswogen (Rheinland) haben sämtliche Endweber — mehr als 100 — wegen Nachregelung von neuem Kollegen die Kündigung eingereicht.

Metallarbeiter. In der Feinmechanikerei von Eugen Julius Post in Köln-Chrenfeld sind Freitagmorgen 67 Arbeiter in den Ausstand getreten, und zwar wegen Herabsetzung der Accordpreise und menschenunwürdiger Behandlung. Im Ausstande befinden sich sämtliche männlichen und weiblichen Arbeiter mit Ausnahme der Schlosser.

Die Hälftenpreiser der Westfälischen Ritzelwerke in Schwerte haben am 15. d. M. sämtlich gekündigt. Zugang ist fernzuhalten.

Tarifvertrag im Baugewerbe Stuttgart. Zwischen Vertretern der Arbeiter und der Arbeitgeber ist eine Verständigung dahin erzielt worden, daß der Abschluß eines Tarifvertrages beiden Teilen erwünscht ist. Die weiteren Verhandlungen sollen demnächst stattfinden.

Ausland.

Die Herrenschnitzschneider Wiens befinden sich in einer Lohnbewegung. Die bei den Zwischmeisteren Beschäftigten Gehilfen verlangen eine Aufbesserung ihrer Löhne und, hierdurch zum Handeln gedrängt, haben auch die Zwischmeister an die Konfessionäre die Forderung gestellt, die Stüchpreise um 30-50 Proz. zu erhöhen. Die Konfessionäre lehnen jede Bewilligung ab. Sie sagen, die Bestellungen für die gegenwärtige Saison seien auf Grund des alten Tarifes abgefaßt, und deshalb könnten sie jetzt die Löhne nicht erhöhen. Die Gehilfen sind entsetzt, in den Streik zu treten, wenn ihre Forderungen abgelehnt werden. Die Bewegung erstreckt sich nicht auf Wien allein, sondern auch auf Prossnitz, dem Hauptplatz für die Herstellung der billigen Export-Konfektion. Am Sonntag haben die Schneidergehilfen eine entscheidende Versammlung abgehalten. Wolffs Bureau teilt mit, daß diese Versammlung beschlossen hat, in den Ausstand zu treten.

Die Mailänder Fein- und Feinbindermeister sind jetzt, da sie sich einer gut geleiteten solidarischen Gehilfenschaft gegenüber sehen, zu Konzessionen bereit. Sie wollen in die Festsetzung einer Arbeitszeit von 73 Stunden pro Woche willigen mit Gehaltszuschlag um 8 1/2 Uhr abends, des Sonntags zwei Stunden später; Sonntagsruhe im Winter um 6 Uhr, im Sommer um 5 Uhr nachmittags. An dem Trinkgelde der Gehilfen wollen die Herren Meister keinen Anteil mehr haben. Der Gehaltszuschlag am 1. Mai soll nach ihren Vorschlägen um 5 Uhr nachmittags eintreten. Die Gehilfen fordern beiläufig die Reduzierung der Arbeitszeit auf 70 Stunden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Offenburg, 10. Januar 1903. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der Stadtverordnetenwahl wurde das Centrum unverschieden glänzend besiegt.

Zum Wiener Schneidestreik.

Wien, 10. Januar. (W. T. B.) Eine von mehreren hundert arbeitslosen Schneidergehilfen besuchte Versammlung erklärte sich mit den ausständigen Schneidergehilfen der Herren-Konfektionsbranche solidarisch.

Wien, 10. Januar. (W. T. B.) Ungefähr 2000 Schneidergehilfen haben die Arbeit niedergelegt. Vor einem Konfektionsgeschäft, in welchem gearbeitet wird, kam es im Laufe des Tages zu Kundgebungen. Mitglieder des Ausstandsankaufes, die in einer Werkstatt der dort Arbeitenden zur Niederlegung der Arbeit aufforderten, wurden verhaftet und wurden wegen Hausfriedensbruchs vor Gericht gestellt werden.

Die französische Statedebatte.

Paris, 10. Januar. (W. T. B.) Deputiertenkammer. Die Generaldebatte über das Budget 1903 wird begonnen. Deschanel ergriff das Wort. Er spricht sein Bedauern aus, daß die letzten Wahlen sich für oder gegen Waldeck-Rousseau vollzogen hätten und nicht auf Grund der Frage der inneren oder äußeren Politik. Er spricht sich für die Politik des weichen Fortschritts aus, gegen die Revolution, für das Uebergegnen der Zivilgewalt in religiösen Fragen, gegen jeden Gedanken einer Revolution und gegen die Einmischung des Staates in Fragen des Glaubens. Er erhebt ferner Einspruch gegen die gegen das Heer gerichtete Campaigne gewisser sozialistischer Blätter. (Zehlfacher Beifall im Centrum und auf der Rechten.) Hinsichtlich der auswärtigen Politik hebt Deschanel hervor, daß Frankreich keine Ausdehnung seines Kolonialbesitzes wolle, sondern daß es eine Politik des Friedens und der Würde wünsche. Er spricht gegen die internationale Politik. (Erneuter Beifall im Centrum und auf der Rechten.) Er erhebt ferner Einspruch gegen die Herabsetzung Jaurès, der Dreißigster sei das notwendige Gegengewicht gegen den französischen Chauvinismus, und fügt hinzu, Ferry und Gambetta hätten den Merkantilismus bekämpft, aber sie hätten niemals gemeinsame Sache mit denen gemacht, welche die nationalen Forderungen aufgegeben hätten. (Erneuter Beifall im Centrum und auf der Rechten.) Die Linke erhebt heftigen Widerspruch und nennt den Redner den „Judas des Nationalismus“. Deschanel schließt mit der Aufforderung an diejenigen, welche weder die Revolution noch die Revolution wollen, eine offene klare Politik zu treiben. (Zehlfacher Beifall im Centrum und auf der Rechten.) Alle Mitglieder der Fortschrittspartei, Ribot und Waldeck an der Spitze, brüden dem Redner die Hände und bereiten ihm, als er die Tribüne verläßt, eine Ovation.

D'Estournelles erklärt, er verneigt sich über die Ideen Deschanel über die innere und die äußere Politik nicht anzuschließen. Auf das Budget übergehend bemerkt Redner, hauptsächlich Ursache der Defizits sei der demagogische Frieden. Alle Welt wisse das, niemand aber wage es einzugehen; man müsse aber den Mut haben, es anzuerkennen. (Beifall links, Lärm rechts.) Der „bewaffnete Frieden“ verfolge 54 Prozent, der Disziplinären Frankreichs, Redner erklärt ferner, er sei kein Gegner der Kolonialpolitik, diese dürfe aber keine Eroberungspolitik sein. Frankreich sei durch seine Kolonialpolitik gezwungen, seine Flotte zu vermehren, um seine Kolonien gegen England und Deutschland zu verteidigen. Andererseits habe das Bündnis Frankreichs mit Russland nicht die Ergebnisse gehabt, die man erwartete, und wieder die auswärtige Politik Frankreichs ändern können, noch seine Hoffnungen genähern. D'Estournelles erhebt weiter Einspruch gegen die systematische Politik des Abwartens und Zögerns, die England gestattet habe, in Afrika seine Herrschaft von Kairo bis zum Kap auszuweiten, und die Frankreich die Schmach von Fochoda bereitet habe. Redner tritt dann für eine aufrichtige Politik des Friedens ein und wiederholt schließlich, daß mit den Lasten des „bewaffneten Friedens“ weder eine Finanzpolitik, noch Social- und Kolonialpolitik möglich sei. (Zehlfacher Beifall links.) De Pressensé protestiert im Namen der Sozialisten gegen die Ausführungen Deschanel. Die Sozialisten würden niemals erlauben, daß man ihren Patriotismus in Zweifel ziehe. (Anhaltender Beifall auf der äußersten Linken.)

Paris, 10. Januar. (W. T. B.) Lüttich. Der Kabinettschef des Marineministers Bellefleur, vor nach der Bretagne geschickt worden, um Erhebungen über den dort herrschenden Mangel an Kohlen zu machen, ist jetzt zurückgekehrt und äußerte sich dahin, er sei vor allem von der Apathie überrascht worden, welche die Bevölkerung der Not gegenüber zeige. Er meint, daß eine Stimme von 600 000 Franc, erforderlich sein werde, um der dringenden Not zu steuern.

Eisenbahn-Unfälle.

Frankfurt a. M., 10. Januar. (W. T. B.) Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Darmstadt gemeldet wird, stieß auf dem dortigen Rangierbahnhof ein Güterzug auf einen dort haltenden Zug. Der Schaden ist erheblich, Menschen sind nicht verletzt.

München, 10. Januar. (W. T. B.) Heute vormittag stieß auf dem Centralbahnhof eine Rangiermaschine auf den Wacker Vorortzug, wobei ein Schaffner leicht und der Lokomotivführer schwer verletzt wurde.

Sorislav, 10. Januar. Der Brand in den Petroleumgruben dauert fort und hat nun auch zwei Schächte der galizisch-arpatischen Petroleum-Gesellschaft ergriffen.

Przemysl, 10. Januar. (W. T. B.) Das hiesige Erkenntnisgericht verhandelte heute gegen den früheren Polizeikommissar Durgardt aus Sandor, den kleineren Revolver, den Wirtschaftsbefehl und den Gewehrkreisenden Fleischmann wegen Betrugs militärischer Geheimnisse an Russland. Die Angeklagten wurden zu Strafen von 8 bis 15 Jahren härteren Kerkers, verschärft durch einmaliges Fasten und hartes Lager in jeder Woche verurteilt.

Reichstag.

241. Sitzung, Montag, den 19. Januar 1903, nachmittags 2 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Graf Posadowsky, Hr. v. Thielmann, v. Gohler, v. Tirpitz.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Etats für 1903.

Es ergreift zunächst das Wort Staatssekretär des Reichs-Schatzamt Hr. v. Thielmann:

Der vorliegende Etat erfordert eine Anleihe von 20 Millionen Mark, von denen 15 Millionen Mark als Zuschussanleihe zur Deckung der Ausgaben des ordentlichen Etats verwendet werden sollen. Es bleibt also eine ordentliche Anleihe von 125 Millionen Mark. Die Höhe des diesjährigen Mehrbedarfs erklärt sich zum Teil daraus, daß für das abgeschlossene Rechnungsjahr 1901 ein Fehlbetrag in der bis dahin unbekanntem Höhe von 48 Millionen Mark zu decken ist. Diesem System der Ueberwälzung des Defizits früherer Jahre auf das folgende Jahr läßt der diesjährige Etat noch schlechter erscheinen, als er in Wirklichkeit ist. Um die Entstehungsgeschichte dieser Erscheinung vor Augen zu führen, muß ich auf das abgeschlossene Jahr 1901 und das laufende Jahr 1902 näher eingehen. Im letzten Jahr hatte ich mich von dieser bisher üblichen Gepflogenheit etwas freigemacht, weil ja die betreffenden Thatsachen den Herren im allgemeinen bekannt sind und ich ihnen wenig Ueberraschungen zu bieten habe. In Preußen ist der Etat, wenn er vom Finanzminister eingebracht wird, nur sehr wenig Eingeweihten bekannt, während er hier im Reich schon vor einiger Zeit durch die Presse bekannt gemacht worden ist. Das Jahr 1900 war nach einer längeren Reihe günstiger Jahre das erste, das mit einem Fehlbetrag abschloß, allerdings einem verhältnismäßig geringen Fehlbetrag. Im Jahre 1901 erreichte der Fehlbetrag die gegenüber dem Voranschlag erschreckliche Höhe von 48 1/2 Millionen. Die einzelnen Gründe für diese Höhe des Fehlbetrages brauche ich kaum zu erläutern, nachdem die wirtschaftliche Depression seit Jahr und Tag aller Welt offenbar geworden ist. Aus der Fülle des Materials will ich nur einige Daten geben. Allein die Post- und Telegraphenverwaltung hatte einen Anfall von 30 Millionen, das sind fast zwei Drittel des Gesamtausfalls; die Zuckersteuer hatte einen Fehlbetrag von 5 Millionen, die Brennsteuer von 3 Millionen. Zu diesem großen Fehlbetrag von 48 1/2 Millionen tritt aber, was für die Bundesstaaten sehr schmerzhaft ist, ein Anfall an Ueberweisungspflichten von etwas über 15 Millionen. In denselben Jahre wurden nach einem Vorhabe der Budgetkommission aus verschiedenen Ausgabenposten 9 1/2 Millionen abgezogen und zur Schuldentilgung verwendet. Ich glaube, es kann keinen besseren Beweis für die oft betonte Notwendigkeit der Finanzreform geben. Da aber das Haus in den nächsten Jahren angesichts des eben angenommenen Zolltarifs keine neue Steuern bewilligen wird, so werden wir uns mindestens bis 1904 mit den alten Verhältnissen abfinden müssen.

Damit ist das Jahr 1901 abgeschlossen. Ich komme zum laufenden Jahre 1902. Auch das Jahr 1902 wird voraussichtlich mit einem recht hohen Defizit abschließen. Wir haben in den meisten Kapiteln der Einnahmen unvorhergesehene Ausfälle gehabt, und andererseits überschritten die Ausgaben vielfach den Voranschlag. Nach dem bisherigen Ergebnis sind nur Mindererträge zu erwarten bei der Zuckersteuer ungefähr 15 1/2 Millionen, bei der Post- und Telegraphenverwaltung etwa 3 1/2 Millionen usw. Auch die Eisenbahnen werden einen Ausfall aufweisen, der zwar nicht so groß sein wird wie im vorigen Jahre, aber schätzungsweise immerhin etwa 3 Millionen beträgt. Im ganzen kommen für das laufende Jahr Mindereinnahmen in Frage von etwa 26 Millionen Mark. Dabei ist ein Hauptposten noch nicht berücksichtigt, der des Anfalls des Reichs bei dem Abschluß der Reichsbank. Wie hoch dieser Anfall sein wird, läßt sich noch nicht abschätzen, da die Reichsbank noch keinen Abschluß aufgemacht hat. An Mehreinnahmen bringt die Salzsteuer einige hunderttausend Mark, die Reichsbanksteuer etwa 1 1/2 Millionen, die Schaumweinsteuer etwa 2 1/2 Millionen, mehrere verschiedene Verwaltungsabteilungen aller Art ungefähr 1/2 Millionen Mark. Bei der Brennsteuer wird im Jahre 1902 ein Nettoüberschuß von etwa 3 1/2 Mill. Mark bleiben, der den Ausfall des vorigen Jahres ungefähr deckt. Nach Abzug der Mehreinnahmen aus den verschiedenen oben genannten Quellen bleibt eine Mindereinnahme von rund 17 Millionen Mark übrig, die in seiner Höhe noch nicht bekannten Ausfalls bei der Reichsbank. Mehrbedürfnisse werden wir andererseits bei einer Reihe von Verwaltungen haben. Das auswärtige Amt wird etwa 1/2 Millionen Mark mehr verbrauchen, das Reichsamt des Innern einige hunderttausend Mark. Die Verwaltung des Reichsheeres und des bairischen Kontingents wird etwa einen Mehrbedarf von 6 1/2 Millionen für sich beanspruchen, wovon rund 3 Millionen auf die Naturalverpflegung inselbst erhöhter Preise fallen. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Uebernahme der aus Ostasien zurückgeführten Geräte, Voraden, Pferde usw. erfordert eine Million Mark. Das ist ein Posten, der sich nicht vermeiden läßt, denn die Sachen müssen übernommen werden. Bei den einmaligen Ausgaben der Militärverwaltung wird die Ueberdeckung nur wenig über 1/2 Million betragen. Weiterhin kommt als ein gewissermaßen selbstverständlicher Posten der Mehrbedarf bei der Reichsbank. Eine starke Anspannung des Schatzverwaltungscredits war nicht zu umgehen. Diese Anspannung wurde noch gesteigert durch die bekannte Thatsache, daß wir zur Durchführung der sozialpolitischen Gesetzgebung sehr hohe Zuschüsse haben leisten müssen. Gegenwärtig betragen diese Zuschüsse nicht weniger als 130 Millionen Mark. Diese Summen müssen, wenn es geht, in Form von Schatzanweisungen ihre Deckung finden; so lange wir nicht infolge von Mehreinnahmen einen günstigeren Stand in der Reichskasse haben, was in den letzten Jahren nicht mehr der Fall war und in den nächsten Jahren voraussichtlich ebenso wenig der Fall sein wird. Für 1902 wird der Mehrbedarf an Schuldzinsen an Schatzanweisungen auf 1 1/2 Millionen geschätzt. Die Marineverwaltung wird in diesem Jahre, abgesehen von der venezolanischen Blockade, eine Ueberdeckung der Gesamtschuld nicht aufweisen.

Was Venezuela anbetrifft, so hat die kaiserliche Regierung sich genötigt gesehen, infolge der unfreundlichen Haltung, die die Regierung von Venezuela wohl begründeten deutschen Ansprüchen entgegensetzte, im Verein mit England und Italien eine Blockade über die wichtigsten venezolanischen Häfen zu verhängen. Die Frage ist hierbei nicht anher acht gelassen worden, ob es möglich sei, die Kosten dieser Blockade, die selbstredend möglichst niedrig gehalten werden, durch einen Nachtragsetat schon jetzt einzufordern. Es ist jedoch von einer solchen Anforderung abgesehen worden. Soweit die bis jetzt erwachsenen Kosten sich übersehen lassen, bedingen sie eine so wenig bedeutende Ueberdeckung des Etats, daß diese Kosten allein die Verlegung eines Nachtrags-Etats nicht veranlassen können. Ob bei einer längeren Dauer der Blockade größere Kosten entstehen werden, läßt sich gegenwärtig nicht voraussagen. Es ist Ihnen ja bekannt, daß Verhandlungen aller Art zur Verlegung der Zwischzeitlichen Schieds, und die beteiligten Regierungen sind jetzt nicht in der Lage, zu sagen, wie viel Wochen, Monate (Hört! hört! links) — das weiß ich nicht — die Blockade wird aufrecht erhalten werden müssen. Es ist wohl möglich, daß es sich nur um ein paar Tage handelt. Bei dieser Sachlage lassen sich die erwachsenen Kosten nicht einmal in einer Spur von Sicherheit angeben. Aus diesem Grunde ist von der Verlegung eines Nachtrags-Etats abgesehen.

Zu den Gesamt-Mindereinnahmen von 17 Millionen treten somit Mehrausgaben von nicht viel über 9 Millionen, so daß das laufende Jahr mit einem Fehlbetrag von rund 25 1/2 Millionen Mark abschließen wird. Dazu kommt noch der Anfall an Reichseinnahmen bei den Erträgen der Reichsbank, deren Höhe sich nur schätzen läßt. Wenn man vorsichtig gehen will, wird man das Gesamtdes Reichshaushalts-Etats für 1902 auf etwa 30 Millionen rechnen müssen.

Besser sieht es im Jahre 1903 mit den Ueberdeckungen: die Bundesstaaten können darauf rechnen, die veranschlagten Ueberdeckungen in diesem Jahre voll zu erhalten.

Ich komme jetzt zum vorliegenden Etat für das Jahr 1903. Ich muß hierbei wieder zurückgreifen auf den wesentlichen Unterschied einer Etatsrede im Reichstag und im Abgeordnetenhaus. Im Abgeordnetenhaus sagt der Finanzminister den Abgeordneten Reichstagen, im Reichstag hält der Schatzsekretär eine Rede nur zu dem Zweck, den Herren, die nachher zu reden die Absicht haben, außer dem bereits vorliegenden Etat vielleicht noch ein paar neue Motive zur Kritik zu geben. (Beifall.) Diese Absichten machen dem Schatzsekretär seine Aufgabe nicht angenehmer. Ich beschränke mich deswegen auf die wichtigsten Posten. Die bereits erwähnte Zuschussanleihe von 15 Millionen Mark verdankt ihr ja zur Hälfte dem Defizit des Jahres 1901 im Betrage von 48 Millionen. Die übrige Hälfte der Zuschussanleihe beruht einerseits auf verminderten Einnahmen, andererseits auf einer Steigerung der Ausgaben bei allen oder jedenfalls bei vielen Ressorts. Ich kann aber den Ressortchefs von Seiten der Finanzverwaltung das Zeugnis erteilen, daß sie bei der Aufstellung ihrer Etats und der Bemessung ihrer Ausgaben so vorsichtig wie irgend möglich vorgegangen sind, und daß sie den Anordnungen der Reichs-Finanzverwaltung auf Streichungen, wo dies irgend möglich war, im weitesten Maße Rechnung getragen haben. Auch der Bundesrat hat alle nur irgend entbehrlich erscheinenden Ausgabenposten gestrichen oder auf ein zulässiges Maß herabgemindert. Es wird also kaum eine weitere Reduktion der Etatspositionen und damit eine Herabminderung des Anleihebedarfs sich ermöglichen lassen.

An ungedeckten Matrikularbeiträgen verbleiben für 1903 23 1/2 Millionen. Ich habe bereits im vorigen Jahre darauf hingewiesen, daß mit diesen 24 Millionen die Bundesstaaten das äußerste leisten, was sie zu leisten im Stande sind. Die Finanzwirtschaft einer ganzen Reihe von kleineren Bundesstaaten ist durch diese Zuschüsse an das Reich derart bedrängt, daß sie überhaupt nicht mehr in der Lage sind, das Geld aus eignen Mitteln aufzutreiben und getrunken sind, ihrerseits Anleihen auszugeben. Sie werden zugeben, daß dies ein ungesunder Zustand ist. Der Reichs-Schatzsekretär geht nunmehr auf die verschiedenen Etats ein, seine Ausführungen bleiben im einzelnen auf der Tribüne fast ganz unberücksichtigt. Wenn Reichsamt des Innern wird eine Stellenvermehrung infolge des zunehmenden Geschäftsumsatzes nötig. Der Reichsamt des Innern wird die Versicherungsgesetze erhöht sich um 2,7 Millionen; als erste Rate werden für die Weltausstellung in St. Louis 1904 1 1/2 Millionen gefordert. Die Reichs-Marineverwaltung verlangt ein neues Dienstgebäude. Man mag über die Warenhaussteuer und Versteuern denken, wie man will, sicher ist, daß Versteuern immer mehr um sich greift und das alte Reichs-Marineamt umgerüstet hat. (Heiterkeit.) Die Forderung ist also absolut notwendig. — Der Reichs-Schatzsekretär schließt mit dem noch mangelhaften Hinweis auf die Notwendigkeit einer Reichs-Finanzreform.

Hr. Dr. Schädler (C.):

Der Herr Staatssekretär hatte vollständig recht, wenn er Eingang seiner Rede meinte, er hätte uns nichts Neues zu sagen und mit einem gewissen Gefühl des Reides auf seinen Kollegen im preussischen Landtag hinwies. Die Entwindung des Defizits, die er uns gegeben hat, hat uns das selbe aber durchaus nicht schmachhaft gemacht, und am allerwenigsten ist es das dadurch, daß er auch für das folgende Jahr Ausfälle signalisiert. Der einzige Trost ist, daß etwas weniger Schulden gemacht sind. (Abgeordneter Singer: Das ist ein sehr bescheidener Trost!) Ja, bescheiden darf man immer sein, Herr Kollege Singer. (Heiterkeit im Centrum.) Mehrausgabe und Mindereinnahme sind die Signatur unserer Finanzen trotz aller seit Jahren bewilligten Steuererhöhungen und neuen Steuern. Nur ist es eine Schicksalsfrage, daß gerade der Herr Reichs-Schatzsekretär uns diesen Etat vorlegen muß, der vor gar nicht wenigen Jahren nach seinen eignen Worten im Gelde geschwommen ist und glaubte, sich alle Taschen zu halten zu müssen gegen neue Steuern. Allein auch diesbezüglich heißt es: lang, lang ist's her. Ein großer Teil des Defizits rührt ja nicht von vermehrten Ausgaben, sondern von geringer veranschlagten Einnahmen her. Nur beweise ich, daß diese niedrigen Einschätzungen wirklich vollständig berechtigt sind. Die Ursachen des Defizits sind in der Hauptfache willkürliche Ueberdeckungen des Etats, daneben auch große Mindereinnahmen bei den Verkehrsanstalten. An solchen Etatsüberschreitungen im Jahre 1902 sind nicht weniger als 19 Millionen zu verzeichnen. (Hört! hört! im Centrum.) Angehts dieser Thatsache darf man doch fragen, wozu es denn überhaupt nicht, einen Etat aufzustellen und zu bewilligen, wenn nachher ein jedes Ressort darauf los wirtschaftet, wie es ihm beliebt. Ganz besonders ungeniert hat sich die Post- und Telegraphenverwaltung gezeigt. Sie hat trotz ihrer großen Mindereinnahmen eine Etatsüberschreitung von rund 10 Millionen Mark verursacht. (Hört! hört!) Das auswärtige Amt hat eine Etatsüberschreitung von über eine Million Mark, rund 600 000 M. für Porto und Telegramme. Das macht 100 Proz. des Etatsanfalls. (Hört! hört!) Nur kann man ja annehmen, daß viele Telegraphieren hängt mit der Weltpost zusammen, insbesondere auch mit der ostasiatischen Expedition, allein auch das scheint es viel zu weit zu gehen. Wenigstens giebt die „Zukunft“ doch ein Beispiel dafür, was als Staatsdepesche gilt und welche wichtigen Dinge telegraphiert werden. Seitens des Geschäftsträgers in Peking, dem angezweifelt war, daß ihm und seinen Beamten Orden verliehen seien, wurde amtlich telegraphiert: „Erhalte sofort allerhöchsten Telegramm und beziehe mich, gehoramt zu bitten, meinen allerunterthänigsten Dank für die mir und meinen Beamten zu teil gewordene hohe und ungewöhnliche Auszeichnung seiner Majestät dem Kaiser und Könige hochgenüßigst zu Jagen legen zu wollen.“ (Heiterkeit links.) Sämtliche Mitglieder der Gesandtschaft schließen sich meinem unterthänigsten Danke für die kaiserliche Anerkennung meines Verhaltens in Zeiten erster Gefahr an, und jeder von uns ist mit freudigem Stolz seinen Posten halten und verteidigen zu können.“ Ob nicht vielleicht dieser Dank auch auf brieflichem Wege noch weiter gekommen wäre! (Sehr richtig! links.) Die „Zukunft“ bemerkt weiter, daß die drei Tage im Verleir mit China 8 M. beträgt, das Telegramm hat also 300 M. gekostet. (Hört! hört! links.) Am nächsten Sonntag kam ein Danktelegramm in ähnlichem Umsatze, das 186 M. gekostet hat. Nun stellen ja diese Depeschen gewiß nicht die Hauptfache der Ausgaben dar. Allein wenn einmal so etwas eintritt, so ist es Zeit, daß man nach dem Rechten sieht, und besonders bei unren Etatverhältnissen gilt es, auch in solchen Dingen zu sparen. (Sehr richtig! im Centrum.) Bei der Heeresverwaltung stehen wir auf eine Etatsüberschreitung von vier Millionen Mark, wovon eine Million auf Nachkosten bei Manövern, eine Million auf Mehrausgaben an Reisekosten und Tagesgeldern kommen. Wo bleiben da die Rücksichten auf den Reichstag genehmigten Etat? Schlimm steht es bei der Marineverwaltung, die ja gewohnt ist, aus dem Vollen zu schöpfen. (Heiterkeit.) Das bringt ihr Verur mit sich. Um über zwei Millionen hat sie den Etat bei den ordentlichen Ausgaben überschritten. Die Porto- und Telegrammkosten sind um 75 Prozent

gewachsen, um ebensoviel die Dienst- und Verpflegungskosten. Auf solche Etatsüberschreitungen muß Rücksicht bei der Bewilligung von Schiffen im Jahre 1903 genommen werden, sonst kommen wir immer mehr ins Defizit hinein. Der Voranschlag scheint für die Marineverwaltung bloß ein Programm und weiter nichts zu sein. Die Reichs-Eisenbahnverwaltung hat den Voranschlag um 1 1/2 Millionen überschritten, wozu 1 Million Mehrausgaben für Betriebsmittel kommen. Hier beträgt der Gesamtausfall 11 Millionen Mark. Für die Verzinsung des Anleihekapitals bleibt nur noch ein Minimum übrig. Das Defizit von 48 Millionen Mark aus dem Jahre 1901, das uns jetzt zur Last fällt, bedeutet gegenüber den früheren Jahren, wo wir im Durchschnitt 32 Millionen hatten, eine Verschlechterung von 80 Millionen. Gegen die beständigen Etatsüberschreitungen muß ein ernstes Wort im Reichstag gesprochen werden. Auf diesem Wege geht es nicht weiter. (Sehr richtig! im Centrum.) Aufgefallen sind mir besonders die Ueberdeckungen der Manöverkosten um 1 Million. Es giebt Fachmänner, die behaupten, daß die Manöver, besonders die Kaisermanöver, ihren kriegerischen Charakter eingebüßt haben und zu Schaustellungen geworden sind, besonders mit der im Kriege unüblichen Vorführung gewaltiger Reitermassen, Stücken. Und weiter wird darauf hingewiesen, daß die Manöver selber nicht in vollem Umfang stattgefunden haben. Es wäre wohlgerathen, diese Frage einmal gründlich zu erörtern. Bei dem Voranschlag über die Kolonien und die Schutzgebiete können größere Defizits leicht eintreten, denn es fehlen da die notwendigen rechnerischen Unterlagen. Unvorhergesehene Ereignisse können eintreten. Aber bei den regelmäßigen Etats ist doch nicht davon die Rede. Man wird unwillkürlich dazu geführt, daß, wenn diese Ueberdeckungen fortgesetzt stattfinden, endlich einmal auch die nachträgliche Genehmigung verlangt wird, wenn nicht die Notwendigkeit der Ueberdeckung nachträglich bewiesen wird. (Lachen links.) Auch wir sind nicht unschuldig an den fortgesetzten Ueberdeckungen. (Rechtliche Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Weder wir in der Rechnungskommission noch im Plenum, wo im Uebermaß der Arbeit die nötige Kontrolle häufig vergessen wird. Wir müssen uns fragen, ob die Rechnungskommission, deren Arbeit an sich schon teuer und undankbar ist, nicht dadurch zu entlasten wäre, daß die Ueberdeckungen der Budgetkommission überwiesen werden. Wenn wir dazu kommen, was besonders in diesem Jahre dringend erforderlich sein wird, nicht so viele Titel und Kapitel der Budgetkommission zu überweisen, sondern sie gleich im Plenum zu erledigen, dann bleibt der Budgetkommission auch Zeit zur Prüfung dieser Ueberdeckungen. Die Hauptfrage wäre, daß die gute altpreussische Genauigkeit und Sparsamkeit — das Gute muß man überall anerkennen — auch im Reich wieder Platz greifen möge.

Man hätte annehmen sollen, daß die Ressortchefs für 1903 sich auf das notwendigste beschränkt haben würden. Der Herr Schatzsekretär hat aber mit einer gewissen Freude betont, daß einzelne Ressorts keine Mehrforderungen gestellt hätten. Dieser Freude liegt wohl der Gedanke zu Grunde, daß die Ressorts ohne Mehrforderungen eigentlich gar nicht denkbar seien. (Heiterkeit.) Der Schatzsekretär hat die Ressortchefs gelobt und versichert, daß sie sich in ihren Forderungen auf das äußerste beschränkt hätten, die kaum weiter eingehrängt werden könnten. Nun, es wird sich ja herausstellen, ob der Koffist nicht dennoch Arbeit findet. Dem Ressort- und Abteilungschef erscheint manches unbedingt notwendig, was dem nüchternen Bild durchaus nicht so erscheint. Die Heeresverwaltung, die der Schatzsekretär besonders gerühmt hat, stellt Forderungen auf, von denen früher keine Rede war. So wird die Erhöhung des Gehalts von 180 Oberstleutenants gefordert (Reichsanwalt Graf Bälou erscheint im Saale); für die militärische Hochschule werden als erste Rate 115 000, dann jährlich 311 000 M. verlangt; ein Jägerregiment zu Pferde, 4 Infanterieregimenter werden gefordert. Die verlangte Gehaltssteigerung für die 180 Oberstleutenants erregt ganz bedeutende Bedenken; es kann nicht angängig erscheinen, auf dem Wege der Etatsforderung Gehaltssteigerungen für einzelne Kategorien von Offizieren herbeizuführen. Wir müssen die Konsequenzen für die Regimentskommandeure und Major, für die Sanitätsbeamten in gleichem Range, ja schließlich für alle Beamten im Reich und in den Einzelländern bedenken. Die Forderung für die militärische Hochschule ist schon im vorigen Jahre abgelehnt worden. Das gleiche gilt für die Zusammenlegung von 4 Coladrons Jäger zu Pferde und einem Kavallerieregiment, was mit dem Wortlaut des Gesetzes über die Friedenspräsenz nicht vereinbar ist. Alle diese Ausgaben sind der eingehendsten Prüfung zu unterwerfen und werden wohl für das eine oder andre Jahr weiter Zeit haben. (Hört! hört! links.)

Unser Marine hat sich an ein etwas splendides Verhalten gewöhnt. Jetzt hat sie einen neuen Marinepalast, der 10 Millionen kosten soll, für erforderlich. Und soll die Forderung schmachhaft gemacht werden durch den Hinweis, daß dieser Palast nicht in der Potsdamerstraße gebaut werden soll. Ja, begreife schon, daß man sich nicht die verkehrtesten Gegend gewählt hat, aber ich begreife nicht, daß man den teuersten Bauplatz im teuersten Viertel Berlins wählen will. Der Grund, daß die einzelnen Bureaus jetzt nicht zusammenliegen, zieht nicht mehr im Zeitalter des Telegraphen und Telephon. Es wird darauf hingewiesen, daß das jetzige Terrain des Marineamtes zum Verkauf frei werde. Dahinter mache ich ein Fragezeichen. Ich kenne kein Ressort, das wieder heranzieht, was es einmal hat. (Heiterkeit.)

Beim Etat des Reichsamt des Innern sind 1 1/2 Millionen als erste Rate zur Beteiligung an der Weltausstellung in St. Louis eingesetzt. Sollen künftig für alle ausländischen Ausstellungen Summen von 3—4 Millionen auszugeben werden? Unsere Schuldenlast ist auf 2 Milliarden 814 Millionen Mark gestiegen. Da muß man doch endlich etwas die Zügel anlegen und bei Neuansgaben, namentlich bei Bauten, fragen, ob sie notwendig, ob sie dringend notwendig, ob sie unerlässlich notwendig sind. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Was jetzt haben wir noch nicht alles bewilligt, Herr Kollege Bedel! (Abg. Bedel ruft: Sie werden es doch bewilligen!) Das werden wir später sehen. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Das Kapitel „Remunerationen“ bedarf einer gründlichen Untersuchung. In sozialpolitischer Beziehung ist kaum mehr zu entdecken als 4 Millionen für Arbeiter- und Beamtenwohnungen. Die Zuschussanleihe muß wenn nicht ganz beseitigt, so doch möglichst herabgedrückt werden. Wie lange soll diese Pumpwirtschaft noch fortgehen? Trotzdem ist jetzt, in der letzten Session dieser Legislaturperiode, nicht die Zeit für eine Reichs-Finanzreform, zumal sich auch die Zollentnahmen auf Grund der abzuschließenden Handelsverträge noch nicht übersehen lassen. Bei den Handelsverträgen wird die Klugheit unserer Staatsmänner sich zu bewähren haben. Wir erwarten bestimmt, daß beim Abschluß von Handelsverträgen die Interessen der Landwirtschaft (Aha! bei den Socialdemokraten) entsprechend den Zusagen der Regierung gewahrt werden, sonst dürfte die Regierung auf ein ebenso schwieriges oder noch schwierigeres Ethik Arbeit stoßen wie beim Durchbringen des Zolltarifs. (Unruhe und Gelächter bei den Socialdemokraten.) Sie (zu den Socialdemokraten) können doch froh sein, Sie haben ja nichts vom Zolltarif wissen wollen, dann bekommen Sie ja Bundesgenossenschaft!

Auf das feinsinnige und spindöse Gebiet unserer auswärtigen Politik will ich nicht weiter eingehen. Es will mir nur scheinen, als ob wir an Lieberingsum nicht gewonnen hätten, am allerwenigsten dort, wo wir uns andauernd die größte Zurückhaltung auferlegt haben. Ich gestatte mir die Frage an den Reichsanwalt, ob und wie weit er über den Stand der venezolanischen Angelegenheit Auskunft geben kann. Wir begrüßen die Erneuerung des Dreibundes. Aber in der Hauptfache sind wir doch auf uns selbst angewiesen, weshalb wir auch unsere schwere eiserne

Doppelkrönung, so erwünscht dies wäre, noch nicht erleichtern können. Umso mehr wünschen wir eine menschenwürdige Behandlung für unsere Söhne in Waffen. Vielleicht giebt uns der Kriegsminister Auskunft über den abhienlichen Rendsburger Fall, der in diesen Tagen durch die Presse ging. An unsere Kolonien erleben wir auch wenig Freude. Die in unseren Südkolonien vorgekommenen Grausamkeiten sind besonders zu bedauern. Der Affektivismus führt in den Kolonien nicht zum Ziel. Auch in Deutschland ist mancherlei zu bedauern. Keine Freunde stehen rüchloslos auf dem Boden der Reichsverfassung und geben trotz der härtesten Geduldsproben dem Kaiser, was des Kaisers ist. Wir sind fern von Reichsverbundenheit. Nichtsdestoweniger dämpfen manche Vorkommnisse die Freude am Reich und rufen Besorgnisse vor imperialistischen und militaristischen Strömungen nach, wobei man nicht einmal an Lippe oder Braunschweig zu denken braucht. (Zuruf des Abg. Heine.) Reden Sie doch so laut, daß ich es verstehen kann. (Abg. Heine: Ich bin sehr gespannt darauf, was Sie jetzt sagen werden.) Darauf können Sie ja warten. Ihre Spannung wird gleich ausgelöst werden. (Heiterkeit.) Die Schweinmörder Kaiserdepeche hat besonders in meiner bairischen Heimat arge Verurteilung hervorgerufen. Wunders Sie sich darüber, Herr Kollege Heine? (Heiterkeit.) Am 10. August erging von Schweinmünde an den Prinzregenten von Bayern eine Mitteilung des Kaisers, worin er seine tiefste Empörung über die Ablehnung einer für Kunstzwecke geforderten Summe aus sprach, diese Verweigerung als eine schandvolle Unanständigkeit gegen das Haus Wittelsbach bezeichnete und dem Prinzregenten die abgelehnte Summe zur Verfügung stellte. Der Prinzregent Luitpold dankte für das Anerbieten, teilte aber mit, daß ein bairischer Reichsrat die Summe bereits zur Verfügung gestellt habe. Im bairischen Kultus-Etat wurden gefordert: „Zur Förderung der Kunst“ 60 000 M. und „Zur Erwerbung ausgezeichneter Kunstwerke, insbesondere für Kunstsammlungen des Staates“ 100 000 M. Die 60 000 M. sind bewilligt, die 100 000 M. von der Mehrheit der Abgeordnetenämter abgelehnt worden, und zwar aus politischen Gründen. (Hört! hört! links.) Die Majorität der Kammer wollte dadurch protestieren gegen die Schwächlichkeit und Jagdbastigkeit, die das bairische Kultusministerium gegenüber einer ungedrungenen Protesterklärung des Senates der Universität Würzburg zur Schau trug. Die Kammer stich die 100 000 M. und einige andre Positionen, um ihrem Mangel an Vertrauen zum Ministerium Ausdruck zu geben. Auf weitere hier hinein spielende innerbairische Verhältnisse will ich nicht eingehen. Bei der Lage der Staatsberatung schloß die Möglichkeit, den Abstrich auf einem andren Gebiet zu machen. Es handelte sich nicht um die Dokumentierung der Feindschaft gegen die Kunst überhaupt oder eine Ausrichtung insbesondere. Die Spitze richtete sich nicht gegen den Regenten des Königreichs Bayern, sondern gegen das Ministerium. Es handelte sich nicht um eine persönliche Forderung des Regenten, sondern um eine Position des Etats. (Abg. v. Vollmar ruft: Das verstehen Sie ja nicht! — Große Heiterkeit.) Wie in der Ablehnung des Mittelländkanals keine persönliche Kränkung des Königs von Preußen erblickt werden kann, so lag hier keine Kränkung des Regenten vor. Es ist auch vom Regenten nicht so aufgefaßt worden. Um so auffällender ist es, daß ein außerbairischer Monarch darob in tiefer Entrüstung gerät. Es liegt hier eine seltsame Verkennung der ganzen Sachlage vor, die nur auf falscher Information beruhen kann. Auch bei andren Fragen von größerer Bedeutung scheinen solche falschen Informationen gegeben worden zu sein. Die Depesche giebt weiter der Empörung Ausdruck über die schandvolle Unanständigkeit gegen das Haus Wittelsbach. Die Majorität der bairischen Kammer hat aber von dem ihr unbestritten zuziehenden Recht Gebrauch gemacht, eine Position zu verweigern. (Sehr richtig! im Centrum.) Das soll schönder Unban sein? Dann wäre ja die Volksvertretung nur dazu da, alles zu bewilligen! Geld bewilligen, Geld verweigern ist aber das Rechtsmittel des Parlamentarismus, das einzige vielleicht, womit dem Herrscher nahegelegt werden kann, daß die Minister das Vertrauen eines Teiles des Volkes verliert haben. Die bairische Kammer war in ihrem guten Recht! Die Depesche setzt an Stelle des verfassungsmäßigen Zusammenwirkens von Regierung und Volksvertretung das in einem konstitutionellen Staate verfassungswidrige: Regis voluntas suprema lex esto. Dazu kommt, daß die Depesche sich nicht gegen die Volksvertretung des eignen Landes, sondern eines andren souveränen Bundesstaates richtet. Ueber den weiteren Sach der Depesche: „Jugleich bitte ich Dich, die Summe, welche Du benötigst, Dir zur Verfügung stellen zu dürfen“, möchte ich ein Wort nicht verlieren. Ich weise die Deutung vollständig ab, daß dies etwa die Sprache des Großalmoseniers ist. Ich halte vielmehr dafür, daß diese 100 000 die praktische Verhätigung der aus freundschaftlichen Gefühlen hervorgegangenen lödenden Entrüstung waren. Dem Abfender der Depesche war es aber entgangen, daß ein Privater die 100 000 Mark schon zur Verfügung gestellt hatte. Anders und schärfer müssen wir die Veröffentlichung der Depesche beurteilen, da zwischen der Abfendung und der Veröffentlichung mehrere Tage liegen, während welcher der Abfender über die wahre Sachlage aufgeklärt sein konnte und mußte. (Sehr wahr im Centrum.) So sehr es uns erfreut — ich rede hier besonders für die bairischen Mitglieber des Centrums —, daß der königlich bairische Reichsverweser in seiner Antwort jede Erwiderung auf die Ausdrücke der Entrüstung und Empörung vermieden hat, — wir als Mitglieber des Parlaments erheben Protest gegen dieselben, weil sie mit dem föderativen Charakter des Reiches unvereinbar sind. (Sehr richtig! im Centrum.) Artikel 11 der Verfassung legt dem Kaiser ausdrücklich das Präsidium des Bundes und nicht die Souveränität des Reiches bei, es ist, wie Laband sich ausdrückt, nur der Name, unter welchem die Präsidialrechte ausgeübt werden. Zu den Rechten des deutschen Kaisers — diesen Titel führt er, nicht Kaiser von Deutschland — gehört nicht das Recht der Kontrolle über die innerpolitische Tätigkeit eines gesetzgebenden Faktors (Sehr richtig! links) eines Bundesstaates, noch viel weniger das Recht der Rüge über dieselbe. Eine Zeitung schrieb mit Recht: „Indem Wilhelm II. an einem Beschlusse der Kammer eines Bundesstaates so scharfe Kritik übt, stellt er seine Person in einer Weise, die schon öfter gerade im Interesse des monarchischen Princips als nicht ungefährlich bezeichnet werden mußte, mitten hinein in den Kampf der politischen Parteien.“ Vor einiger Zeit hat ein süddeutsches Blatt, das uns nicht nahesteht, geschrieben: „Der Kaiser ist der bestgeschätzte Mann.“ Das ist durchaus unrichtig. Auch im Süden wird anerkannt die hochgenutete Gesinnung und die raslose Tätigkeit, die Energie des Kaisers, wie seine Sorge für Wohl und Wehe des Reiches. Die Herzen sind ihm zugethan trotz mancher Flüchtliden und Ueberredenden. Um dies sich steigende Gefühl zu erhalten und zu stärken, und da, wie es scheint, berufene Berater nicht immer zur Stelle sind, welche mit Freimut hinweisen auf die Wirkung solcher über die Bedeutung einer bloß persönlichen Meinungsäußerung weit hinausgehenden Enunziationen, halten wir es für unsere Pflicht, unsere Stimme zu erheben. Gewiß, wir haben ein einiges Deutsches Reich, alle Volkstämme stehen ohne Rückhalt auf diesem Boden. Die 31 Jahre Geschichte sind nicht spurlos vorübergegangen. Mit vollem Recht verlangen wir aber auch strikte Einhaltung der Reichsverfassung unter sorgfältigster Beachtung der Eigenart der einzelnen Bundesstaaten. Die unmittelbare Nähe der Wahl veranlaßt uns, zwei Forderungen besonders zu betonen; einmal die Sicherung des Wahlscheitnisses und dann die Einführung von Diäten. Besonders in letzter Beziehung war es notwendig, daß wir vor Eintritt der nächsten Wahlen starbete haben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ist ja ganz klar.) Sie meinen, es giebt keine. (Heiterkeit.) Es muß Diäten geben, wenn nicht alles ins Stocken geraten soll oder in Abhängigkeit vom Herrn Kollegen Singer. Die Forderung der Kaiserrede dom einzuenden, schlägt den Mann aus der Verfassung hat zur Voraussetzung die Einführung von Diäten. (Sehr richtig! im Centrum.) Und zwar nicht bloß für den Arbeiter, sondern auch für die

Bauern, den Erwerbtreibenden und den Kaufmann. Es ist Pflicht des Bundesrats, zur Verwirklichung dieses Wortes noch in dieser Session mit einem Entwurf an den Reichstag zu kommen, an diesen Reichstag für den folgenden. Den Herren, die etwa auf der Suche nach einer Wahlparole sind, zumal da jetzt vielfach die Rede ist von Champagner und Bouillon, möchte ich sagen, daß das Centrum für eine Aenderung oder Beschränkung des bestehenden allgemeinen, gleichen und direkten Reichstagswahlrechts nicht zu haben ist. (Lebhaftes Bravo! im Centrum.) Weiter verlangen wir Beseitigung aller Privilegien für das Duell und den Ausbau der Socialpolitik. Wir erwarten, daß das Rindersturz-Gejey und der Entwurf betreffend kaufmännische Schiedsgerichte noch in dieser Session verabschiedet wird. Die Krankentafelgesetz-Novelle wird hoffentlich endlich die Ausdehnung der Unterstützungsdauer auf 26 Wochen bringen. Für die Witwen- und Waisenversorgung muß zuverlässiges statistisches Material besorgt und auch das schwierige Problem der Arbeitslosen-Versicherung muß der Lösung näher gebracht werden. Immer noch harren weiter die Berufsvereine der rechtlichen Anerkennung, das Koalitionsrecht der Arbeiter ist noch allen möglichen Verationen ausgelegt. Gewiß sind auch die Arbeiter sich klar darüber, daß alle diese Fragen nicht mit einem Schläge gelöst werden können, aber das Mißtrauen muß beseitigt und zerstreut werden, das sich dumpf über weite Massen der Arbeiter lagert. Wir fordern freizeitliche Bewegung der Kirche und Beseitigung der bösen Erinnerungen aus einer bösen Zeit, der noch übrig gebliebenen Reste einer sogenannten Kulturkampfgesetzgebung. (Beifall im Centrum.) Erfreulich war das Entgegenkommen der Regierungen gegenüber unserem Toleranzantrag. Mögen auch unsere heutigen Wünsche bei den verbündeten Regierungen eine freundliche Aufnahme finden! Sie wollen das Vaterland groß und stark machen, Vaterlandsbegeisterung und religiöse Toleranz (Lachen bei den Sozialdemokraten) fördern. Das ist die beste Heimatpolitik. Dann mag von seinem sicheren Post aus der deutsche Adler sich auch ruhig zur Weltpolitik wenden und schlagend seine Schwingen ausbreiten vom Fels zum Meer und über das Meer hin. (Lebhafter Beifall im Centrum.)

Reichskanzler Graf Bismarck:

Ich hatte nicht die Absicht, schon jetzt in die Debatte einzugreifen, werde aber dazu genötigt durch die Art und Weise, wie der Redner das Telegramm zur Sprache gebracht hat, das Se. Majestät der Kaiser vor fünf Monaten an Se. königl. Hoheit den Prinzregenten von Bayern gerichtet hat. Abg. Schäbler hat die Frage aufgeworfen, ob und inwieweit ich für das Telegramm die Verantwortung übernehme. Nach unserer Verfassung, die uns alle bindet, bin ich verantwortlich für diejenigen kaiserlichen Entscheidungen, die zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen. Artikel 17 der Reichsverfassung bestimmt, daß Anordnungen und Verfügungen des Kaisers der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen, der dadurch die Verantwortlichkeit für dieselben übernimmt. Diese Gegenzeichnung und die dadurch begründete Verantwortlichkeit erstreckt sich also nur auf Anordnungen und Verfügungen des Kaisers, also nur auf solche Handlungen, die in unmittelbarer Ausübung der dem Kaiser zustehenden Regierungsgewalt vor sich gehen, dagegen nicht auf persönliche Rundgebungen (Unruhe im Centrum), selbst wenn solche Rundgebungen programmatischer Natur sind. (Sehr richtig! rechts.) Dementsprechend ist auch der bekannte Erlass des Kaisers Friedrich vom März 1888, in dem der vereidigte Monarch die Grundsätze darlegte, nach denen er seine Regierung einzurichten münchte, von seinem Minister gegenzeichnet worden. Ebenso sind die Erlasse unfres jetzigen Kaisers vom Februar 1890 über die Ordnung der Arbeiterverhältnisse gleichfalls von keinem Minister kontrahiert worden.

Jenseits dieser von der Verfassung gezogenen Schranken beginnt das weite Gebiet, wo nicht mehr die formale Verantwortlichkeit des Reichskanzlers Platz greift, sondern — ich möchte sagen: die Imponderabilien der Tradition, des Taltes, der Gewissenhaftigkeit, der moralischen Verantwortlichkeit. Welche Folgerungen ergeben sich nun aus dieser moralischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber den persönlichen Rundgebungen des Kaisers? Reichsgesetzlich ist diese moralische Verantwortlichkeit weder ausgedrückt noch umschrieben. Sie folgt aber meines Erachtens aus der Natur der kanzlerischen Institution. Ich nehme gar keinen Anstand, hier und vor dem Lande zu sagen, daß ein gewissenhafter, ein sich seiner moralischen Verantwortlichkeit bewusster Reichskanzler nicht würde im Amte bleiben können, wenn er nicht Dinge verhindern könnte, die nach seinem pflichtmäßigen Ermessen das Wohl des Reiches wirklich und dauernd schädigen würden. Andererseits muß aber auch über die Schranken der Verfassung hinaus dem Kaiser wie jedem Staatsbürger ein weites Maß der persönlichen Initiative zuziehen. Wie jeder Staatsbürger kann auch der Kaiser von dem Rechte Gebrauch machen, eine Meinung öffentlich zu äußern. Das Recht der freien Meinungsäußerung werden Sie auch dem Kaiser nicht verweigern wollen. Wenn der Kaiser seiner kräftigen Natur entsprechend seine Meinung hier und da kräftig zum Ausdruck bringt, so kann ihm das doch gerade Herr Dr. Schäbler am allerwenigsten vorwerfen, der wieder heute noch in Zumeisthausen a. a. ein Leisetreter sich gezeigt hat. Der Gedanke, den Kaiser in der Freiheit seiner Meinungsäußerung zu beschränken, daß auch seine persönlichen Rundgebungen an die Gegenzeichnung des Reichskanzlers gebunden sein sollen, liegt unsrer Verfassung vollständig fern. Ich werde es aber niemals ablehnen, die Verantwortung zu übernehmen für die Rückwirkung, welche solche Rundgebungen haben können auf den ganzen Gang der Politik, denn ich bin gegenüber dem Bundesrat und diesem hohen Hause verantwortlich für eine Führung der Geschäfte, die weder den äußeren noch den inneren Frieden des Reiches gefährdet. Es handelt sich im vorliegenden Falle um einen persönlichen Meinungsaustausch zwischen zwei Souveränen, der nicht den Charakter eines Staatsaktes trägt. Darum bin ich nicht in der Lage gewesen, die Informationen über die Vorgänge selbst zu geben, aus denen der Depeschwechsel hervorgegangen ist. Das können Sie auch daraus ersehen, daß wie das Telegramm des Kaisers nur mit dem Namen des Kaisers unterzeichnet war, so auch die Antwort des Prinzregenten nicht den Zusatz „Prinzregent“ trug, sondern nur „Prinz von Bayern“. An diesem persönlichen Charakter des Depeschwechsels ist auch durch seine Veröffentlichung nichts geändert worden. Das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ ist keine staatlliche Einrichtung, „Wolffs Telegraphen-Bureau“ untersteht keiner Regierungsstelle, die Anweisung zur Veröffentlichung war nicht gegenzeichnet, sie war kein Regierungsakt. Wolffs Telegraphen-Bureau bringt alle Vorgänge, welche öffentlich interessieren. Die Veröffentlichung des Depeschwechsels ist nicht im „Reichsanzeiger“ erfolgt, weil es sich, wie gesagt, um persönliche Rundgebungen handelte. Die Frage, wie die Veröffentlichung zu stande kam, ist hier nicht entscheidend. Worauf es allein ankommt, ist, ob durch dies Telegramm die Beziehungen zwischen dem Abfender und dem Empfänger, zwischen Preußen und Bayern wirklich so getrübt worden sind, wie Dr. Schäbler behauptet. Daran erwiedere ich: Daß von einer solchen Trübung keine Rede gewesen ist. Der Prinzregent von Bayern hat das Telegramm seines kaiserlichen Freundes nicht mißverstanden. Wie wenig er es mißverstanden hat, können Sie schon daraus entnehmen, daß dieser hohe Herr vier Wochen nach dem Empfang des Telegramms noch den Prinzen Ludwig von Bayern, der sich zum Wandler nach Polen begab, beauftragte, dem Kaiser mündlich seinen Dank für das Telegramm zu wiederholen. (Unruhe im Centrum.) Ich zweifle nicht an dem bairischen Patriotismus des Herrn Dr. Schäbler. Aber wo es sich um die Würde und die Selbstständigkeit von Bayern handelt, ist doch seine Igl. Hoheit der Prinzregent von Bayern zuständig als Herr Schäbler. (Hoh! im Centrum.) Der Prinzregent mußte sehr

wohl, daß der Kaiser in seinem Telegramm nur persönliche Empfindungen hat aussprechen wollen. Herr Schäbler hat mit einem großen Aufwand von Disziplin nachzuweisen gesucht, daß der bairischen Stamme antikaiserliche Interessen ferngelegen haben, daß aber der Argwohn solcher Motive nahe lag, wird er selbst nicht bestreiten können. Weiterhin mußte auch der Prinzregent sehr wohl, daß dem Kaiser jede absichtliche Einmischung in die parlamentarischen Angelegenheiten eines Bundesstaates ferngelegen hat. Vor allem mußte er, daß es dem Kaiser nicht eingefallen ist, den Rechten eines Bundesfürsten oder eines Bundesstaates zu nahe zu treten. Von den unislatorischen Tendenzen, von denen Herr Schäbler gesprochen hat, wachte ich nicht, wo sie existieren sollten. In maßgebender Stelle existieren sie nicht. Der Kaiser ist davon durchdrungen, daß die gedeihliche Entwicklung des Reiches auf vertrauensvollen Beziehungen zwischen den Bundesfürsten und auf der Achtung vor dem Rechte jedes Bundesstaates und jedes Bundesfürsten beruht. Die sorgsame Pflege der föderativen Grundlagen des Reiches ist ein conditio vna qua non für die deutsche Entwicklung. Das wird an keiner Stelle vergessen. Diesen bundesstaatlichen Charakter des Reiches, die Reichsverfassung, den Reichsgedanken, dessen feste Grundlage die Reichsverfassung ist, vor jeder Trübung zu wahren, ist unser aller Pflicht, das ist die Pflicht des Kaisers, wie es die Pflicht der deutschen Fürsten; das ist meine wie Ihre Pflicht! Darum kann ich nur meinem tiefen Bedauern Ausdruck geben über die Art und Weise, wie Dr. Schäbler diesen Vorgang behandelt hat. Ich kann nur die Hoffnung aussprechen, daß dieser Vorgang von allen Seiten so richtig und objektiv und so würdig aufgefaßt werden möge, wie er von seinem kompetentesten Vertreter, dem Prinzregenten, aufgefaßt worden ist. Ich hoffe, daß alles unterlassen werden möge, was im Auslande Zweifel erregen könnte an der Gelassenheit der deutschen Nation, an der Eingebung an die Kaiseridee, die dem deutschen Volke weit mehr ist, als der bloße formale Begriff, den Dr. Schäbler nach Professor Laband hat konstruieren wollen. Diese Kaiseridee repräsentiert in sich die teuersten Erinnerungen des deutschen Volkes, und darum erfordert unser Ansehen nach außen, diese deutsche Kaiseridee vor jeder Antastung zu bewahren! (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Stolberg-Bernierode (kons.):

Zunächst teile ich den von verschiedenen Seiten ausgesprochenen Wunsch, daß die Interessen der Landwirtschaft bei den künftigen Vertragsverhandlungen voll gewahrt werden. Zweitens schreibe ich mich der Kritik des Abg. Schäbler an den Etatsüberschreitungen an. Sie überschreiten in der That das erlaubte Maß und machen das Stadrecht des Hauses illusorisch. Die Reizung des Reichstags zu Neubewilligungen wird dadurch nicht erhöht. Der Vorschlag des Herrn Abg. Schäbler, die Ueberschreitungen nicht mehr der Rechnungscommission, sondern der Budgetcommission zu überweisen, ist nur dann durchführbar, wenn die Budgetcommission in der Etatsberatung entlastet wird. Redner geht nun auf die Einzelheiten des Etats ein. Es erscheint nicht ganz unbedenklich, eine so erhebliche Summe für die Weltausstellung in St. Louis zu bewilligen. Diese Weltausstellungen häufen sich in letzter Zeit zu sehr. Doch will ich meine Freunde weder mit Ja, noch mit Nein festlegen. Der Militär-Etat ist sehr sparsam bemessen. Die Forderung einer Gehaltserhöhung für die 180 Oberstlieutenants erscheint mir durchaus angemessen; wir stimmen ihr zu, denn es handelt sich um die Beseitigung einer Anomalie, um den Ausgleich einer Ungerechtigkeit. Ein neues Gebäude für das Reichs-Marine-Amt ist dringend erforderlich; vielleicht finden wir aber ein billigeres Terrain für das Gebäude. Die Schaffung neuer Assistentenstellen im Telegraphendienst beruht auf einem Wunsche des Hauses. Bei dem Etat der Reichs-Eisenbahnverwaltung lassen sich vielleicht die Anfänge für Kohlen und Schienen im Hinblick auf die geminnlichen Materialpreise herabsetzen. Darüber würde im Plenum eingehender zu verhandeln sein. Im Vorjahre gelang uns die Bilanzierung des Etats; aber die Manipulationen, die hierzu notwendig waren, sahen einer Verschleierung nicht ganz unähnlich. In diesem Jahre werden wir so nicht weiter kommen. Es hätte ja seinen Vorzug, wenn wir das ganze Deficit auf die Matrularbeiträge abwälzen würden. Das würde größere Mangelhaftigkeiten schaffen, die Regierung zur äufsersten Sparsamkeit zwingen und sie veranlassen, den neuen Zolltarif möglichst bald in Kraft treten zu lassen. Ich sage das letztere ausdrücklich, weil der Schatzsekretär die Möglichkeit angedeutet hat, daß der Zolltarif erst nach einigen Jahren in Wirksamkeit treten könnte. Aber die Abwälzung des Deficits auf die Matrularbeiträge hat doch keine großen Bedenken. Eine Erhöhung der Beiträge wäre vor allem für die Etats der kleinen thüringischen Staaten äußerst bedenklich. In dieser Beziehung will ich meine Freunde noch festlegen. Wir müssen uns vor zu großem Optimismus hüten. Es scheint so, als sollten für die deutsche Wirtschaft wieder bessere Tage kommen. Den tiefsten Punkt haben wir wohl überschritten. Wenn die Regierungen den Zolltarif schnell in Kraft treten lassen, so werden sich unsere wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse rasch bessern. Das Reich würde höhere Einnahmen haben und Landwirtschaft und Industrie würden gewinnen. Sollte der Tarif auf mehrere Jahre verschoben werden, dann weih ich nicht, was werden soll. Diese Art, wie sie jetzt gebräuchlich ist, Zuzuschleifen aufzunehmen, ist auf die Dauer unrentabel. Ich bitte Sie, der Budgetcommission nicht zu viel Kapital zu überweisen, damit sie gründlich arbeiten kann. (Bravo! rechts.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkt

Abg. Schäbler (C.): Er wisse nicht, wodurch er sich die persönlichen Vorwürfe des Reichskanzlers zugezogen habe. Er habe sich auf den Staatsrechts-Lehrer Laband bezogen, den der Reichskanzler zunächst widerlegen müsse, bevor er gegen ihn persönliche Vorwürfe erhebe. (Bravo! im Centrum.)

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Fortsetzung der Etatsberatung.

Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung Montag, 10. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertisch: Ministerpräsident Graf v. Bismarck, Reichr. v. Achenbach, Schönstedt, Reichr. v. Hammerstein, Studt, Köller, v. Pöbelski, Sudde.

In der Hofloge ist Prinz Heinrich v. Preußen mit seinem Sohne dem Prinzen Waldemar erschienen und wird vom Präsidenten v. Röcher begrüßt.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Etats.

Abg. Frey (C.)

Bei der Rede des Finanzministers habe ich mich darüber gemündert, daß er mit keinem Wort auf die Kämpfe des Reichstags um den Zolltarif eingegangen ist. Wir haben dem Zolltarif zugestimmt, weil wir das Erreichbare nehmen mußten. Die Kritik in der Industrie ist noch nicht gehoben und niemand glaubt auch, daß sie sehr rasch vorübergehen wird. Diese Kritik zieht große streife in Wirtschaft. Wir haben eine große Ueberproduktion im letzten Jahre gehabt. Auch die inländische Kaufkraft hat abgenommen. Der Etat sieht einen Anleihebedarf von 270 Millionen Mark vor, eine zweite Anleihe ist zu erwarten. In diesem Jahre werden wir bei den Eisenbahnen nicht mit demjenigen Ueberfluß rechnen können, den wir in den letzten Jahren gehabt haben. Auch hier wird der Anleihebedarf erhöht werden müssen. Dennoch sind die finanziellen Verhältnisse Preußens besser als die des Reiches. Das Reich hat mit unsicheren, Preußen mit sicheren Einnahmen zu rechnen.

Zur zwei schwankende Momente beunruhigen die Finanzen Preußens: die Eisenbahnen und die angeregelten Matrularbeiträge. Ich würde es begrüßen, wenn man diese beseitigen könnte,

vielleicht dadurch, daß man die außerordentlichen Reichsbeiträge aus den Eisenbahn-Einnahmen zahlt. Der augenblickliche Zeitpunkt ist der ungünstigste zur Vornahme einer Finanzreform.

Die Vermehrung der Richterstellen um 10 Proz. ist zu begründen, wenn auch immerhin noch ungenügend. Für die Fürsorge-Erziehung sind 1,7 Millionen Mark gefordert; dies Institut hat sich gut bewährt, namentlich die Verfassung, daß die Jüglinge möglichst in konfessionellen Schulen untergebracht sein sollen. (Beifall im Centrum.)

Was den Bau eines Residenzschlosses in Posen betrifft, so glaube ich nicht, daß meine Freunde die hierfür erforderliche Summe bewilligen. Das Schloß soll ein Beweis dafür sein, daß die Lande unloslich mit Preußen verbunden sind. Zu diesem Zwecke ist der Bau eines Schlosses nicht erforderlich. Wir haben die Polenpolitik der Regierung von vornherein beklagt. Besonders zur Verbesserung der Lage der Beamten und Lehrer werden Zulagen gefordert. Die Zulage soll bei treuer Pflichterfüllung widerruflich gewährt werden. Das hat so ziemlich die Bedeutung, daß ein stetes Damoklesschwert über den Beamten schwebt. (Unruhe rechts.) Die Beamten werden zu Maschinen herabgewürdigt. (Zustimmung im Centrum und links. Unruhe rechts.) Wir bedauern, daß kein Schulgesetz vorgelegt ist, und hoffen, daß ein solches wenigstens zu Beginn der nächsten Legislaturperiode erscheint. Auch bezüglich der Kronenpflanze ist die Regierung unsern Wünschen nicht entgegengekommen. Auch die Schulpolitik, die von der Regierung in Oberschlesien betrieben wird, bekämpfen wir. (Lebhafte Beifall im Centrum.)

Ministerpräsident Graf v. Bismarck:

Es ist jetzt gerade ein Jahr vergangen, daß ich in diesem Hause die Ziele darlegte, welche wir in unsern gemäßigten Provinzen verfolgen. Ich habe damals schon darauf hingewiesen, daß unser Bestreben auf eine planmäßige wirtschaftliche und kulturelle Hebung unserer östlichen Provinzen gerichtet ist. Als Mittel zu diesem Zweck bezeichnen ich in jener Rede die Fortsetzung einer zielbewußten Besiedlungspolitik, die Erhaltung und Stärkung des deutschen Groß- und Kleingrundbesitzes, die Hebung und Schaffung eines kräftigen Mittelstandes, die Besserstellung unserer Beamten und Lehrer durch Gewährung von Prämien, Gehaltszulagen u. Dieses Programm hat die Zustimmung der Mehrheit des Hauses gefunden. Ich halte es für meine Pflicht, auf dem bisher beschrittenen Wege weiterzugehen, als ich die Finanzfrage für die wichtigste Frage unter inneren preussischen Politik halte. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich bin dem Landtage besonders dankbar dafür, daß er uns im vergangenen April die große Summe von 250 Millionen Mark bewilligt hat, die für das Deutschland im Osten die besten Früchte zeitigen wird. Die Staatsregierung hat außerdem die Absicht, die Ansiedlungskommission neu zu organisieren. Sobald unsere Erwägungen über diese Neu-Organisation abgeschlossen sein werden, werden wir dem hohen Hause das Resultat mitteilen, damit die Neu-Organisation möglichst schon am 1. April in Kraft treten kann.

Ich bin dem Finanzminister sehr dankbar dafür, daß er trotz der schlechten Finanzlage seine Hand für die wirtschaftliche Kräftigung der Städte Posen und Westpreußens in bereitwilliger Weise geöffnet hat. Als ich seiner Zeit den Gedanken einer ersten Erhöhung für wert erklärte, den Beamten im Osten eine besondere Zulage zu gewähren, fand ich lebhaften Beifall bei der Majorität dieses Hauses. Sie rufen nun im Extra-Ordinarium des Etats Summen, die für diese Zwecke eingestellt sind. Die mittleren und unteren Staatsbeamten in den Provinzen Posen und Westpreußen sollen eine einmalige Zulage von 10 Proz. ihres Jahresgehalts bekommen. Die Volksschul-Lehrer sollen nach fünfjähriger Dienstzeit eine Zulage von 120 Mark, nach zehnjähriger Dienstzeit eine solche von 180 Mark erhalten. Diese Zulagen sollen keine Stellenzulagen sein, sondern eine Prämie für das Aushalten im Osten und als Ausgleich für die Erschwerung ihrer Lebensführung. Die anderen Provinzen können einen gleichen Anspruch nicht erheben. Gegenüber Herrn Freyler möchte ich betonen, daß die Unabhängigkeit der Beamten gewahrt bleiben soll. Die königliche Staatsregierung muß unter den gegebenen Verhältnissen von jedem Verwaltungsbeamten verlangen, daß er durch sein Verhalten das Vertrauen zur Regierung nicht erschüttere. Ein Beamter, der diese Pflicht vernachlässigt, darf nicht an seiner Stelle bleiben. Wir hoffen, daß sich später auch in den anderen Provinzen die Jüglinge der Seminare melden und sich im Osten anstellen lassen und daß der jetzt bestehende Mangel an Lehrern mit der Zeit abgehoben wird. Den höheren Beamten soll eine Zulage nicht gewährt werden. Um auch ihnen ihre Lage zu erleichtern, wird ein besonderer Fonds von 150 000 M. aufgemacht, um den Beamten, die vielfach ihre Kinder nach answärts geben müssen, Erziehungsbeträge zu gewähren. Zur Herstellung von Dienstwohnungen, besonders in den kleineren Städten, werden eine Million Mark bereitgestellt, außerdem wird eine einmalige Summe von einer Million Mark zur Herstellung von Arbeiterwohnungen in dem Direktionsbezirk Danzig und im Etat der allgemeinen Bauverwaltung ein Betrag von 400 000 Mark zur Erhaltung von Wohnungen für mittlere Beamte und Arbeiter ausgeworfen. Als Mittel zur Stärkung des Deutschtums haben wir die Städte Schrimm und Breschen mit Garnisonen belegt. Zum Bau der Kasernen sind der preussischen Regierung drei Millionen mit der entsprechenden Verzinsung in Aussicht gestellt worden. Es besteht die Absicht, den Verkehr im Osten im Interesse des Deutschtums zu heben. Deshalb wird eine Nebenbahn-Vorlage für Posen und Westpreußen 34 Millionen fordern. (Bewegung.) Als Hauptanteil zur Stärkung des Deutschtums betrachte ich die sorgfältige Pflege der Schulen. Es bleibt da noch immer Verträgliches zu thun. Es sind das Mittel für neue Schulen, namentlich zur Unterstützung der Schulverbände bei Schulbauten in Aussicht genommen. Von der Gesamtsumme von drei Millionen sollen auch Posen und Westpreußen eine Million entfallen. Es sollen auch Seminare und Präparandenanstalten errichtet werden. Trotz der unglücklichen Finanzlage war es möglich, die Posten für Kunst und Wissenschaft zu steigern, damit das Bedürfnis der gebildeten Klassen in den nationalgerneinten Landesteilen befriedigt wird.

Ich hoffe, das Vertrauen in die Festigkeit unsrer Wirtschaftspolitik wird sich wieder beleben, und erwarte, daß unsere deutschen Landsleute im Osten treu aushalten und fest zusammenhalten ohne Unterschied der Partei und Konfession. (Beifall.) Zur Lösung unserer Aufgabe im Osten werden vielleicht Jahrzehnte erforderlich sein. Vor allem aber ist Stetigkeit notwendig. Deshalb kann es für und kein Rückwärts, kein Schwanken geben. Wir werden auf dem betretenen Wege weiter gehen ohne Gefährdung und Chikanen, aber auch ohne Schwäche und Schwanken, damit die Provinzen Westpreußen und Posen immer inniger mit der Monarchie ver wachsen und damit sie immer preussisch und gut deutsch bleiben. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (Kons.): Die Finanzen eines Staates heben und senken sich je nach dem Auf und Nieder der gesamten Volkswirtschaft. Deshalb haben wir stets betont, daß man in den guten Jahren für die schlechten sparen muß. Wir beklagen aus diesem Grunde die Ausgleichungsfonds, die der Finanzminister ankündigt, als einen Schritt auf dem Wege der Konfiskation! Das Verhältnis des Reichs zu den Einzelstaaten bedarf dringend der endgültigen Regelung. Für das Handwerk können wir gar nicht genug thun. In der Bauverwaltung müssen die notwendigen Aufgaben ohne Rücksicht auf die Finanzverwaltung erfüllt werden, besonders ist das Bedürfnis auf dem wasserwirtschaftlichen Meliorationsgebiete sehr groß. In der Polenpolitik unterstützen wir die Regierung. (Beifall rechts.)

Ich kann nur bedauern, daß die Regierung den ersten Termin zur Kündigung der Handelsverträge hat vorübergehen lassen. (Sehr wahr! rechts.)

Ich bin der Ansicht, daß die Regierung die Verträge hätte kündigen müssen. (Beifall rechts.)

Ministerpräsident Graf v. Bismarck: Herr Freyler hat vorhin eine Parallele gezogen zwischen den Verhältnissen der Ost- und Westmark. Ich muß ihm widersprechen, wenn er sagte, daß das Residenzschloß in Strahburg von keinem Vorteil gewesen wäre. Ich weiß, daß gerade das Schloß in Strahburg und die dadurch bewirkte häufigere Anwesenheit des Kaisers das Band zwischen Kaiser und Elsaß-Lothringen fester geknüpft hat und zur Verschmelzung zwischen den Reichslanden und dem Deutschen Reich wesentlich beigetragen hat.

Nun zu einem andern vom Grafen Limburg erwähnten Punkt. Sie kennen die Gründe, aus denen heraus die königliche Staatsregierung es ablehnen muß, hier auf Materien einzugehen, die nicht vor das Forum dieses Hauses gehören. Eines muß ich aber gegenüber den Ausführungen des Grafen Limburg-Stirum betonen: Bei der Aufstellung des Zolltarifs bestand die Absicht, der Landwirtschaft soweit als möglich zu helfen. Die kgl. Staatsregierung ist fest davon überzeugt, daß der Zolltarif erhebliche Vorteile für die Landwirtschaft enthält. Die Regierung wird bei den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen nicht nur mit Worten, sondern auch mit der That bestrebt sein, die Interessen der Landwirtschaft gewissenhaft wahrzunehmen. (Bravo.)

Abg. Kölle (natl.): Die nationalliberale Partei im Lande hat im großen und ganzen die Haltung der nationalliberalen Reichstagsfraktion gebilligt. Der Zolltarif stellt einen billigen Ausgleich dar. Für die Landwirtschaft ist das Mögliche erreicht worden. Meine Partei hat sich durch ihr geschlossenes und entschlossenes Auftreten im Reichstage um das Wohl des Vaterlandes verdient gemacht. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Was den preussischen Etat anlangt, so ist das merkwürdige Vermögen wieder vermehrt. Von einem wirklichen Defizit kann man kaum reden. Der Finanzminister war zu pessimistisch. Der einzige dunkle Punkt ist das Verhältnis zum Reich. Hier müßte endlich eine reinliche Scheidung Platz greifen, aber das Centrum verweigert hier. Die Schätzung der Einnahmen ist eine sehr vorsichtige. Die erste Rate für den Eisenbahnausgleichsfonds wollen wir gern bewilligen. Der Finanzminister hat die Eisenbahn als Schmerzenskind bezeichnet, er hätte gewiß gerne mehr solcher Schmerzenskinder. Sie hat sich mit 6 Proz. verzinst, ist also ein wahrer Musterknecht. (Heiterkeit.) Die Einnahmen aus der Lotterie sollten an das Reich abgetreten werden. Der 1/2, ohne Skrupel schickt, kann auch die übrigen 1/2, noch schinden. (Große Heiterkeit.) Den Erlös des Ministers an die Gendarmerei billigen wir. Den Unterstaatssekretär für das Bauwesen werden wir wohl bewilligen. Ueber kurz oder lang werden wir zu einem selbständigen Vorkantonsministerium kommen. Mit den Justizstellen für die Reformschulen sind wir einverstanden, dagegen bedauern wir, daß keine neuen Schulinspektoren für die Volksschule im Etat verzeichnet sind. Ein gewisser Projekt hat doch deutlich gezeigt, daß für die Volksschule mehr gethan werden muß. Die zielbewußte Polenpolitik billigen wir. Wir vermüssen ein Gesetz zum Schutze der Mineralquellen.

Ich komme nun zum Kanal, den der Vordredner nicht erwähnt hat. (Heiterkeit.) Wir wissen aus der Kommission, daß auch Herr Budde, der neue Minister, für den Kanal ist. Der Mittellandkanal müßte aber so schnell wie möglich in Angriff genommen werden. Je eher, desto besser für unsre Industrie. Die Haltung der Regierung in der Kanalfrage halte ich für falsch. Die Vorlage ist heute nicht bloß eine wirtschaftliche, sondern auch eine eminent politische. (Zehr richtig! links.) Die Wähler könnten verlangen, daß die Abgeordneten jetzt vor eine Entscheidung gestellt würden. Die Kanalvorlage würde dann Wahlparole werden. Sie könnte der Industrie unseiner, Laufende von Arbeitern könnten Arbeit finden. Möge sich der neue Minister das Wort seines Vorgängers zum Leimort nehmen: Gebaut wird er doch! (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen und links.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.):

Unser Finanzverhältnisse sind nicht unglücklich. Das Defizit ist mehr ein Kassendefizit, im Reichs haßt es jedenfalls schimmer aus. Wenn die Mehrheit des Reichstags für Kolonien, Meer und Marine etwas weniger bewilligungsfreudig gewesen wäre, so wäre die Milderung der Reichsfinanzen auf die Einzelstaaten nicht so bedrückend. (Sehr richtig! links.) Was die Reichsfinanzreform betrifft, so will ich hoffen, daß das Centrum nicht dafür zu haben ist, daß die Reform auf eine Erhöhung der Tabak- und Biersteuer hinausläuft. Der Schaffung eines Ausgleichsfonds für die Eisenbahnverwaltung stehen wir nicht inpathisch gegenüber. Wir sind gegen alle Dispositionsfonds und Sparbüchsen. Der Etat muß den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt werden. Solche Fonds beschränken auch das Budgetrecht der Volksvertretung. (Zehr richtig! links.) Zur Hebung unsrer wirtschaftlichen Verhältnisse würde der baldige Abschluß guter Handelsverträge wesentlich beitragen, denn jetzt ist große Unsicherheit in der Industrie. (Zehr richtig! links.) Zur Kulturaufgaben hat der Staat nicht genug geleistet. Von dem neuen Eisenbahnminister erwarten wir, daß er energischer und kräftiger als sein Vorgänger die Forderungen der Verkehrs-Entwicklung dem Finanzminister gegenüber vertritt. Wir erhoffen von ihm auch eine Reform des Tarifwesens. (Zustimmung links.) Die Personentaxen müssen herabgesetzt werden, freilich will ich keine Reform wie in Sachsen. Dort zeigt man, wie es nicht gemacht werden darf. In Bezug auf die Kanalvorlage möchte ich mich dem Vordredner an. Im vorigen Jahre ließ es sich: „seiner Zeit“ (Heiterkeit), in diesem Jahre herrscht Schweigen auf der ganzen Linie. Auch die dringende Aufforderung des Vordredners hat nichts gefruchtet. (Zum Ministerische:) Brechen Sie doch dieses Schweigen! (Ministerpräsident Graf Bismarck lacht.) Früher große Worte, Versprechungen, Drohungen — heute Schweigen. Ist doch das aus dem Kasernenjargon stammende Wort „Lautsana“ gefallen. (Heiterkeit.) Herr v. Boddebach will damit freilich nur den maurischen Kanal gemeint haben und nur zu einer Zeit, als er noch nicht gefruchtet hatte. (Heiterkeit.) Die Domänenwachen sind nicht überall zurückgegangen. Die Zustände, die der Trakehner-Projekt entfallen hat, sind unwürdig eines Kulturstaates. (Zehr richtig! links.) Was hat man gethan, um Verringerung zu schaffen? Hat man sich auf ein paar Revisionen beschränkt oder will man wirklich energische Reformen machen? Herr v. Dettlingen macht sich, wie er sagt, nichts daraus, wenn so ein Keel von der Regierung revidieren kommt.

Wir hoffen, daß der Lehrermangel bald schwindet. Das Fehlen neuer Schulinspektoren-Stellen bedauern auch wir. Die Forderung zur Pflege des Schülcruderns — in Berlin soll ein Grundstück erworben werden — wird bei aller Anerkennung der Nützlichkeit gefunden Sports genau zu prüfen sein. Um Kaufmann möchte ich bitten, ob in der Frage der Abfassung der Patrone etwas geschehen soll. Die Polizei-Hebergriffe und Mißgriffe haben sich bedenklich vermehrt. Sie haben ihre Mißthaten darin, daß vielfach minderwertiges Personal eingestellt wird. Die Beamten müssen mehr Respekt vor der bürgerlichen Freiheit bekommen. Eine Sonderung des Wahlreglements, besonders aber eine andre, der Verchiebung der Bevölkerung entsprechende Wahlkreis-Einteilung bei den Landtagswahlen wird notwendig sein. Was die Polenpolitik anlangt, so sind wir mit der kulturellen Hebung des Landes einverstanden. Wir sind für dauernde Beamtenzulagen, aber gegen Beförderungen. Wir sind gegen Verlegung von Garnisonen aus politischen Gründen, wie wir gegen die Verlegung der Landjäger nach Krefeld sind. Obenwiegend billigen wir die Schaffung einer Waisen in Posen. Wir wollen das Deutschtum, aber nicht Chauvinismus und Hottentottismus fördern. (Lebhafte Beifall links.)

Die Politik des Grafen Bismarck ist eine Politik des festen Zurückweichens. Die Konservativen sind Gegner der Handelsverträge, wir werden ja sehen, ob Graf Bismarck auch hier weiter zurückweichen wird. Der Projekt über die Wahlvorgänge im Kreise Greifswald-Gruppen hat die Angaben des Ministers nicht bestätigt. Er wird sie hoffentlich berichtigten. Leider sehen die Land-

räte ihre politische Agitation noch immer fort. Es ist das neuerdings erst in Kasenburg-Berdauen und in Landshut geschehen. Wann werden die Behörden endlich allen Parteien neutral gegenüberstehen? Das Gegenstück dazu bildet die Nichtbefähigung liberaler Männer in den kommunalverwaltungen. Da drängt sich auch die Frage auf, ob es nicht zweckmäßig sei, das Befähigungsrecht zu beschränken. In Baden werden die Bürgermeister auch ohne Befähigung gewählt und Baden ist noch nicht eingestrichelt. Das liberale Bürgertum will keine Bevorzugung, aber gleiches Recht. Es will seinen Platz an der Sonne. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Freyler (fr. Sp.): Die Regierung hat sehr recht daran gethan, daß sie in der Thronrede die Kanalvorlage nicht erwähnt hat. Der gegenwärtige Moment wäre für die Wiedereinbringung der unglückliche gewesen, da die Schiffverhältnisse, wie überhaupt die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückgehen. (Beifall rechts.) So ist ein Konflikt vermieden worden. (Erneutes Bravo! rechts.) Wenn sie später einmal wieder kommt, wird auch eine Verständigung möglich sein. Die Kanalvorlage ist rein wirtschaftlicher, nicht politischer Natur.

Die Reichsfinanzen üben ja einen entscheidenden Einfluß auf unsre Etats aus, aber der Bundesrat kann nicht so mit Absichten vorgehen, wie unser Ministerium. Wenn über die Steigerung der nationalen Kosten gellagt wird, so möchte ich doch auf die erhebliche Herabsetzung der Fudersteuer hinweisen. Die Ausgaben der Eisenbahnverwaltung müssen sich nach den Bedürfnissen des Verkehrs, nicht nach der Finanzlage richten. Daß der neue Minister diesem Grundsatz huldigt, ist erfreulich. Der Zolltarif ist ein Fortschritt, wenn auch nicht alle Wünsche der Landwirtschaft erfüllt sind. Dieser Schutz wird hoffentlich bei den neuen Handelsverträgen nicht außer Acht gelassen. Die politischen Mißgriffe sind unerfreulich. Auf die Nichtbefähigung des Stadtrats Richter in Halle will ich nicht eingehen. In eine Beschränkung des Befähigungsrechts ist jetzt, wo die Socialdemokratie in die städtische Verwaltung eindringt und der bürgerliche Liberalismus ihr gegenüber eine große Schwäche zeigt, nicht zu denken. In Trakehnen scheint mir weder die Gestüßverwaltung, noch die Sanftverwaltung, noch die Schulaufsicht ihre Pflicht in vollem Umfange gethan zu haben, sonst hätten nicht Zustände eintreten können, die dem preussischen Volkswesen nicht zur Ehre gereichen. Im Gegensatz zum Abg. Wiemer solle ich der Regierung für ihre Politik dank. Beim Zollkampf gab es, soweit Mehrheit und Regierung in Betracht kommen, weder Sieger noch Besiegte. Alle bürgerlichen Parteien sollten sich in gemeinsamer Front gegen die Socialdemokratie zusammenschließen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Chers (fr. Sp.): Mir der Staatsrat durch die bisherigen Redner kann der Finanzminister zufrieden sein. Es giebt nur einen Punkt, der unabweislich zu größeren Erörterungen führen wird, das sind die Aufwendungen für die Polenpolitik. Auch wir wollen, daß die Provinzen Westpreußen und Posen deutsch bleiben. Ein Franzose hat mal gesagt: In Ostdeutschland wisse man nicht, wo die Grenze sei, es wisse wie eine Gardine hin und her. Ueber diese Zeiten sind wir unbedingt hinweg, aber eine gewisse und konsequente Politik ist noch immer nötig. Es fragt sich, ob alle gewählten Mittel richtig sind. Die Kritik können wir uns nicht verbieten lassen. Es scheint uns manchmal, als sollte sich die Polenpolitik nicht nur gegen die Polen, sondern auch gegen den Liberalismus richten. Bei der Ansiedlungskommission muß der kurauskastische Uebermut verschwinden. Die Prämien für Beamte und Lehrer halte ich für sehr gefährlich. Man sollte doch in der ganzen Monarchie daran festhalten, daß die treue Pflichterfüllung bei den Beamten etwas Selbstverständliches ist, die nicht besonders belohnt wird. (Beifall links.) Da sind ständige Zulagen besser. Ich hoffe, das Haus wird hier Änderungen treffen. Ueber die Falsch in Posen will ich mich hier nicht anlassen. Es gehört dazu nicht nur die rechtmäßige Heberlegung, sondern auch ein gewisser Schwung der Seele. (Heiterkeit.) Das Schweigen über die Kanalvorlage beklage ich. Ich bin ja persönlich interessiert, da wir im letzten Jahre der Finanzminister die Versicherung gab, ich werde ihr Jubiläumselbst noch erleben. (Große Heiterkeit.) Es ist mir aber zweifelhaft, ob ich ein solches Alter noch erreiche. (Erneute Heiterkeit.) Ich möchte an die Regierung die Frage richten, ob sie auch fernerhin die innere Politik allein mit den Konservativen und dem Centrum machen will? Das ist eine konstitutionelle Frage. Ich möchte wissen, ob das von ihr eingefanden wird, ob die Regierung konstitutionell regiert oder nicht, wie es manchmal scheint. (Beifall links.)

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr; außerdem Wahl der Kommissionen.

Schluß 4 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Streit. Rund 50 000 Einwohner.
Ständchen. 1. Rhein, 2. Rhein.
R. 2. 12. Wäre zu teuer und zu unpraktisch. Eine zweisprachige Broschüre, die sehr gut ist, wird demnächst erscheinen und „den schwachen Gedächtnis“ aufheben.
R. 2. Der Sinn ist der: Durch die Erziehung wird auch der Erzieher erzo-gen.
R. 2. 2. Gebitten Sie von dem betreffenden Amtsgericht unter Angabe des Alters und des sonstiger möglichst genauer Beschreibung der Sache Abschrift des Urteils. — Rind, Spandan. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja. 2. Nein. — Rind. 2. 2. 1. Genehmigung vom Vormund und Gericht ist erforderlich. 2. Dem Schuldner muß der notwendige Unterhalt belassen werden. Es könnten also 8—12 M. geschätzt werden. 3. Der den Prozeß verliert. — R. 2. 48. 1. Vor Vollendung des 24. Lebensjahres ja.

Eine Konferenz der Lagerhalter für die Provinz Brandenburg und die angrenzenden Provinzen

lagte am Sonntag im Gewerkschaftshause. Zunächst referierte Rechts-anwalt B. Früll über: das Recht des Lagerhalters. Der Redner erörterte in eingehender Weise die gesetzlichen Bestimmungen, welche für das Arbeitsverhältnis der Lagerhalter in Betracht kommen. In der Diskussion, die dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage folgte, wurden verschiedene Vertragsbestimmungen, welche Lagerhaltern von einzelnen Konsumvereinen oktroyiert werden, lebhaft kritisiert und angefordert, Verträge erst nach genauer Prüfung zu unterzeichnen.

Ueber: das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis referierte Reichstags-Abgeordneter H. Pcus. Die Ausführungen des Referenten gipfelten darin, daß der genossenschaftliche Arbeiter an dem Erfolge des Gesamtbetriebes beteiligt werden müsse, um das Interesse für das Unternehmen zu wecken und seine Arbeitsfreudigkeit zu heben. Die Arbeiter des privatkapitalistischen Unternehmens hätten kein Interesse an dem Unternehmen, weil sie an dem Erfolge nicht beteiligt und für ihre Person nur den bestimmt fixierten Lohn erhalten. Die Bedingungen für das kapitalistische Arbeitsverhältnis seien nicht ohne weiteres auf das genossenschaftliche anzuwenden, und es sei verkehrt, anzunehmen, daß nicht zwischen beiden ein faktualer Unterschied bestände. Während der privatkapitalistische Unternehmer hart an die Grenze der möglichen Ausbeutung herangeht, darf die Genossenschaft nur die notwendige Ausnutzung des Arbeiters vornehmen und muß tatsächliche Verbesserungen und zweckdienliche Einrichtungen des Betriebes treffen, um lottentüchtig zu sein, wobei ihre die Organisation der Konsumanten, die Kundentreue zu gute kommt. Dazu müsse sich gesellen u. a. die größere Fähigkeit des genossenschaftlichen Arbeiters. Derselbe müsse durch seine wirtschaftliche und seelische Verfassung dem privatkapitalistischen Arbeiter überlegen sein. Er müsse sich von diesem dadurch unterscheiden, daß er nicht nur als Konsument, sondern auch als Produzent an dem Erfolge des Gesamtunternehmens interessiert wird. Er müsse einen Anreiz an dem Erfolge haben. Unter bestimmten Umständen, welche von den Gewerkschaften festzusetzen sind, müßte die Gewinnbeteiligung des Arbeiters als Produzent eingeführt werden, um dessen Arbeitsfreudigkeit zu heben. Die sozialistischen Genossenschaften haben die Gewinnbeteiligung eingeführt und sind im Gegensatz zu den englischen, bei denen dies nicht der Fall ist, großartig vorwärts gekommen. In welcher Weise die Gewinnbeteiligung erfolgen soll, das müßte die praktische Erfahrung lehren. Bei den Lagerhaltern und Verkäuferinnen könnte sie etwa in der Form erfolgen, daß von einer bestimmten Höhe des gesamten Reingewinnes ein ein höherer Prozentsatz entsprechend prozentualer Lohnzuschlag gewährt wird. In seinen weiteren Ausführungen setzte der Redner auseinander, daß unter Umständen der Lohn nach individueller Leistung zu bemessen wäre.

In der hierauf folgenden Diskussion wandten sich die Redner im allgemeinen gegen die von Pcus gemachten Vorschläge. Es wurde u. a. darauf hingewiesen, daß nach diesem Problem eine besondere Klasse von Arbeitern, eine Arbeiter-Aristokratie geschaffen würde, die im Gegensatz zu der Masse des großen Proletariats stände, und weiter wurde angeführt, daß das Interesse der genossenschaftlichen Arbeiter für das Unternehmen schon dadurch nachgehalten wird, wenn zwischen Verwaltung und Angestellten ein gutes Verhältnis geschaffen und die noch vorhandenen Mängel, unter denen die Angestellten leiden, beseitigt werden.

Dem Bericht über die Lagerhalter-Bewegung, den hierauf der Vertrauensmann E. Tost erstattete, war zu entnehmen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im allgemeinen dieselben geblieben, und nur bei einigen Vereinen Verbesserungen erzielt worden sind. Die Angestellten hätten teilweise auf die Stellung von Forderungen verzichtet, trotzdem die Verhältnisse noch verbesserungsbedürftig sind, um nicht in Differenzen mit den Verwaltungen zu geraten. Gemäß den Beschlüssen der vorigen Konferenz wurde an die Verwaltungen ein Circular versandt, in dem dieselben zu einer Konferenz eingeladen worden sind. Die Konferenz hat auch stattgefunden und war deren Resultat, daß eine paritätische Kommission gewählt wurde, die einen Vertrag ausarbeiten sollte. Dieser Vertrag ist aber schließlich von den Verwaltungen nicht angenommen und den Lagerhaltern wieder unterbreitet worden, denn diese aber nicht zustimmen, namentlich deshalb, weil eine Lohnstaffel aufgestellt war, die zu einer Verschlechterung der derzeitigen Verhältnisse führen konnte. Der Redner giebt der Meinung Ausdruck, daß die Kreuznacher Kommission auch dazu führen würden, daß in den modernen Konsumvereinen in Zukunft ein befriedigendes Verhältnis zwischen den Verwaltungen und Angestellten Platz greift. Wünschenswert wäre es auch, daß bei den Beratungen der Verwaltung Lagerhalter hinzugezogen würden, wodurch Mängel beseitigt und die praktischen Erfahrungen mehr ausgenutzt würden. Der Redner macht sodann den Vorschlag, eine Agitationskommission zu wählen, die für die Organisation der Lagerhalter tätig ist, aber auch für die Sache der Konsumgenossenschaften Propaganda macht und bei eventl. vorkommenden Differenzen zwischen Verwaltungen und Angestellten einen Ausgleich anzubahnen hat. Dem Vorschlage wurde zugestimmt und in die Agitationskommission Schubert, Riech, Lieb-Berlin, Meiner-Brandenburg, Leopold-Cottbus und Käpfer-Ludowig gewählt.

Nach einer kurzen Diskussion über Vorkommnisse in einzelnen Konsumvereinen bezw. über das Vorgehen der Verwaltungen gegenüber den Lagerhaltern und nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde die Konferenz, in der 18 Vereine vertreten waren, geschlossen.

Sociales.

Das Wachstum der Vermögen.

Im Jahre 1902 hat in Preußen eine neue Veranlagung zur Ergänzung (Vermögens-) Steuer stattgefunden. Steuerpflichtig sind Vermögen von mehr als 6000 M. Während im Jahre 1896 die Gesamtzahl der Steuerpflichtigen 1 152 332 betrug, ergab die letzte Einschätzung 1 297 455 Personen. Das gesamte steuerpflichtige Vermögen stieg von 68,86 Milliarden Mark auf 75,66 Milliarden Mark. Das Vermögen ist wesentlich stärker gestiegen wie die Zahl der Steuerpflichtigen und daher betrug das Durchschnittsvermögen eines Steuerpflichtigen 55 416 M. im Jahre 1896 und 58 311 M. im Jahre 1902.

Wenn man dabei noch auf die vorerwähnte Veranlagung, die des Jahres 1899, zurückgreift, so zeigt sich außerdem, daß sowohl die Zahl der Steuerpflichtigen wie auch das Gesamtvermögen in der Periode 1899/1902 wesentlich rascher gewachsen ist wie in der Periode 1895/1899. Es stieg nämlich die Zahl der Steuerpflichtigen von 1 895 zu 1 899 um 18 813 und das Gesamtvermögen um 1,55 Milliarden jährlich, von 1899 zu 1902 aber um 23 301 und 1,87 Milliarden jährlich.

Die Vermögenskonzentration, die sich in der Zunahme des Durchschnittsvermögens ausdrückt, ist ganz unverkennbar; ist doch die Zahl der Steuerpflichtigen einschließlich ihrer Angehörigen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung von 1899 zu 1902 (für 1895 liegen keine Angaben vor) von 13,92 auf 13,81 zurückgegangen.

Die Gesamtsumme des preussischen Privatvermögens einschließlich des nichtsteuerpflichtigen wird auf mehr als 100 Milliarden geschätzt, so daß auf den Kopf der Bevölkerung ungefähr 3000 M. zu rechnen wären.

Bürgerliche Armenpflege in einer katholischen Stadt.

Der Streik der Armenpfleger in Arefeld, der kürzlich gemeldet wurde, lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Art, wie diese Stadt ihre Verpflichtungen gegen die mittellosen Einwohner erfüllt.

Den Armenpflegern sind Normal- und Maximalhöhe vorgezeichnet für die zu gewährenden Unterstützungen, die, weil schon vor vielen Jahren festgesetzt, außerordentlich niedrig sind. Für eine einzelne Person, wenn sie völlig erwerbsunfähig ist, beträgt der Normalatz 1,25 M. wöchentlich und 1 M. wöchentlich, für ein Ehepaar 2,50 Mark und 1,25 M. für Nieta, für ein Kind unter 14 Jahren 0,75 Mark. Die Maximalhöhe, die nicht überschritten werden dürfen, betragen für eine Person 0,75 M. und für ein Ehepaar 1,25 M. wöchentlich mehr. Der höchste Geh für ein völlig erwerbsunfähiges Ehepaar beträgt demnach einschließlich der Mietbeihilfe 5 M. wöchentlich, das ist für eine Person täglich 36 Pfennige, um damit Nahrung, Kleidung und Obdach zu bestreiten; normalerweise sogar nur 21/2 Pfennige.

Unter dem Zwange der Verhältnisse war man vor einigen Jahren dazu gekommen, den Armenpflegern in besonderen Fällen die Heber-schreitung des Maximums zu gestatten, und die Armenpfleger, die das Geld täglich mit ansehen müssen, haben wohl öfter von diesem Recht Gebrauch gemacht. Jetzt sind nun infolge der Streiks die Armen-saluten erheblich gestiegen und da auch aus andern Gründen die Steuern wachsen, sollte an den Unterstützungssätzen für die Hilflösen gepart werden. Die Stadtverordneten beschloßen vor einigen Wochen, daß die Maximalhöhe nur ganz ausnahmsweise nach erfolgter Kauprüfung durch einen Kontrolleur überschritten werden dürfen. In Verfolg dieses Beschlusses ist die Armen-deputation in allen Fällen, wo die Maximalhöhe überschritten waren, den Heberbetrag ab. Die Armenpfleger weigerten sich, mit solchen niedrigen Unterstützungssätzen weiter zu arbeiten und protestierten gegen den Befehl der Armendeputation. Da die Stadtverordneten sich jedoch auf die Seite der Armendeputation stellten, so legten eine ganze Anzahl der Armenpfleger ihr Amt nieder, worfür sie nun in die nach der Städte-Ordnung zulässigen Strafen — Wahrschöpfung oder Steuererschöpfung — genommen werden sollen. Sie wollen jedoch trotzdem das unabhörbare Amt nicht weiter ausüben.

Die Stadt streift ist gut katholisch und in der katholischen Religion sind die guten Werte im Gegensatz zur Klaffenreligion des Bürgertums, der protestantischen, noch immer das wichtigste Mittel zur Erlangung der ewigen Seligkeit. Der Vorgang in der Streik der Armenpflege beweist, daß religiöse Glaubenssätze die Klaffenmoral nicht hindern, sich durchzusetzen. Ob protestantisch oder katholisch, ob der Glaube allein selig macht oder ob auch die guten Werte dazu gehören; der Geldbeutel ist die ewige Seligkeit des Bürgertums.

Für und gegen das norwegische Bädergesetz.

Die „Landesvereingung der Bädermeister“ in Norwegen hatte vor einiger Zeit einen Beschluß auf Abänderung des Gesetzes über die Arbeitszeit in Bädereien gemacht, der gegen das Verbot der Nachtarbeit gerichtet war. Zur Begründung wurde angeführt, daß laufende Publikum sei unzufrieden mit der gegenwärtigen Ordnung, weil es unmöglich sei, zu rechter Zeit frisches Brot zu erhalten. Um diesen Angriff der Meister auf das für die Gefellen sehr günstig wirkende Gesetz zu nicht zu machen, veranstaltete der norwegische Bäderverband eine Umfrage bei sämtlichen Gewerkschaften und Arbeitervereinen des Landes. Darauf kamen 250 Antworten in Form von Resolutionen ein, die von insgesamt 18 535 Personen angenommen waren. Sämtliche Antworten gingen darauf hinaus, daß bei dem gegenwärtigen Bädergesetz die Ansprüche des Publikums vollständig befriedigt werden könnten. Auf Grund dieses Materials hat nun eine Deputation des norwegischen Bäderverbandes dem Storting ein Gesuch überreicht, worin Punkt für Punkt nachgewiesen wird, wie unbegründet das Verlangen der Meisterorganisation ist. Auch wird darauf hingewiesen, daß im Herbst vorigen Jahres eine Bädermeister-Versammlung in Oslo gegen den Vorschlag der Meisterorganisation protestiert und erklärt hat, daß durch dessen Annahme die ungesunde Konkurrenz gesteigert würde.

Vorkommnisse in Christiania. Um die durch die außerordentlich große Arbeitslosigkeit entstandene Not zu lindern, hat man in Christiania in den Stadtteilen, wo die Arbeitslosigkeit und Armut sich am härtesten geltend machen, sogenannte „Vorkommnisse“ angelegt. Dort wird unregelmäßig von 6—9 Uhr abends Haberbrei mit Milch verabreicht. Bis jetzt sind täglich 120 Kilogramm Habergrütze und 500 Liter Milch verbraucht worden. Ungefähr 1200 Personen sind dort täglich gesättigt worden.

Anfolge von großem Arbeitsmangel, der nach einer Erklärung des Stadtrats Jachstein noch nie so groß gewesen ist, wie in diesem Jahre, mußte die Potsdamer Stadtverordneten-Versammlung den Armenetat für das laufende Jahr um 6000 M. verstärken.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Heute, Dienstagabend, bei Dbst, Reisingerstr. 8: Generaterversammlung des Wahlvereins.

Wilmersdorf. Am Sonntagabend 6 Uhr findet im Volksgarten, Berlinerstr. 40, eine Solierversammlung statt, in der Genosse Ströbel einen Vortrag „Das Kampffahr 1903“ halten wird. Nach dem Vortrag folgt gemüthliches Beisammensein.

Rehendorf. Heute, Dienstagabend 8 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Vorträge. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Mariendorf-Tempelhof-Mariensfelde. Folgende Parteigenossen haben sich bereit erklärt, für solche Personen, denen es an Zeit mangelt, die auf den Gemeindevorstand anstehende Wählerliste einzusehen: Martin Müller, Tempelhof, Berlinerstr. 33, für Tempelhof; Fern. Lehmann II, Mariendorf, Bergstr. 19, für Mariendorf; Fritz Greulich, Mariensfelde, für Mariensfelde.

Lokales.

Die Schulartzfrage

soll nun für die Berliner Gemeindegemeinde endlich „erledigt“ werden. Nachdem im Sommer 1900 versuchsweise 10 Aerzte für 20 Schulen (seit Sommer 1902 12 Aerzte für 24 Schulen) angestellt worden waren, hat der Magistrat gemäß einer damals getroffenen Vereinbarung der Stadtverordneten-Versammlung jetzt den Bericht über die ersten beiden Jahre der Tätigkeit dieser Aerzte zugehen lassen. Gleichzeitig ist der Versammlung — als praktisches Ergebnis der zweijährigen und, wie der Bericht ergibt, recht erfolgreich ausgefallenen Versuche — der Plan einer Versorgung aller Gemeindegemeinden Berlins mit Schulärzten sowie der Entwurf einer entsprechend geänderten Dienstausweisung für die Schulärzte vorgelegt worden. In ihrer nächsten Sitzung werden die Stadtverordneten zu den Vorschlägen des Magistrats Stellung zu nehmen haben.

Mit zur Verhandlung kommen muß der die Schulartzfrage betreffende sozialdemokratische Antrag, dessen Beratung vor zwei Monaten vertagt wurde, weil die Versammlung erst die vom Magistratsvertreter in Aussicht gestellte Vorlage abwarten wollte. Die rathsausschüssige Nachricht, die damals durch die Presse ging, ließ nun voraus erkennen, daß der Magistrat sich die Versorgung aller Gemeindegemeinden mit Schulärzten wesentlich anders dachte als die Antragsteller. Jetzt wird durch die Vorlage bestätigt, was damals angedeutet wurde. Die Antragsteller fordern für jede Schule einen besonderen Arzt — der Magistrat will für alle (jetzt rund 200) Schulen zusammen 30 Aerzte anstellen. Bisher hatte jeder der versuchsweise angestellten Aerzte zwei Schulen und bekam 1000 M., also pro Schule 500 M. Künftig würde, nach dem Vorschlage des Magistrats,

jeder Arzt etwa neun Schulen haben und 2000 M., also pro Schule etwas über 200 M. bekommen.

Wie man sieht, wird die Sache dadurch billiger; wir fürchten aber, daß man dann das bekannte Wort „Billig und — schlecht“ bald auch auf die Tätigkeit der Schulärzte wird anwenden können. Wenn jeder Schularzt, so argumentiert der Magistrat, neun Schulen aufgespaßt kriegt und dafür gleich 2000 M. einfaßen darf, dann wird er seine Tätigkeit nicht als etwas Verkaufliches anzusehen brauchen. Am Ende erwartet man gar, daß der Glückliche fortan auf jegliche Privatpraxis verzichtet! Will er sich seinen schularztlichen Pflichten so widmen, wie es im Interesse der Schule zu wünschen ist, dann kann ihm bei neun Schulen allerdings kaum noch Zeit zu anderer Tätigkeit bleiben.

Seit jenen Tagen, in denen unsre Genossen in der Stadtverordneten-Versammlung von Berlin zum erstenmal die Forderung der Einführung von Schulärzten aufstellten, ist ja manches besser geworden in der Berliner Kommunalverwaltung. Auch über die Schulartzfrage hat man in den Kreisen des Magistrats und der freisinnigen Stadtverordneten-Mehrheit verständiger denken gelernt. Aber so weit sind wir allerdings doch noch nicht, daß man sich im roten Hanse an der Königstraße einmal zu einer ganz neuen Maßregel aufraffen könnte.

Skaven im Grad und in der Schürze

Die befrachteten Skaven des Gastwirtsgewerbes sind durch die letzte That der kaiserlich deutschen Sozialreform, die die national-socialen „Zeit“ bespottend eine Koritur des Kellnerschages nannte, und die von den Wäitern fast aller Parteien für ungenügend erklärt wurde, zu gesetzlich geschützten Personen geworden. Ihre Arbeitszeit darf in der Regel 10 Stunden den Tag nicht übersteigen; anders die unteren Kategorien der im Gastwirtsgeerbe Tätigen. Das gesamte Hilfspersonal, wie Hausdiener, Mädchen, Zimmermädchen usw. ist von den „Ergänzungen“ der Bundesrats-Verordnung ausgeschlossen; deren Arbeitszeit kann bis zur völligen Erschöpfung ausgedehnt werden, und es giebt in der That Hotelhausdiener, welche oft mehrere Tage nicht aus ihren Kleidern kommen, da sie des Nachts vielfach als Nachtportier fungieren müssen. Um nun das Gesetz ungehindert zu können, haben die Gastwirte vielfach den geschützten Kategorien andere Namen zu geben; so werden die Oberkellner zu Direktoren und Geschäftsführern gemacht, sie verwandeln sich damit nach Auffassung der Oerren Hoteliers in Kaufleute. Die unteren Chargen drückt man weiter hinauf und macht sie zu Hausdienern, wodurch sie ebenfalls aus der Reihe der geschützten Personen ausschneiden. In den letzten Wochen haben nun vor den Berliner Schöffengerichten eine Anzahl Verhandlungen stattgefunden, in welchen es sich um Anklagen gegen Gastwirte handelte. Die Angeklagten hatten ihren Hausdienern nicht die in der Bundesrats-Verordnung vorgesehene Ruhepause gewährt. In dem einen Falle führte nach den Gerichtsberichten der bürgerliche Wäiter der Verteidiger aus, daß bei den sogenannten kleinen Schauf-wirten regelmäßig nur ein Hausdiener beschäftigt sei, der in der Hauptsache nur Hausdienerarbeiten, wie Reinigung der Lokalitäten, der Teller, Messer und Gabeln, das Bierabziehen usw. verrichte. In der „freien Zeit“ helfe er gewöhnlich seinem Dienstherrn bei Bedienung der Gäste. Das Schöffengericht erkannte dem Antrage des Verteidigers gemäß auf Freisprechung. Die Hausdiener seien in der Verordnung nicht unter denjenigen Personen aufgeführt, für die sie Geltung haben solle.

Dies Urteil ist geeignet, die größte Verwirrung herbeizuführen. Nicht der Name oder der Titel des Angestellten, sondern nur die Art seiner Beschäftigung kann für die Frage entscheidend sein, ob er unter die Verordnung fällt oder nicht. Nach dem Geiste der Verordnung sollen aber alle Personen, die bei der Bedienung der Gäste mit thätig sind, der Vorteile der Verordnung teilhaftig werden.

Auf das Recht oder Weniger kann es dabei nicht ankommen; so harmlos wie der Verteidiger es hinzustellen beitrte vor, liegen die Dinge meist nicht. Die Hausdiener der kleinen Wirt und Gaubesitzer müssen häufig den ganzen Tag die säuberliche und schmutzige Haus-haltung oder die Kellnerjoppe geistert und sind oft bis spät in der Nacht den Grad oder der Kellnerjoppe geistert und oft bis spät in der Nacht hinein bei der Bedienung der Gäste beschäftigt; sie sind also Kellner und gehören unter die Verordnung. Das angezogene Urteil erscheint uns deswegen als ein Mißgriff und ist geeignet, den äußerst minimalen Kellnerschutz völlig zu durchlöchern.

In übrigen bildet das Urteil wieder einen Beweis für die unbedingte Notwendigkeit, das gesamte gastwirtschaftliche Personal zu schützen.

Die Polizei und der Samariter. Einen polizeilichen Mißgriff allerersten Ranges hat die Zeitung des Revierbureaus in der Teltowerstraße sich geleistet. Wir berichten in der Sonntag-Nummer über das in der Belle-Alliancestraße verübte Verbrechen. Unter den Strafpassanten, die in der Nacht zum Samstag auf das Hilfsgefäße der Confiliterenverläuferin Klara Kramp im Hause Belle-Alliancestraße 9 dem Thatorl zufliehen, befand sich auch der 24 Jahre alte Kaufmann Kurt Schönwetter, der im Hause Groß-beerenstraße 54 bei seiner Mutter wohnt und sich bei dem Baumaterialien-Händler J. H. Schäffer am Halleschen Ufer in angesehener Stellung befindet. Herr Schönwetter suchte zunächst die günstigste Verläuferin zu beruhigen und betrat gemeinsam mit einem Nachwächter, der jungen Dame und dem ebenfalls in dem Hause wohnhaften Restaurateur Göde den Hausflur, wo sie den verwundeten Herrn Jeschin blutend vorfanden. Nachdem der Verletzte nach der Rettungswache gebracht worden war, nahmen die Herren Göde und Schönwetter sich des geängstigten Mädchens an durchsuchten die Wohnung nach dem zweiten Verbrecher, der wie bekannt, nicht aufgefunden werden konnte. Nunmehr ging man gemeinsam in das Lokal des Herrn Göde, wo sich allmählich einige Schupsteine einsanden. Einer der Anwesenden machte einen Beamten darauf aufmerksam, daß Herr Schönwetter an der Mantelkette einen Glutted habe, der wahrscheinlich von der Verührung mit dem durch Glas splitter verletzten Mädchen herrührte. Dem Schupmann mochte nun der Gedanke kommen, daß Schönwetter der zweite noch nicht aufgefunden Verbrecher sei; er ging an den Samariter heran und forderte ihn auf, sich zu legitimieren. Schönwetter ging mit dem Beamten in einen Nebenraum, zeigte seinen Mißtatpaf vor und hielt damit den Fall für erledigt. Anders der Schupmann, der nunmehr an den Kaufmann die Aufforderung richtete, ihm zur Wache zu folgen. Etwas verwundert folgte Schönwetter dem Beamten und schließlich fiel ihm ein, die Sache humorvoll aufzufassen; er soll nach den Aussagen der Schupsteine gesagt haben, sie müßten nach den Anstrengungen und Aufregungen ein Glas Bier trinken und ihnen dann einen Haler angeboten haben. Schönwetter bestreitet aber entschieden, den Beamten Geld gegeben zu haben. Genau, er wurde nach der Polizeiwache in der Teltowerstraße gebracht und dort von nachts 1/3 Uhr bis zum nächsten Mittag 12 1/2 Uhr festgehalten. Er wies darauf hin, daß man sich doch auf der Wache seines Reviers nach seinen Personalien erkundigt habe, er hat, an die Mutter und ans Geschäft einen Rohrpostbrief schreiben zu dürfen — nichts von alledem wurde ihm gestattet. Ja auf Veranlassung des Vorstehers vom Revier wurde Schönwetter sogar auf eine Zeit in eine Zelle gesperrt. Endlich am Mittag wurde der Verhaftete hinausgeführt, allerdings nicht in die Freiheit, wie er hoffte, sondern in den grünen Hagen. Schönwetter protestierte mit aller Energie gegen die Zumutung, zwischen Verbrechern Platz zu nehmen, er verlangte, auf seine Kosten in einer Droßkne befördert zu werden, doch der Beamte hatte nur die Antwort, daß von einer Beförderung in einer Droßkne keine Rede sein könne. In Gesellschaft von allershand Gefinde wurde Schönwetter nun zunächst vor die Wache in der Reichenburgerstraße gefahren, wo andere Verhaftete ihm zugesellt wurden und dann nach der Wache in der Linden-

straße, wo der Wagen ebenfalls noch Passagiere lieblichsten Kalibers erhielt. Endlich kam man auf dem Polizeipräsidium an wo Schönwetter in Gesellschaft von Verbrechen weiter der Dinge harren mußte. Nach einer Weile erfolgte die Vernehmung durch einen Kommissar, und nun erst ging der Polizei allmählich ein Licht auf. Nachmittags halb drei Uhr erfolgte unter einigen Entschuldigungen und unter den Beleidigungen, sich die Unannehmlichkeit nicht allzu sehr zu Herzen zu nehmen, die Entlassung. Schönwetter will versuchen, zunächst auf dem Wege der Beschwerde zu seinem Recht zu kommen. Nach allem, was bisher von der Berliner Polizei bekannt geworden, kann man sich auch über diesen Mißgriff allerdings kaum noch wundern. Woher soll aber nach solchen Erfahrungen jemand den Mut nehmen, bei einem Ereignis wie dem in der Belle-Alliancestraße, sich als Samariter zu betätigen?

Der Arbeiter-Sängerbund hat jetzt für jeden Stadtteil Obmänner ernannt, welche in der Lage sind, jederzeit Sänger nachzuweisen. Damit ist einem längst gefühlten Bedürfnis genügt worden. Es tritt nicht mehr der Fall ein, daß man beim Bedarf von Sängern von einer Stelle zur andern geschickt wird und zum Schluss dann noch insofern wenig Ursache zur Befriedigung hat, als infolge des Ausfalles von Proben und der Zusammenziehung mehrerer Liedertafeln die Gesangsvorträge nicht immer zu den mustergültigen gehören. Der Arbeiter-Sängerbund muß allerdings die Forderung erheben, daß die Bestellung von Sängern rechtzeitig erfolgt. Schließlich wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß gemäß dem Bundesbeschluss die Sänger bei der Matinee unentgeltlich singen und auch ihr Billet bezahlen; bei andern Parteeifesten ist jedem Sänger freier Eintritt zu gewähren.

Als Obleute, an die man sich ausschließlich wenden sollte, sind bestellt: Centrum: Adolf Häbner, Wilhelmstr. 134. — Südwesten: Berger, Bismarckstr. 66. Vertreter: D. Jwanzig, Josenstraße 55. — Süden: Fr. Kortum, Laufzigerstr. 33, III. Vertreter: Zeis, Prinzessinnenstr. 10, IV. — Südosten: D. Naide, Mariannenplatz 5. Vertreter: H. Thate, Raunynstr. 20. — Osten: Napper, Petersburgerstr. 56. Vertreter: Dietrich, Jomdorferstr. 51, Quergeb. III. — Nordosten: Meier, Marienburgerstr. 31a. Vertreter: Knappert, Dunderstr. 6. — Norden: Schönhauser Vorstadt: Riese, Eichenborststr. 9. — Oranienburger und Rosenhaler Vorstadt mit Gesundbrunnen und Wedding: Marzeller, Putzenerstr. 34, II. Vertreter: Reumann, Kolbergerstr. 21/22. — Moabit: Simberg, Stromstraße 27, I.

Der verbotene Paul Heyse. Das Lessingtheater wollte das Drama Heyses „Maria von Magdala“ aufführen. Die Aufführung wurde jedoch vom Polizeipräsidenten verboten, weil sie geeignet wäre, das religiöse Empfinden der christlichen Bevölkerung zu verletzen. Auf die Klagen des Dichters und des Direktors Neumann-Hofer hob jedoch der Bezirksausschuss das Verbot auf. In dem Urteil erblickte der Bezirksausschuss eine Verherrlichung der dem christlichen Bewusstsein besonders wertvollen Passionsgeschichte, die in etwas anderer Form dem modernen Menschen nahegebracht werde. Daß aber in der Form der Dichtung auch nur an irgend einer Stelle eine verlegende, höhnische oder parodistische Wendung enthalten sei, habe der Besagte selbst nicht behauptet. Der dritte Senat des Ober-Verwaltungsgerichts unter dem Vorsitz des Herrn von Strauß und Lornay hob die Vorentscheidung wieder auf und erklärte das Verbot für gerechtfertigt. Der Ministerialerlass betreffend die Städte, deren Stoffe aus der Bibel entnommen seien, wäre nicht maßgebend für den Senat; er diene nur den Behörden zur Information, enthalte keine gesetzbundene Bestimmung. Für den Verwaltungsrichter lämen nur §§ 10 und 17 des Allgemeinen Landrechts in Betracht, wonach die Polizei die nötigen Anstalten zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu treffen habe. Nun sei hier davon auszugehen, daß in einem christlichen Staate die religiösen Gefühle des Volkes ein Gut seien, das als Teil der öffentlichen Ordnung geschützt werden müsse. Die Polizei sei berufen und verpflichtet, Angriffe darauf abzuwehren. Es sei aber auch anzunehmen, daß „Maria von Magdala“ ein Angriff auf dieses zu schützende Gut sei. Das nähere darüber werde im christlichen Erkenntnis ausgeführt werden.

Drollig ist der Gegensatz in der Auffassung des Bezirksausschusses und der des Ober-Verwaltungsgerichts. Dieses nennt einen „Angriff“, was jener eine „Verherrlichung“ nannte!

Eine kommunale Wohnungsnot vor hundert Jahren. Gegen das heute so beliebte Schlagwort: „Es giebt keine Wohnungsnot!“, hätten die Väter der Stadt vor beinahe hundert Jahren energig die Front gemacht. Damals war es keine Kleinigkeit für die Stadtverordneten, passende Räume für ihre Sitzungen zu finden und sie mußten von Kontius zu Silatus ziehen. Das ging so zu: Als Friedrich Wilhelm III. notgedrungen die preussische Städte-Ordnung verließen hatte, traten die Berliner Stadtverordneten zuerst im Palais des Pringen Heinrich, der jetzigen Univerität, zusammen. Bald aber mußten sie hier den Staub von ihren Füßen schütteln und, da in den Rathhäusern kein Platz war, auf die Wohnungsjude gehen. Aber ein Saal für 102 Personen war 1809 noch nicht auszureichen. Zudem fehlte das Geld, um die Bänke für die Väter der Stadt anzuschaffen, auf denen diese das Wohl ihrer Kinder beraten sollten. Man dachte daher jedesmal die Bänke aus dem Opernhaus! Endlich fand man in der Kurtrasse Nr. 50 eine etliche Etage von sieben Stuben, für die man halbjährlich 125 Thaler Miete zahlen mußte. Das war aber für damalige Verhältnisse eine schwere Menge Geld, und um zu sparen, trat man einen Teil der Wohnung gegen Entschädigung an die Bürgergarde ab. Mit Mühe und Not wurde das Geld für die Bänke aufgebracht, da die Oper ihr Inventar nicht mehr herleihen wollte. Nach einem halben Jahr wurden aber die Berliner Stadtverordneten schon wieder an die Luft gesetzt, und nach langem Suchen kamen sie in der Niederlagstraße Nr. 1 für 600 Thaler jährlich unter. Das Betzergeschäft über diesen Preis und zwölf Thaler Schornsteinfegergeld extra war unerschlich — es war nicht zu erschwingen, zumal auch die Tischlerrechnung für die Bänke noch nicht beglichen war. Da half wieder die Bürgergarde aus der Not und übernahm einen Teil des Lokals. Der Besitzer des Hauses fand aber an den vielen Menschen ebenso wenig Gefallen, wie die heutigen Hausbesitzer an Kindern: die Stadtverordneten wurden schon nach zwei Jahren wieder an die Luft gesetzt. Sie fanden nun in der Börse für 300 Thaler Miete und sechs Thaler Schornsteinfegergeld ein kümmerliches Unterkommen, bis endlich eines der Rathhäuser sie aufnahm. Wenn vor hundert Jahren es so den Vätern der Stadt gegangen ist, warum sollen da heute die Kinder klagen, wenn sie ruhelos wie der ewige Jude von Stadtteil zu Stadtteil wandern?

Dr. Langerhans soll der „Verl. Ztg.“ zufolge die Absicht haben, seines hohen Alters wegen nicht wieder für den Reichstag zu kandidieren. Wie berichtet wird, hat der Stadtälteste und Stadtverordnete Kämpf, Präsident der Kellisten der Kaufmannschaft, die Absicht, sich um das Mandat zu bewerben. Herr Kämpf gilt auch als Stadtverordneten-Vorsteher der Zukunft.

Der im Duell umgebrachte Dr. Aue aus Hensburg ist gestern auf dem Militärfriedhof in der Hofenhaide beerdigt worden. Ueber die Motive, die zu dem Zweikampf führten, meldet das „Verl. Ztbl.“: Am persönlichen Verkehre war Aue ein lebenswürdiger und sozialer Mann, voller Lebenslust. Da er ausgesprochen schön war, war er auch ein Liebling der Frauen und hatte zahlreiche Liebesverhältnisse, trotzdem er in glücklicher Ehe verheiratet war. Aber es kam niemals mit seiner sehr reichen, vom Lande stammenden Gattin zum Bruch, da er sie immer wieder durch seine Liebenswürdigkeit zu beschwichtigen und zu fesseln wußte, wenn die delikaten Affären des Gatten zu ihren Ohren kamen. Die Schwäche Dr. Aues den Frauen gegenüber hat aber schließlich zu seinem Verderben, zum Duell im Grunewald und zum Tode geführt. Bei dem in Hensburg in Garzision lebenden Kriegsgerichtsrat Grünwald war im letzten Sommer die Schwester der Frau, ein Fräulein v. Oranewitz zum Besuch. Aue lernte die junge

Dame kennen und lieben. Die Folgen dieses Liebesverhältnisses sind aber nicht ausgeblieben. Der Bruder der Dame, Oberleutnant der Schutztruppe Werner v. Oranewitz ist nun für die Ehre seiner Schwester eingetreten und hat Aue zum Zweikampf auf Pistolen gezwungen. Aue hatte sich im Hinblick auf seine Frau und Kinder lange geweigert, das Duell anzunehmen und auszufechten. Er wurde aber gezwungen und mußte nun seine Schuld mit dem Tode büßen. — Nach diesem verdient der Umgebrachte ja wenig Entschuldigung. Aber man muß bedenken, daß es staats- und religionserhaltende Christen sind, die über die Schwäche eines ihrer Brüder zu Gericht sitzen. Eine reizende christliche Ordnung, die zwei Menschen vor die Pistole treibt! treibt!

Unfallstationen und Rettungswachen. Die Berliner Mitglieder des Centralcomitees für das Rettungswesen haben in einer dieser Tage abgehaltenen Zusammenkunft folgende Resolution angenommen: Die Berliner Mitglieder des Centralcomitees für das Rettungswesen in Preußen halten die Verschmelzung der drei am Rettungswesen beteiligten Berliner Institutionen, Sanitätswachen, Unfallstationen und Rettungsgesellschaft für unbedingt notwendig und im allgemeinen Interesse geboten. Sie wählen zu weiterer Verhandlung mit den drei beteiligten Körperschaften eine Kommission bestehend aus den Herren: Czeglény v. Bergmann, Geh. Med.-Rat Dr. Dietrich, Stadtrat Dr. Münsterberg, Stadtrat Sanitätsrat Dr. Straßmann, Stadtrat Dr. Waldschmidt.

Auf der Eisbahn der Ober-Spree sammelten sich gestern trotz des scharfen Ostwindes, der die Fahrt von Grünau nach Schmöckwitz sehr mühsam, den Rücklauf natürlich um so angenehmer gestaltete, zahlreiche Sportfreunde. In der Nacht von Grünau und dann wieder oben im Langen See, ganz besonders aber im Zentener See ist das Ideal der glatten Eisfläche gegeben. Doch drängt sich bei der Gelegenheit eine andere Frage auf: Wenn der Fiskus die Eisbahn verpachtet und sich dafür schweres Geld bezahlen läßt, ist er dann nicht auch verpflichtet, dafür zu sorgen, daß jede Gefahr für Leben der Schlittschuhläufer ausgeschlossen ist? Die Dampfer-Gesellschaften suchen natürlich durch Eisbrecher den Flußlauf offen zu halten. Da ist es denn am Sonntag zum Beispiel bei dem Sportdenkmal bei Grünau passiert, daß sich nachmittags auf der abgenommenen Eisbahn ein halb meterbreiter Spalt bildete. Der Eisbrecher stellte abends bei Dunkelheit einen Mann mit einer Laterne an die gefährliche Stelle hin — wie ist es aber, wenn ein Schlittschuhläufer spät nachts zurückkehrt — im Vertrauen darauf, daß er vormittags die Strecke befahren, nichts Gefährliches bemerkt, außerdem in Sicherheit, weil der Fiskus nicht bloß die Bahn freigegeben, sondern auch noch Geld dafür sich bezahlen lassen? Sollte man nicht meinen, der Fiskus übernehme damit auch ein Stück Verantwortung, wenigstens soweit, daß, wenn er die Bahn freigibt, er auch dafür zu sorgen hat, daß durch die Eisbrecher der Dampfergesellschaften nicht die Sicherheit der verpachteten Eisbahn gefährdet wird?

Die Leiche der Martha Kersten, die in der vergangenen Woche beim Restaurant „Waldlater“ in der Jungfernhöhe erschossen aufgefunden wurde, ist am Montagnachmittag um 1 Uhr in der Halle des Tegeler Friedhofes durch den Kreisphysikus Dr. Schulze in Gegenwart einer Gerichtskommission geöffnet worden. Die Leiche wies, wie wir mitteilen, zwei Schußwunden auf, eine in der linken Schläfe und eine über dem rechten Auge. Anfangs glaubte man, daß beide von einer einzigen Kugel herrührten, die an der Schläfe in den Kopf eingedrungen und an der Stirn wieder herausgetreten wäre. Die Leichenöffnung zeigte jedoch, daß die Wunden von zwei verschiedenen Schüssen herrühren. Es ist das für die Frage, ob ein Selbstmord oder Tötung mit Einverständnis über ein Bord vorliegt, nicht ohne Bedeutung. Der Kaufmann Koeder behauptet immer noch, daß er mit zwei Schüssen im Kopf einige Tage bewußtlos im Walde gelegen habe. Es wird jedoch angenommen, daß Koeder sich die Verletzungen erst später in seiner Wohnung beigebracht hat.

Frau Dr. Birchow hat dem Märkischen Provinzialmuseum die große silberne Ehrensäule mit allegorischer Darstellung zum Geschenk überwiesen, welche ihrem Gemahl zu dessen 70. Geburtstag von der freimüthigen Partei gewidmet worden war. Auch die Erben des Bauers und Stadthaltes Cantian haben das Museum bedacht, indem sie diesem einige wertvolle ortsgeschichtliche Gemälde überwiesen, welche sich zum Teil auf die Herstellung der großen Granitkathedrale im Lustgarten beziehen. Endlich erhielt das Museum noch interessante Manuskripte des Schlossbaumeisters Professor Martin Friedr. Mabe, welche sich bisher im Besitze der königlichen Akademie der Wissenschaften befanden.

Der Eisbrecher, der in der Nacht zum Sonnabend in das Russischengäßchen von Jochim, Vellekaalstraße 9, eingedrungen ist und Herrn Jochim mit vier Revolverkugeln verwundet hat, ist nicht, wie er angab, der Tapezierer Paul Schröder, sondern der 23 Jahre alte Tapezierer Franz Kimmicholz. Obwohl er noch nicht bestraft ist, scheint er doch schon manches auf dem Sterbholz zu haben, denn man fand bei ihm außer einem Revolver ausgezeichnet gearbeitetes Eisbrechewerkzeug, dem kaum ein Schloß widerstehen könnte und das er selbst angefertigt haben will.

Opfer der Arbeit. Von einem entsetzlichen Unglücksfall im Betriebe der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft, Voltastraße, erhalten wir nachträglich Kenntnis. Als der Bohrer W. Krüger nachts beim Bingen seiner Maschine beschäftigt war und dabei ein Geländer ersteigen mußte, glitt er aus und setzte im Fallen mit dem rechten Fuß eine Einstaltvorrichtung der Maschine in Bewegung. Dadurch geriet Krüger mit der rechten Hand zwischen zwei am oberen Ende der Maschine laufende Zahnräder, die keinerlei Schutzhülse trugen. Vier Finger wurden dem Unglücklichen buchstäblich zermalmt. Nachdem ihm ein Rotverband angelegt war, wurde er ins Lazarus-Krankenhaus gebracht. Krüger ist verheiratet und Vater von fünf Kindern; er war erst fünf Wochen im Betriebe der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft beschäftigt. Hoffentlich thut der Gewerbeinspektor in diesem Falle seine Pflicht.

Das Haus Wilhelmstraße 106 muß auf baupolizeiliche Anordnung von den Bewohnern geräumt werden. Die Mieter des Vorderhauses sind bereits sämtlich gezogen, während die Wohnungen des Seitenslügel von ihren Mietern am 1. April d. J. verlassen werden müssen. Im Juni d. J. war im Vorderhause im zweiten Stockwerk eine Decke eingestürzt, wobei zwei Kinder nur mit genauer Not dem Tode entgangen waren. Dieser Unfall hatte Veranlassung zu einer gründlichen Untersuchung des über 150 Jahre alten Gebäudes gegeben. Dabei stellte sich heraus, daß das Gebäude im hohen Grade baufällig ist und von Menschen an die Dauer nicht mehr bewohnt werden kann. Das Haus wird infolge dessen am 1. April abgebrochen werden.

Ein neuer großer Verkehrsplan von Berlin ist jetzt im Verlag von A. Mendel, Oranienstr. 176 erschienen. Von allen Berliner Plänen ist dieser wohl der ausgebeutete. Er umfaßt 543 Quadratkilometer und erstreckt sich im Norden bis Daldorf und Rosenhagen, im Süden bis Zehlendorf, im Osten bis Hakenberg und Nieder-Schöneweide und im Westen bis zu dem hinter Spandau gelegenen Dorfe Staaken. Der ganze Grunewald befindet sich auf der Karte sowie ein stattlicher Teil der Spandauer Stadtviertel. Gibt es Berlin selbst auch größere Stellen, so ist der Mendel'sche Plan vor allem, soweit die Bororte in Betracht kommen, ein Muster von Vielseitigkeit und Uebersichtlichkeit. Durch geschickte Anwendung von neuen Farben ist es gelungen, das Gebiet der einzelnen Orte genau zu bezeichnen. Der Preis beträgt drei Mark.

In der Ohren-, Nasen- und Hals-Klinik Karlsruherstr. 32 vorn 1 Treppe links, finden die unentgeltlichen Sprechstunden für unbenutzte Ohren-, Nasen- und Halsleidende nicht mehr wie bisher täglich von 9—11, sondern von 10—12 Uhr vormittags statt.

Aus den Nachbarorten.

Eine Entschädigungsklage von über 100 000 M. haben vier Fischer aus dem Dorfe Leest bei Potsdam gegen den Fiskus und gegen den Kreis Jand-Velzig angehängt, weil sie sich durch den Bau

einer Brücke über die Wubitz nach der Habelinsel Köpfitz in ihrem Erwerb geschädigt fühlen. Die Wubitz wurde bei diesem Brückenbau mit einem Lamm durchquert, der bei 150 Meter Länge nur einen Durchlauf von 4 1/2 Meter hat. Dadurch wurden die mit und gegen den Strom schwimmenden Fische, namentlich die Aale, von dem Gebiet der Keeser Fischer ferngehalten.

Wegen Brandstiftung verhaftet wurde gestern mittag der 29 Jahre alte Arbeiter Rahnenführer in Tegeler, Berlinerstraße 1, mothaft. In der Nacht zum Sonntag gegen 12 Uhr brach plötzlich auf den der Rahnenführer'schen Dachwohnung benachbarten Bodenräumen Feuer aus, das schnell große Ausdehnung gewonnen hatte und den Dachstuhl in seiner ganzen Ausdehnung ergriß. Nur dem Umstand, daß der Fahrer Planke, der mit seinem Straßenbahnwagen um diese Zeit in Tegeler eintraf, sofort den Feueralarm veranlaßte, ist es zu danken, daß die freiwillige Feuerwehr in großer Stärke schnell zur Stelle war und den Brand löschte. Die hart an dem brennenden Bodenraum schlafenden Kinder des Hauseigentümers, der selbst mit seiner Frau auf einer Festlichkeit weilte, wie dessen Dienstmädchen waren bereits aufs höchste gefährdet und retteten sich nur notdürftig beiläufig. Der Angriff der Feuerwehr geschah von allen Seiten zugleich, so daß das Feuer keinen zu großen Schaden anrichtete. Die Wehr rückte ab und ließ eine Brandwache zurück. Plötzlich schlugen aus einem zur Aischen Wohnung gehörigen Raum die hellen Flammen wieder heraus. Ohne daß sich die übrige Wehr, die sich noch im gegenüberliegenden Lokale aufhielt, nötig wurde, löschte die Brandwache auch dieses Feuer. Am Morgen besichtigte der Eigentümer, der selbst selbstverletztender Oberführer der Feuerwehr ist, den Brandbrand und fand so bedeutende Anzeichen, daß bei der behördlichen Revision die Verhaftung des Ehepartners Rahnenführer erfolgte. Die Frau wurde jedoch wieder entlassen.

Dachstuhlbrand. Im Hause Luitpoldstr. 20 zu Schöneberg entstand gestern abend ein umfangreicher Dachstuhlbrand. Die Feuerwehr hatte 1 1/2 Stunden zu thun, bis der Brand gelöscht war.

Aus Rixdorf. Am Sonntagabend stürzte sich die berechtigte Auguste Reymann aus ihrer in der zweiten Etage des Hauses Richardstraße 22 belegenen Wohnung auf den Bürgersteig hinab und blieb sofort tot. Schwermut soll das Motiv des Selbstmordes der 65 Jahre alten Frau gewesen sein. — Lebensgefährliche Verletzungen erlitt der 55 Jahre alte Kutscher Eduard Schmidt aus der Schönleinsstraße 8 dadurch, daß in der Juliusstraße hierseits seine Pferde durchgingen, wobei er, unter den Wagen geriet und überfahren wurde. In hoffnungslosem Zustande ward der Bedauernswerte dem Krankenhaus am Urban zugeführt.

In Trebbin hat der Drechslerlehrling Buse, der bei dem dortigen Drechslermeister Gräbe in der Lehre war, auf entsetzliche Weise Selbstmord verübt. Der junge Mann warf sich auf dem Bahnhof vor den daherbrausenden Schnellzug; er wurde furchtbar zugerichtet ins Krankenhaus gebracht, wo er nach kurzer Zeit starb.

Gerichts-Zeitung.

Kautionschwindeln ergattert Art wurden den Kaufleuten Bernhard Böller und Hermann Haß zur Last gelegt, welche gestern der achten Strafkammer des Landgerichts I aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurden. Im verflochtenen Frühjahr that sich in der Tischlerstraße ein Geschäft auf, welches sich nach dem vor dem Hause angebrachten Schilde als ein Stellenvermittlungsbüro und „Balkananzwiler“ leuzzeichnete. Die Inhaber dieses Büreaus waren die beiden Angeklagten. Da keiner von ihnen über Mittel verfügte, so verschafften sie sich solche durch Kautionschwindeln. Es zeigte sich, daß diese Spekulation auf die Vertrauensseligkeit der Stellenjuchenden trotz aller Warnungen von außerordentlichem Erfolg begleitet war. Auf den Briefbogen der Firma prangte am Kopfe das Motto: „Humanität und Gerechtigkeit“ und dies erweckte bei vielen Stellenjuchenden Vertrauen. Die Angeklagten nahmen innerhalb weniger Monate acht verschiedene Rente aus allen Berufsständen an, teils als Hausdiener, teils als Kassenboten oder Nachschreuer. Sie wurden alleamt außerhalb des Büreaus mit angeleglichen Geschäftsgängen beschäftigt, deren Zweck nicht einzusehen vermochten, so daß selten ein Angestellter von der Existenz eines Kollegen eine Ahnung hatte. In Kassieren gab es nichts. In allen Fällen mußten die Stellenjuchenden Kautions stellen. Verlangt wurden 1000 bis 1500 Mark, konnte der Bewerber aber nicht so viel hinterlegen, so begnügten sie sich auch mit weniger. Im ganzen erbaute die Angeklagten gegen 9000 Mark, die sie für ihren Lebensunterhalt verbrauchten. Als die Katastrophe nach etwa sechs Monaten hereinbrach, war außer dem notdürftigen Material und den Briefbogen mit der Ueberschrift: „Humanität und Gerechtigkeit“ nichts vorhanden. Einer der Zeugen erzählte im Termin, daß er dem Angeklagten Böller mit Anzeige gedroht habe, als dieser eingekerkert hatte, daß er außer Stande sei, die Kautions zurückzugeben. Da habe Böller auf ein altes Buch gezeigt mit der Erwiderung: „Dies ist das siebente Buch Moses, das verleiht mir geistige Kräfte, wenn Sie mich anzeigen, kann ich es bewirken, daß Sie innerhalb kurzer Zeit erblinden.“ Der Zeuge hat sich von der Erstattung einer Anzeige doch nicht abhalten lassen. Im Termin legten die Angeklagten ein offenes Geständnis ab und räumten ein, daß das ganze Geschäft auf Schwindel beruhe. Die Verteidiger, Rechtsanwält Dr. Schwandt und Wertbauer, mußten sich darauf beschränken, eine möglichst geringe Strafe zu erzielen. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten Böller zu drei Jahren Gefängnis und fünfjährigem Ehrverlust, den Angeklagten Haß zu anderthalb Jahren Gefängnis und dreijährigem Ehrverlust. Als die Beurteilungen abgefaßt wurden, ergingen sich die armen von ihnen Betrogenen in lauten Verwünschungen. „Jehn Jahre hätten sie bekommen müssen!“ rief man ihnen nach.

Der Ende November in Haft genommene Stationsvorsteher Ernst Höter zu Steglitz stand gestern wegen Unterschlagung amtsüder Gelder vor dem Landgericht des Landgerichts Berlin II, welches unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors K e i n e eine neue Zeugnisausgabe begann. Die Anklage vertrat Staatsanwalt S a h s e, die Verteidigung führte Rechtsanwält Dr. Schwandt. Der Angeklagte hat den Betrag 1870/71 mitgemacht. Im Vater von 9 Kindern und seit dem 1. April 1898 als Stationsvorsteher zweiter Klasse in Steglitz angestellt. Er bezog als solcher ein Gehalt von 2400 M., 160 M. Zulage und hatte freie Dienstwohnung. In seinen Obliegenheiten gehörte die tägliche Abrechnung mit der Güterabfertigungsstelle und die Führung zweier Kassenbücher, nämlich eines Controllingbuches über die Tageseinnahmen der Güterabfertigung und eines Kontingentes für den Tagesabschluss. Als am 23. September v. J. der Eisenbahn-Kassenkontrollleur Burckardt eine Revision bei ihm vornahm, sagte ihm der Angeklagte sofort, daß die Kasse ein Konto von etwa 1300 M. aufweise und es ergab sich denn auch ein Fehlbetrag von 1301 M. 50 Pf. Es wurde festgestellt, daß der Angeklagte von einer hiesigen großen Firma, die die einzelnen Frachtwerechnungen vermeiden wollte, einen größeren Frachtdorschuß erhalten hatte. Diese Gelder hatte er nicht mit den übrigen Geldern vermischt, sondern in ein besonderes Fach gethan. Als er in Geldnot geraten war, hatte er dieses Geld zunächst in kleinerem Umfange angegriffen und dann nach und nach bis zu der oben genannten Höhe für sich verbraucht. Der Schaden ist von ihm schließlich ersetzt worden. Bei der Verhandlung handelte es sich im wesentlichen um die Frage, ob der Angeklagte a m t l i c h e Gelder unterschlagen und zur Verbedung dieser Unterschlagungen die zur Einnahme und Ausgabe bestimmten Bücher unrichtig geführt habe. Staatsanwalt S a h s e vertrat diese Ansicht, während Rechtsanwält Dr. Schwandt ausführte, daß die Entgegennahme der Frachtdorschüsse eine private Gefälligkeit des Angeklagten darstelle und dieser das Geld nur in persönlicher Verwahrung genommen habe. Die Geschworenen sprachen ihn denn auch nur der einfachen Unterschlagung schuldig. Der Staatsanwalt beantragte 6 Monate, der Gerichtshof erkannte auf vier Monate Gefängnis, rechnete einen Monat auf die Untersuchungshaft an und setzte den Angeklagten auf freien Fuß.

Achtung! Achtung!
Donnerstag, den 22. Januar 1903,
 abends 8 Uhr:

31

Volksversammlungen für Berlin und Vororte.

Tages-Ordnung:
Was steht auf dem Spiel?

Die Versammlungen finden statt:

1. Wahlkreis: Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
2. Wahlkreis: Berliner Hochbrauerei, Tempelhofer Berg, Schneegelsberg, Hasenheide 21. Fühlke, Jannowitzstr. 13.
3. Wahlkreis: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15. Ressource, Kommandantenstr. 57.
4. Wahlkreis (Osten): Keller, Kopenstr. 29.
4. Wahlkreis (Südosten): Drachenburg, Vor dem Schleißchen Chor 2. Urania, Wrangelstr. 11. Graumann, Jannowitzstr. 27.
5. Wahlkreis: Brauerei Friedrichshain (fr. Kapps), Am Königs-Chor.
6. Wahlkreis: Berliner Prater, Kasanien-Allee 7-9. Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23. Weimanns Volksgarten, Badstr. 56. Borussia-Häule, Adlerstr. 6-7. Eiskeller, Chausseestr. 88. Peters Gesellschaftshaus, Alt-Moabit 80-81.
- Teltow-Beeskow: Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3. Rixdorf: Werniches Festsäle, Hermannstr. 49. Steglitz-Lichterfelde: Richter, Groß-Lichterfelde, Chausseestr. 104. Nowawes: Bernhardt, Priesterstraße. Schöneberg: Obst, Meiningenstr. 8. Köpenick-Adlershof, Alt-Glinicke-Grünau: L. Scheer, Köpenick. Johannisthal-Nieder-Schöneweide: Seuffleben, Friedrichstr. 48.
- Nieder-Barnim: Friedrichsfelde: Hubes Festsäle, Primen-Allee 30. Lichtenberg: H. Gürsch, Kronprimen-Garten, Frankfurter Chaussee 86. Pankow: Ebersbach, „Zum Kurfürsten“, Berlinerstr. 102. Reinickendorf: Thomas, Auguste Victoria-Allee. Rummelsburg-Stralau: Restaurant Bellevue. Tegel-Borsigwalde: Crapp, Bahnhofstr. 1. Weißensee: Schloß Weißensee.

Arbeiter, Parteigenossen! Durch die Vorkommnisse in letzter Zeit werdet Ihr den Ernst der gegenwärtigen Situation erkannt haben. Beweist durch Massenbesuch der Versammlungen, daß Ihr nicht ruhig alle Provokationen der Reaktion und Machthaber hinnehmt.

Die Vertrauensleute Berlins und der Vororte.

Achtung! Achtung!

Oeffentliche Mechaniker-Versammlung

Mittwoch, den 21. Januar 1903, abends 8 Uhr, in Cohus Festsäle, Douthstraße 20.

- Tages-Ordnung:
 1. Der Streik bei den Firmen Kaiser u. Schmidt und Gans u. Goldschmidt.
 2. Diskussion.

Kollegen! Diese Versammlung muß überfüllt werden. Hier können die Berliner Mechaniker mal zeigen, daß sie fühlen und denken mit den streikenden Kollegen der Firmen Kaiser u. Schmidt und Gans u. Goldschmidt. Auf, Mechaniker Berlins, kommt zur Versammlung.

Der Einberufer: Carl Wiesenthal.

Einem geehrten Publikum von Berlin und Umgegend mache ich hiermit bekannt, daß ich das altrenommierte Etablissement

Wöllstein's Lustgarten Adlershof

welches mein verehrter Vater 30 Jahre hindurch geführt hat, übernommen habe. — Empfehle den geehrten Vereinen und Gesellschaften meine Lokalitäten zu Landpartien und Ausflügen. — Es soll hier mein Bestreben sein, für gute Speisen und Getränke Sorge zu tragen. Zudem ist mich der angenehme Hoffnung hingeh, daß Sie mich durch Ihren wertigen Besuch recht bald besuchen und erfreuen werden, zeitliche mit vorzüglicher Hochachtung
 Oskar Wöllstein.

Englischer Hof, Neue Rosstr. 3.

Säle zu Vereinsfestlichkeiten, Hochzeiten u. Versammlungen.

Große und kleine Vereinszimmer und Kegelbahn. 118-906

Verantwortlicher Redakteur: Carl Feib in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag: Schwab's Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul

Borstenbergersche Sterbekasse No. 31.

gegründet 1843, hält ihre regelmäßige Versammlung an jedem ersten Sonntag im Monat, nachmittags von 4-7 Uhr, im Kaiserhof Adlerstraße 13, Restaurant K u m m e r. Männer und Frauen, welche gesund sind und das 45. Lebensjahr nicht überschritten haben, können dabei Aufnahme finden.
 Am Dienstag, den 27. Januar 1903, abends 8 Uhr, findet die Generalversammlung statt. [16476
 Näheres beim Kassiermeister
 C. Wänsche, Adlerstraße 63.

Socialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichst.-Wahlkreis (Südost).

Dienstag, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Brüder, Waldemarstr. 75:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Bruns über: „Der Kampf um das Wahlrecht“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
 Zahlreichen Besuch erwartet
 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Morgen Mittwoch, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke u. Branchen

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
 Tagesordnung: Rückblick auf das Jahr 1902 und unsere weiteren Aufgaben. Werkstattstreit und Differenzen. Verbandsangelegenheiten.

Die Kollegen werden ersucht, aus jeder Werkstatt Delegierte zu entsenden.
 Mitgliedsbuch nebst Karte legitimiert.
 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-3. Fernsprecher: Amt VII, 333.

Dienstag, 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminushallen, Bremer-Strasse Nr. 72:

Bezirks-Versammlung für Moabit

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Grempe über: „Technische Fortschritte im Beleuchtungswesen“. 2. Diskussion. 3. Wahl der gesamten Bezirksleitung. 4. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Dienstag, 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal:

Versammlung der Klempner

Tages-Ordnung:
 1. Der Antrag im Reichstag und die Zollparteien. Referent: Reichstags-Abgeordneter Zuehl. 2. Diskussion. 3. Der Bauarbeiterkongress. Referent: Kollege Diebner. 4. Verbands-Angelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen! Angesichts der wichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht eines jeden, zu erscheinen.
 110/13

Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 21. Januar 1903, abends 8 1/2 Uhr:

Konferenz der Vertrauensleute des Südens

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1.
 Tages-Ordnung:
 Die Einführung der Krankenunterstützung im Verband.

Mittwoch, den 21. Januar 1903, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Chirurgischen Branche

bei Rümme, Brennenstraße Nr. 188.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Entwicklung des Menschengeschlechts in geistiger Beziehung. Referent: Reichstags-Abgeordneter Agstor. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten.

Mittwoch, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirksversammlung für Charlottenburg

im Volkshaus, Rosinenstraße Nr. 3.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Schütte über: „Das Sozialistengesetz“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes.
 Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Am 15. und 22. Februar 1903, vormittags 9 Uhr:

Sonder-Vorstellung in der „Urania“.

Zur Darstellung gelangt:
„Das Land Tirol“.
 Billets a 70 Pf. inkl. Garderobe sind bei den Bezirkskassieren und im Verbandsbureau erhältlich.
 110/15

Die Ortsverwaltung.

Wiederverkäufer gegen hohe Provision gesucht.

Unentbehrlich!!

30 Tage zur Probe.

Feuerzeug

„Edison“

zur jahrelangen Benutzung! nur einen Druck und man hat sofort eine

helleuchtende Flamme.

Zum Anstecken von Cigarren, Pfeifen, und dient auch gleichzeitig als Taschenlampe. Hochsehr vermindert, verbleiben gegen Einblendung v. 1,70 Mark (auch Bruchmarken) frei ins Haus

Kirberg & Comp.

in Foche bei Solingen.

Alleinige Fabrikanten der berühmten Solinger Stahlwaren Marke „Schneibig“.

Ältestes Geschäft dieser Art am Platze.

Masken- und Scherz-Artikel

scherzhafte Kopfbedeckungen usw. zu aussergewöhnlich billigen Preisen, z. B. Schneebälle Dtd. 23 Pf., Pfannkuchen Dtd. 33 Pf., Knaulbonbons Dtd. 15 Pf., Luftschlangen 25 Stück 13 Pf., Kollifanorden usw. usw. **Gesellschafts- und Beschäftigungsspiele** für Kinder und Erwachsene in vielen Hundert Arten. **Gefahrloser Zimmer-Schloss-Sport „Eureka“** 372²

Bernhard Keilich. Grösstes Spielwaren-

geschäft Deutschlands.

16 Schaufenster nur Spielwaren! Kein Bazar!

Gr. Hamburgerstr. 22/23, Eckhaus Oranienburgerstrasse, beim

Verlag: Schwab's Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul

Sortier- u. Lagermeister

wird für ein großes Lumpen-Engros-Geschäft per sofort oder 1. April gesucht. Suchender muß die selbständ. Zeitung und Sortierung für sämtliche Sorten des Papiers und Kunstdruckfabrikation mit Ueberbrieff und Energie übernehmen können. Nur erste Kräfte mit besten Referenzen können sich unter Angabe der Gehaltsansprüche melden. Offerten unter Chiffre A. M. 89 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin. 104/8

Orts-Krautkaffe

Steindruck u. Lithographen

Am Dienstag, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Etalauer Straße 2 bei Rosch eine **Wahl-Versammlung der Herren Arbeitgeber** statt. Tagesordnung: Wahl von 247 Vertretern der Arbeitgeber für die Wahlperiode 1903/06 (5 Abt. 5 d. Stat.). Wahlberechtigt sind Arbeitgeber, welche für von ihnen Beschäftigte ein Drittel der Beiträge aus eignen Mitteln zur untergeschriebten Kasse zahlen. Der Wahlakt beginnt um 9 Uhr und wird um 10 Uhr geschlossen. 18396

Der Vorstand.

M. Stuhlmann, Vorsitzender.

Der Vorstand.

Echt Marly-Schrot

332L⁶

feinster

Kaffee-Zusatz

der Neuzeit.

1/2 Pfd. Original-Paket 15 Pf.

A. Pennitz,

Berlin C., Rosenthalerstr. 59.

u. mit Plakat belegten Handlungen.

Neueste wahre billige Preise

der Nachnahme.

Wirtl. Salzfeinhering, 1/2 Btl. M

u. 500 St. 7 u. 8 M. 250 St.

3 1/2 u. 4 M.

1/2 Btl. große M (zu empfehl.)

400 St. 9 u. 10 M. 200 St.

4 1/2 u. 5 M. Mk. Zwackfest

320 St. 11 M. 160 St. 5 1/2 M.

1/2 Btl. Vollhering Milch, Roach,

Best 200 St. 9 u. 10 M.

100 St. 4 1/2 u. 5 M. bessere

Sorte 10 1/2 u. 5 1/2 M.

Post-Dose, 70 Garte Feinh.

1 1/2, 60 St. 2. Btl. 2 1/2, M.

Brathering 4 St. Dose 2 1/2, 8 M.

Dose 3 1/2, M., 80 Teilsch.

2 1/2 u. 2 1/2, Bismarck. 2 1/2 u.

2 1/2, M.

Post-Kiste, Bäcklinge 80 St.

2 1/2, M. Voll- u. Fett-Büch-

linge groß 2 M., 4 Pfd.

Stille Zypressen 1 1/2, M., 2

Rosen 3 1/2, M. 2652²

W. Schwandt, Swinemünde,

Fischerei, Geringsgesch. engros,

Käseerei und Mariner-Auflatt.

Billardtuche!

für Restaurateure

lassen wir am

Montag, den 19. Januar

Dienstag, „ 20. „

Mittwoch, „ 21. „

3 Mark per Meter

Ermässigung

eintreten. Niemand veräume

diese günstige Gelegenheit.

Tuchfabrik-Niederlage

Koch & Seeland

Berlin C., Ross-Str. 2.

Masken-Garderobe

von 2712²

Carl Ernst, Adminderstr. 126, 1 Tr.

Größe Auswahl! Billigste Preise! Vorzüglicher dieser Annonce enthält 10% Preisermäßigung.

Alle Gummiwaren!

Irrigatorbecher 0,45
 do. Gummi u. 0,65
 Irrigatoren Lomb. 0,90
 Gr. Unterlagen, rot,
 grau 0,50
 Wasserdrück. Oeltech
 1. Hochdruck
 1. Meter 1,80
 Inhalations-Apparate 1,25
 Stechbecken 1,25
 Damenbinden 0,50
 Zinnspitzen mit gelb. Holz 2,70
 Auf Wunsch weibl. Bedienung.
 Leisegang, Steinendorfer-
 Strasse 56B.
 Singer & Co., Berlin SW.